

Neue Dokumente: Auch John F. Kennedy bewunderte Adolf Hitler

Nummer 23 – 6. Juni 2013 – 81. Jahrgang – Fr. 6.50 (inkl. MwSt.) – Euro 4.90

DIE WELTWOCHEN

80 JAHRE QUALITÄT



Husch, husch zum Pfus

Bundesrat auf Schleuderfahrt: Wie es zur unnötigen «Lex USA» kam.

Von Florian Schwab

Journalistenpreis für Fehler

Falschmeldungen des «Tagi» mit höchsten Weihen prämiert. *Von Philipp Gut*

Der schönste Sumpf der Welt

Miami: Drogen, Sex und betagte Millionäre.

Von Lars Jensen





“WELCOME TO OUR WORLD”

Im Epizentrum extremster Missionen verlassen sich Ausnahmepiloten, die täglich Höchstbelastungen ausgesetzt sind, hinsichtlich Sicherheit ausschliesslich auf die leistungsstärksten Instrumente. Im Epizentrum extremster Missionen ist die Avenger von Breitling in ihrem Element. Die Avenger Modelle, ein Konzentrat aus Performance, Präzision und Funktionalität, zeichnen sich durch ihre ultrarobuste Konstruktion und ihre Wasserdichtheit von 300 bis 3000 Tiefenmetern aus. In diesen authentischen Instruments for Professionals ticken von der COSC – der höchsten offiziellen Instanz in Sachen Zuverlässigkeit und Präzision – Chronometer-zertifizierte Automatikwerke. Willkommen in der Welt von Breitling.



SUPER AVENGER II



INSTRUMENTS FOR PROFESSIONALS™



HOLIDAYS

*Wir bezahlen
deine Traumferien*



1. CHECK IN

auf 105.ch die Traumdestination auf der Weltkarte auswählen



2. BOARDING PASS

105 hören und den Boarding Pass sichern



3. TAKE OFF

Jede Woche Traumferien im Wert von CHF 10'000* gewinnen

WWW.105.CH



***WETTBEWERBSREGELN AUF 105.CH, LAUFZEIT „105 HOLIDAYS“ 20.05. – 14.06.2013**

RADIO 105 EMPFÄNGST DU ÜBERALL AUF DAB+ UND IM KABELNETZ: Z.B. BS 103.9, BE 105.6, LU 101.7, SG 105.3, ZH 105.1 UND UKW 93.0FM

Die Causa Mörgeli drängt zurück auf die Agenda. Gleich zwei Instanzen, wenn auch sehr unterschiedliche, befassten sich in der vergangenen Woche mit der Berichterstattung über die Vorgänge am Medizinhistorischen Institut der Universität Zürich, die zur Entlassung des Kurators und SVP-Nationalrats führten. Der *Tages-Anzeiger*-Journalist, der den Fall auf der Grundlage Uni-interner Berichte ins Rollen brachte, wurde mit dem renommierten Zürcher Journalistenpreis ausgezeichnet. Allerdings hat die Verleihung, die wir dem Kollegen persönlich von Herzen gönnen, einen Schönheitsfehler. Zum Sinnbild des «Fall



Schönheitsfehler: Medizinhistoriker Mörgeli.

Mörgeli» wurden unzulänglich gelagerte menschliche Knochen in den Katakomben des Uni-Gebäudes am Hirschengraben 82, die Staub und Ungeziefer ausgesetzt seien. Das war falsch: Die verstaubten Knochen gehörten gar nicht zur Medizinhistorischen Sammlung und damit nicht in Mörgelis Verantwortungsbereich. Durch solche Fehlleistungen liess sich die Journalistenpreis-Jury nicht irritieren, obwohl sie davon Kenntnis hatte: Sie könnten die Fakten nicht nachrecherchieren, lässt Jurypräsident Fredy Gsteiger, Vizechefredaktor von Schweizer Radio SRF, ausrichten. Kritischer ist der Ombudsmann der SRG, Achille Casanova. Zwar lehnt er eine Beschwerde Mörgelis gegen die «Rundschau» des Schweizer Fernsehens ab. Der Filmbericht sei aber als «einseitig» und «problematisch» anzusehen und habe die «Anforderung bezüglich journalistischer Sorgfaltspflicht ungenügend wahrgenommen». Weiter habe Moderator Sandro Brotz mit der

Rücktrittsfrage an Mörgeli die wissenschaftliche und politische Tätigkeit «in problematischer Weise» vermischt. Mörgeli hat angekündigt, die Beschwerde weiterzuziehen. **Seite 16**

Der abonnierten Auflage der *Weltwoche* liegt diese Woche das Sonderheft «Klassiksommer 2013» bei. Fast jede Tourismusregion in der Schweiz hat ein Klassikfestival, im Mittelland

Sonderheft: Klassiksommer 2013
6. Juni 2013 - 16. Juli 2013

DIE WELTWOCH

80 JAHRE QUALITÄT

Wo Musik am schönsten ist
Alle Festivals und Freilichtveranstaltungen der Saison. Mit Rachel Harnisch, Michael Haefliger, Hélène Grimaud, Plácido Domingo u.v.a.m.

Sonderheft: «Klassiksommer 2013».

ziehen Freiluft-Konzerte und -Opern eine breite Schicht von Leuten an. Das Angebot reicht vom internationalen Top-Anlass wie dem Lucerne Festival über die exquisiten Alpenfestivals in Verbier oder Gstaad bis zu Konzertreihen wie die Murten Classics am Murtensee. Der «Klassiksommer» bietet einen Überblick und porträtiert die interessantesten Musiker.

Nach Schätzung des Vatikans werden jährlich mehr als 100 000 Christen wegen ihres Glaubens getötet. Besonders oft werde im Nahen Osten, in Afrika und in Asien gegen das Gebot der Religionsfreiheit verstossen, sagte der ständige Vertreter des Heiligen Stuhls bei der Uno letzte Woche in Genf. Einer der wenigen Geistlichen, der seit Jahren auf die Unterdrückung von Christen aufmerksam macht, ist der anglikanische Bischof Michael Nazir-Ali. Westliche Medien und Politiker hätten den arabischen Frühling missverstanden, sagt der gebürtige Pakistaner im Gespräch mit der *Weltwoche*. Salafisten und Wahhabiten spielten stets die prägende Rolle. Die Lage der Christen habe sich nicht nur in den biblischen Stammländern im Nahen Osten, sondern auch in Europa verschlechtert – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. **Seite 50**

Ihre Weltwoche

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69, E-Mail: redaktion@weltwoche.ch
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07, E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 235.– (inkl. MwSt.)
Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter www.weltwoche.ch/abo
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Stv. Chefredaktor: Philipp Gut (*Leitung Inland*)
Produktionschef: David Schnapp

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur, Urs Paul Engeler, Urs Gehriger, Andreas Kunz, Christoph Landolt, Daniela Niederberger, Alex Reichmuth, Markus Schär, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), Florian Schwab, Lucien Scherrer, Mark van Huissing

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Pierre Heumann, Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, René Lüchinger, Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli, Franziska K. Müller, Daniele Muscicono, Deborah Neufeld, Kurt Pelda, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht, Sacha Verna (*New York*), Sami Yusufzai (*Pakistan/Afghanistan*), Jürg Zbinden, Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring
Bildredaktion: Adam Schwarz (*Leitung*), Verena Tempelmann, Joël Hunn (*Assistent*)
Layout: Tobias Schär (*Leitung*), Silvia Ramsay
Korrektorat: Cornelia Bernegger und Rita Kempfer (*Leitung*), Viola Antunovits, Gregor Szyndler, Dieter Zwicky
Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*), Inga-Maj Hojajj-Huber, Raymond Kaufmann

Geschäftsführer: Sandro Rügger

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Stephan Schwab (*Leitung*), Christine Lesnik (*Leitung WW-Magazin*), Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Online-Vermarktung: Adextra

Tarife und Buchungen: Tel. 044 533 09 93, info@adextra.ch

Druck: Ziegler Druck- und Verlags-AG, Rudolf-Diesel-Strasse 22, 8404 Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt ist. Es schont damit Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

printed in
switzerland

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut





Zurich Tattoo 2013

Die Weltwoche lädt Sie ein zu einem unvergesslichen Musik-Spektakel. Erleben Sie die Höhepunkte des Edinburgh Tattoos in Zürich!

Das Royal Edinburgh Military Tattoo (engl. Zapfenstreich) ist Schottlands grösstes Musikfestival und findet seit 1950 jedes Jahr im August statt. Was mit Militärmusik begann, hat sich über die Zeit zu einem abwechslungsreichen Musikanlass mit internationalen Kapellen, Bands und Tanzformationen entwickelt.

Diesen Sommer können Sie am Zurich Tattoo 2013 die atemberaubende Welt von Brass, Pipes und Drums geniessen. Vom 10. bis 13. Juli findet der exklusive Open-Air-Event erstmals in der Tattoo-Arena Liguster in Zürich-Oerlikon statt.

Sechs Spitzenbands aus aller Welt präsentieren dieses Jahr ihre mitreissenden Show-Choreografien – darunter zum ersten Mal in der Schweiz das Gastland Jordanien mit seinem 85-köpfigen offiziellen Repräsentationsorchester der königlich jordanischen Armee und des Königshauses. Für das hochkarätige Programm zeichnet 2013

der grosse britische Tattoo-Meister und Musikdirektor Dr. Graham O. Jones verantwortlich. Mit folgenden Formationen:

- Royal Jordanian Army Marching Band (Jordanien)
- Singapore Police Force Band (Singapur)
- Delfines Marching Band (Mexiko)
- Royal Swedish Navy Cadet Band «Marinens Ungdomsmusikkar» (Schweden)
- Royal British Legion Youth Band Brentwood (England)
- Polizeimusik Zürich-Stadt (Schweiz)

Für optische Highlights sorgt der bekannte Schweizer Lichtkünstler Gerry Hofstetter, der mit seinen überraschenden Inszenierungen bereits Eisbären in der Antarktis, die Pyramiden von Gizeh und das Matterhorn in Szene setzte.

Moderiert werden die Shows von der Schweizer Radiolegende Christoph Schwegler.

Weltwoche Spezialangebot

Die Weltwoche verlost 5 x 2 Tickets für die Premiere vom Mittwoch, 10. Juli 2013

Ein gültiges Weltwoche-Abo ist Voraussetzung zur Teilnahme an der Verlosung. Senden Sie uns bis am 6. 6. 2013 ein E-Mail an

zurichtattoo@weltwoche.ch mit folgenden Angaben:

- Adresse
- Kunden-/GP-Nummer

Veranstalter:
Zurich Tattoo Productions

Informationen und offizieller Ticketverkauf:
www.zurichtattoo.com und Ticketcorner-Hotline 0900 800 800 (CHF 1.19/Min.).

Jubiläums-Verlosung

www.weltwoche.ch/platinclub



USA, Athen

Die neue Barbarei von Nationen, die für hohe Ideale stehen wollen. Ein Abgesang.

Von Roger Köppel

Die amerikanischen Steuerbehörden wollen von Schweizer Banken schätzungsweise acht bis zehn Milliarden Franken an Bussen und Rückzahlungen wegen angeblicher Steuerdelikte, die nie vor einem ordentlichen, neutralen Gericht als solche anerkannt wurden. Mag sein, dass in einigen Fällen tatsächlich US-Recht verletzt wurde. Unter zivilisierten Staaten allerdings galt bisher das Prinzip der doppelten Strafbarkeit. Nur jene Delikte werden grenzübergreifend verfolgt, die in beiden Staaten Delikte sind. Die Schweiz liefert keine Polinnen an Polen aus, die hier legal abtreiben, was in Polen verboten wäre. Ebenso wenig zahlt der Schweizer Autofahrer via Deutschland Tempobussen, wenn er sich an die deutschen Geschwindigkeitslimiten hält (oft gibt es keine), deren Befolgung ihn in der Schweiz hinter Gitter brächte.

Das alles interessiert die Amerikaner nicht mehr. Sie führen einen gnadenlosen globalen Feldzug gegen mutmassliche und tatsächliche «Steuersünder», die als moderne Ketzer reihenweise auf den Scheiterhaufen des Etatismus geröstet werden. In den USA hat das Ganze eine besonders neurotische Qualität angenommen, denn unter Obama spielen sich die Steuervögte wie kleine McCarthys auf, oder wie es der verrückte General in Stanley Kubricks Atombombensatire «Dr. Strangelove» in der Eingangssequenz ausdrückte: «Sie wollen uns an die Körpersäfte!» Er meinte die Kommunisten, aber man könnte das Wort mühelos durch Steuerhinterzieher ersetzen, um dem Film eine dramatisch aktuelle Note zu verleihen.

Die US-Steuereintreiber, vom Ober-Etatisten Obama selber angefeuert, der von seinem persönlich aufgeschichteten Schulden-Himalaya ablenken muss, sind die Inquisitoren der Gegenwart. Sie definieren einen neuen Anstandskoeffizienten, in dem am Ende der am besten dasteht, wer freiwillig am meisten bezahlt. Kürzlich musste sich die Firma Apple vor Obamas höchstem Hexenjäger Carl Levin sogar dafür rechtfertigen, dass das Unternehmen, einer der grössten Steuerzahler der Welt, seine Steuern ganz legal «optimierte». Wer Steuern spart, macht sich verdächtig. Wer auf seine Privatsphäre pocht, droht verhaftet zu werden. Die Heuchler des totalen Fiskalismus beten ihr Mantra herunter: «Wer nichts zu verbergen hat, hat auch nichts zu befürchten.» Mit dieser Losung lässt sich auch ein Konzentri-



«Underdogs der Freiheit».

onslager oder ein Irrenhaus führen. Grosszügig sehen die Steuermoralisten über ihre eigenen Schwarzgeldtresore in Florida und Delaware hinweg.

Vielleicht haben einige Schweizer Banken in den USA tatsächlich unvorsichtige Geschäfte getätigt. Möglicherweise lag ein fahrlässiger Fehler hinter der Strategie, die Buchhalter Nötzlis aus dem Schweizer Mittelland an die «Art Miami» unter russische Geldoligarchen, leichte Mädchen, millionenschwere Stars, kubanische Unternehmer und Semikriminelle auf Kundenfang zu schicken. Im kafkaesken Gestrüpp des US-Rechts nützt, wie der Fall UBS beweist, auch der Einsatz hochdotierter Harvard- und Wall-Street-Juristen als Fährten-sucher und Gutachter nichts. Es beschleicht einen am Ende gespenstisch das Gefühl, dass die enorm kundigen Amerikaner ihre eigenen Gesetze immer genau so unscharf formulieren, dass sie im passenden Moment präzise wie ein Laserschwert zur Schlachtung beliebiger Eindringlinge benutzt werden können. Heute hängen die Nötzli-Skalps zu Dutzenden an den ausladenden Torbögen der amerikanischen Steuer- und Justizbehörden.

Ein Naivling, wer glaubt, wenigstens zu Hause vor dem rabiaten Steuer-Weltpolizisten sicher zu sein. Die Schweiz schaute tatenlos zu, als die US-Justiz allein mit einer Klagedrohung die altherwürdige Privatbank Wegelin «ausknipste», wie wenn es sich um einen Wüstenbunker der Taliban handelte, den man per Drohnenbeschuss aus Washington mit dem Joystick dem Erdboden gleichmacht. Obamas Fatca-Amerikaner haben keine Geduld mehr, die jahrhundertealten Verfahren des demokratischen Rechtsstaats Schweiz abzuwarten. Sie drücken aufs Tempo. Sie wollen Geld,

Bankdaten, Kundendaten, Mitarbeiterdaten und die Namen von allen sonstwie Beteiligten aus dem angeblich befreundeten Staat, der sich einst als «Schwesterrepublik» der jungen USA verstand und bei der Bundesstaatsgründung das amerikanische Zweikammersystem übernahm. Egal. Alles und nichts kann die homerische Wut der letzten Supermacht erregen. Seit es es an identitätsstiftenden Feinden mangelt, weiss sie nicht mehr zu unterscheiden zwischen Freund und Feind. Gewiss: Vor fünf Jahren haben Schweizer Steuerbeamte im Dossier UBS sich wohl etwas zu viel Zeit genommen, um die amerikanischen Amtshilfebegehren zu behandeln. Aber rechtfertigt dies wirklich die anhaltenden Strafandrohungen und Nötigungen gegen Schweizer Banken und Behörden, die doch nahezu willenlos mit Washington zusammenarbeiten?

Die harten Worte sind nicht Ausfluss eines fanatisierten antiamerikanischen Hirns, sie machen nur bedauerliche Fakten kenntlich. Hinter der Entrüstung steht enttäuschte Sympathie. Einst traten die Amerikaner für Freiheit und Selbstbestimmung demokratischer Nationen ein. Heute benehmen sie sich wie die despotischen Horden des persischen Gottkönigs Xerxes, der im 5. Jahrhundert vor Christus den Athenern seine Herrschaft aufzwingen wollte. Auch der Perser liess keinen anderen Rechtsstandpunkt gelten als seinen eigenen. Er wurde bei Salamis von der attischen Flotte vernichtend geschlagen.

Die Hellenen waren die Amerikaner der Antike, Underdogs der Freiheit, die unter gewaltigen Opfern den Westen gegen den Absolutismus des Ostens verteidigten. Allerdings stieg auch den Athenern bald der eigene Idealismus zu Kopf. Nur ein paar Jahrzehnte nach Salamis machten sie im Peloponnesischen Krieg gegen Sparta den neutralen Kleinstaat Melos platt. Die friedliche, unabhängige Stadtrepublik verunsicherte die von den Spartanern bereits zermürbten Athener derart, dass sie die Melier in einer monatelangen See- und Landblockade aushungerten. Wie lautet die Lehre aus den klugen Schilderungen des griechischen Realpolitik-Historikers Thukydides? Wenn Supermächte gleichzeitig von Hochmut und Schwäche befallen werden, dann Gnade Gott den Kleinen.

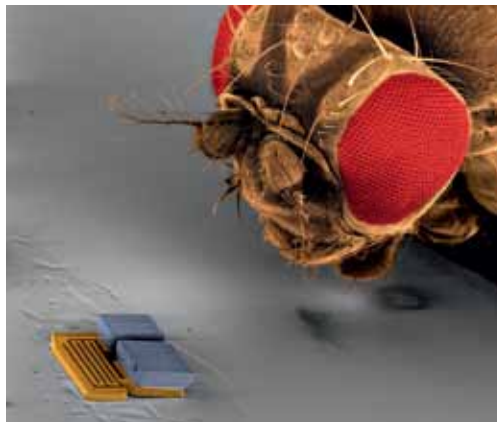
Nein, der Steuerstreit zwischen der Schweiz und Amerika ist kein Peloponnesischer Krieg, aber die Übergriffe der Amerikaner bleiben trotzdem unerträglich. Dass der Bundesrat seinen Peinigern fast jeden Wunsch von den Lippen abliest, damit nur immer neue Begehrlichkeiten weckt und dabei auch noch masochistisch die eigenen Banken kritisiert, ist beelendend, soll hier aber nicht vom gerechten Zorn auf die USA ablenken. Die Athener verloren am Ende gegen Sparta. Wann werden die Amerikaner wieder vernünftig?



Spielplatz für Reiche: Miami. Seite 38



Globetrotter: Student Kennedy, 1937. Seite 58



Spitzenforschung: Nanotechnologie. Seite 34



In eigener Regie: Widmer-Schlumpf. Seite 24

Kommentare & Analysen

7 Editorial

13 Wikileaks Bradley und Bradley

13 Im Auge Tsachiagiin Elbegdordsch, Präsident

14 Justiz Urteil gegen Stephan Schmidheiny

14 Kommentar Angriff auf die Religionsfreiheit

15 Personenkontrolle Willi, Sommaruga, Wepfer, Banga etc.

15 Nachruf Walther Hofer, Historiker

16 Journalistenpreis für Fehler

Der Artikel, der zur Entlassung von Professor Mörgeli führte, wird prämiert – trotz gravierender Fehler

18 Die Deutschen Preis für Philosoph Sloterdijk

18 Wirtschaft Verführerische Versprechen

19 Ausland Cyber-War – die Waffen des Schwächeren

20 Mörgeli Fremde Richter mit Schweizer Pass

20 Bodenmann Die brutale Kapitulation

21 Medien Unterschied zwischen Kirche und SRG

21 Gesellschaft Intime Dementis

22 Leserbrief/ Darf man das?

Hintergrund

24 Husch, husch zum Pfusch

Protokoll des Ringens im Bankenstreit mit den USA

27 Schweiz Das revidierte Steuerstrafrecht zerstört Vertrauen

28 Gut verhandelt

Bankenexperte Peter V. Kunz lobt das USA-Abkommen

30 Politik Die Nebeneinkünfte von Finanzdirektor Wanner

31 Essay Pendeln wird zum globalen Volkssport

32 Glauben an die Wende

Fakten zu den Beteuerungen der Politiker zum Atomausstieg

34 Grosses Theater um kleinste Teilchen

Politik und Medien warnen vor angeblichen Gefahren der Nanotechnologie. Die Bevölkerung bleibt gelassen

36 Fukushima Die Uno erwartet keine Krebsopfer

37 Theater Hooligans der Hochkultur am Zürcher Opernhaus

38 Der schönste Sumpf der Welt

In Miami zählt, was man hat – und nicht, warum

42 Geschwächter Mann am Bosphorus

Premier Erdogans schroffer Stil verstört viele Anhänger

44 Syrien Der Konflikt wird zum Glaubenskrieg

45 Brief aus Berlin Herrschaft der Prinzipienlosigkeit

46 Morden und Busse tun

Neue historische Erkenntnisse über die Zeit der Kreuzzüge

49 Zeitgeschichte Weltwoche-Artikel vom 13. November 1970

Der erste Waschautomat
mit **Wärmepumpe**.

Gut erfunden:
Dampfglätten statt Bügeln.

Entscheiden Sie sich für Schweizer Qualität: die Adora mit der Weltneuheit Dampfglätten.

Die Adora SLQ WP ist der erste Waschautomat mit Wärmepumpentechnologie und zudem auch der erste, der die Wäsche mit Dampf entknittert - und zwar so gründlich, dass das Bügeln in den meisten Fällen überflüssig wird. Erfahren Sie mehr über unsere einzigartigen Innovationen und unsere 100-jährige Geschichte unter vzug.ch

100
JAHRE
VZUG



Führend in Küche und Waschraum



«Das Problem ist nicht in erster Linie der Islamismus»: Bischof Nazir-Ali. Seite 50

Interview

50 «Wir leben im moralischen Vakuum»

Laut dem Vatikan werden jährlich 100 000 Christen ermordet. Der anglikanische Bischof Michael Nazir-Ali fordert, das Schweigen darüber zu brechen

Stil & Kultur

54 Stil & Kultur Rudolf Koller, Maler

56 Bestseller

56 Literatur Jonas Lüscher's unerschrockener Erstling «Frühling der Barbaren»

57 Ausstellungen Max-Ernst-Retrospektive in der Fondation Beyeler

57 Jazz Cécile McLorin Salvant

58 Kennedy im Bann des Führers

Der spätere US-Präsident in Deutschland zur Zeit des Dritten Reiches

60 Top 10

60 Kino «The Patience Stone»

61 Fernseh-Kritik «Nachtwach»

62 Namen Von Tilla Theus bis Gigi Kracht

63 Hochzeit Véronique Kanga und Peter Zwahlen

63 Thiel Neosozialismus 2

64 Wein Clot de l'Oum: Saint Bart. Vieilles Vignes 2006

64 Die Besten Must-have: die Sommersonne

65 Auto Golf VII Highline

65 Zu Tisch Chef Alps

66 MvH trifft Beda Achermann, Art-Direktor

Autoren in dieser Ausgabe

Peter V. Kunz



Der Wirtschaftsrechtler gehört in Bankfragen zu den profiliertesten Stimmen des Landes. In seinem Essay begründet der 48-jährige Ordinarius an der Universität Bern, warum das geplante Bundesgesetz der Schweiz mit den USA besser ist als sein Ruf. Seite 28

Lars Jensen



Der in New York ansässige Reporter Lars Jensen, 40, berichtet seit vielen Jahren regelmässig für das *Süddeutsche Zeitung Magazin*, den *Stern* und die *Weltwoche*. Für diese Ausgabe machte er sich in Florida ein Bild vom Boom in der Südstaaten-Metropole Miami. Seite 38

SCHWEIZERISCHE
Gewerbezeitung
DIE ZEITUNG FÜR KMU

Morgen Freitag in der KMU-Pressse:

- **Schweizer KMU in China:**
«Hier gibt's Platz für alle»
- **1:12-Initiative:**
Umverteiler im Vormarsch
- **Berufliche Vorsorge:**
Die neue Rentenwirklichkeit

www.gewerbezeitung.ch



Entdecken Sie die Vielfalt der Schweizer Traditionen und Bräuche.

Holen Sie sich jetzt in einer UBS-Geschäftsstelle in Ihrer Nähe die neue Broschüre «100 Traditionen & Bräuche. Echt Schweiz.» von Schweiz Tourismus und UBS. Mit exklusiven Tipps und vergünstigten Freizeitangeboten.



UBS – Partner von
Schweiz Tourismus



www.ubs.ch/entdecken

Papst Franziskus spricht Thomas Minder heilig.



Die tägliche Nachrichtenflut kann einen ziemlich durcheinander bringen.
Unsere Zeitung sorgt für den Überblick: «Schweiz am Sonntag».

Bradley und Bradley

Von Urs Gehrig — In den USA steht der Whistleblower Bradley Manning vor Gericht. Er ist kein Held. Ein Schuldspruch wegen «Unterstützung des Feindes» wäre jedoch schädlich für die Demokratie.



Wikileaks-Informant Manning (hinten).

Man spricht vom grössten Leck, vom umfangreichsten Geheimnisverrat der US-Geschichte. Mitten in diesen Superlativen sitzt, klein und allein, Bradley Manning, 25, Obergefreiter der US-Armee. Als Analytiker im militärischen Nachrichtendienst auf dem irakischen Stützpunkt «Hammer» entwendet er 2009/10 massenhaft Dokumente und schiebt sie der Enthüllungsplattform Wikileaks zu, welche sie triumphierend ins Netz stellt.

Der Fundus enthält Unmengen an trivialen Rohdaten über Amerika im Krieg. Aber auch Abgründiges: Dokumente über Folter oder Tötung von Zivilisten. Am meisten Aufsehen generiert ein Video, das zeigt, wie die Crew eines US-Kampfhubschraubers über Bagdad tödliche Jagd auf Zivilisten und zwei Journalisten macht.

Für einige ist Manning ein heroischer Aufklärer, der Amerikas «finstere» Gesicht entlarvt habe. Warum, fragen sie, greift die Justiz diesen Soldaten mit stählernem Arm, während andere Whistleblower ungeschoren davorkommen? Whistleblower wie der andere Bradley zum Beispiel. Bradley Birkenfeld, jener US-amerikanische Bankmanager, der für die Bank UBS als Vermögensverwalter amtierte. Er lieferte 2007 der US-Steuerbehörde die ersten Beweise dafür, dass sein Arbeitgeber von der Schweiz aus reichen Amerikanern bei der Hinterziehung von Steuern geholfen hatte.

Beide Bradleys haben ihre Arbeitgeber verraten, beide haben Missstände aufgedeckt. Doch zwischen Bradley und Bradley klafft eine gigantische Lücke. Für seinen «Verrat» wurde Birkenfeld mit 104 Millionen Dollar belohnt. Manning hingegen erwarten zwanzig Jahre Haft, vielleicht gar lebenslänglich. Auch seine Intention sei gut gewesen, behaupten Mannings Anhänger. Er selbst sagt, er habe eine Debatte über «Aussenpolitik und den Krieg allgemein» auslösen wollen.

Was auch immer seine Motivation war, Manning ist nicht der Held, von dem seine Anhänger sprechen: Er ging nicht selektiv vor wie Daniel Ellsberg, der während des Vietnamkriegs mit der Veröffentlichung der «Pentagon Papers» eine systematische Irreführung der Bevölkerung durch das Weisse Haus dokumentierte.

Manning baggerte 720 000 Dokumente (hundertmal mehr als Ellsberg) ans Licht. Angesichts der gigantischen Fülle war es unmöglich, dass der Obergefreite überhaupt begriff, was er «leakte». Dadurch setzte er nicht nur das Leben von Soldaten aufs Spiel, sondern auch Informanten und Verbündete, deren Identität ungefiltert ins Netz gelangte.

Unter den Akten befand sich auch eine Viertelmillion diplomatische Depeschen aus US-Botschaften und Konsulaten in aller Welt. Demokratisch gewählte Regierungen müssen die Möglichkeit haben, vertraulich zu kommunizieren. Ohne dieses Instrument sind diplomatische Erfolge – Abrüstung und Friedensverhandlungen inklusive – undenkbar. Darüber sah Manning hinweg.

Korrektiv der Macht

Manning hat die Weitergabe der Daten bereits gestanden und wird darum für viele Jahre hinter Gittern bleiben. Möglicherweise hat der psychisch labile Soldat fahrlässig gehandelt. Die Anklage ist vom Gegenteil überzeugt. Sie will ihn wegen mutwilliger «Unterstützung des Feindes» belangen. Sollten die Richter dieser Argumentation folgen, würde nicht bloss an Manning ein Exempel statuiert. Ein solches Verdikt hätte einschüchternde Wirkung sowohl auf Staatsangestellte wie Journalisten. Die Demokratie braucht nicht nur die «guten» Bradleys, die der Regierung in die Hände spielen. Ebenso wichtig sind die «bösen» Bradleys, die Defekte bei Politik und Militär enthüllen. Sofern sie ihren «Verrat» gezielt auf Missstände beschränken und keine Menschenleben gefährden, sind sie ein unverzichtbares Korrektiv der Macht.

Dschingis Khan heute



Tsachiagiin Elbegdordsch, Präsident.

Etwas kürzer als der Name des Präsidenten der Mongolei ist derjenige der Landeswährung: Tugrik oder, in der Populärsprache, Tögrög, die wie ein gigantischer Springbrunnen aus den Tiefen der Wüste Gobi sprudelt. Tsachiagiin Elbegdordsch, 50, hier nur noch T. E. genannt, gilt als Musterknabe unter manchen schlimmen Fingern vor und hinter dem Ural. T. E. regiert in Ulan-Bator, der kältesten Metropole des Planeten, das grösste Binnenland und den zugleich am dünnsten besiedelten Staat der Erde, der seit 1924 (und bis 1989 als kommunistische Republik) existiert, im Sandwich der Weltmächte Russland und China, und dennoch nicht mehr als umgerechnet ein Dutzend Millionen Franken für das Militär ausgibt, pro Jahr. Gegen die einsickernde Korruption gibt es ohnehin keine Waffen. Unter den Wüsten und Steppen, wo einst Nomadenstämme Schafe hüteten und von Fleisch und Kaschmirwolle lebten, liegen fantastische Rohstoffreserven, die von nie abreisenden Staub aufwirbelnden Lastwagenkolonnen nach China verfrachtet werden – Kohle, Kupfer, Erdöl, Edelmetalle, seltene Erden, Uran. Es herrscht Goldrauschstimmung wie einst in Kalifornien. Dennoch schlägt sich ein Drittel der drei Millionen Mongolen mit kaum tausend Tögrög, etwa siebzig Rappen, durch den Alltag.

T. E., der Nachfahre des Eroberers Dschingis Khan, der im 13. Jahrhundert das grösste Reich der Weltgeschichte zusammengaloppierte, kam sogar vor zwei Jahren ganz friedlich bis nach Aarau, wo er sich vom Regierungsrat eine Lektion in direkter Demokratie geben liess. Er stammt selber aus einer Nomadenfamilie, arbeitete in einem Kupferkombinat, war Militärjournalist, gründete die erste unabhängige Zeitung des Landes und den ersten Fernsehsender und wurde schon mit 35 Premierminister. Als Stipendiat ging er dann zum Studium in die USA, machte Abschlüsse in Boulder und in Harvard. 2009 wurde er Präsident. Als Landesvater unterhält T. E. auch die grösste Familie: fünf eigene Kinder und die 24 Waisen einer Stiftung, die er kurzerhand in den Privathaushalt integrierte, als das Geld ausging. Würden Sie diesen Mann wiederwählen, am 26. Juni? *Peter Hartmann*

Absurde Strafe

Von René Lüchinger — Stephan Schmidheiny wurde zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt. Eine Farce.

Sechzehn Jahre zum Ersten. Achtzehn Jahre zum Zweiten. Als am Montag das Urteil am Turiner Berufungsgericht im Asbest-Prozess gefällt wurde, wählte man sich auf einer Auktion. Die italienischen Richter hatten die Gefängnisstrafe gegen den Schweizer Industriellen Stephan Schmidheiny gegenüber der ersten Instanz noch einmal um zwei Jahre nach oben gedrückt, eine Farce für einen Rechtsstaat. Achtzehn Jahre. Ein Strafmass, welches gewöhnlich über gedungene Mörder verhängt oder höchstens noch bei vorsätzlichen Tötungsdelikten ausgesprochen wird.

Dass sich Stephan Schmidheiny solches in italienischen Eternit-Firmen hätte zuschulden kommen lassen, ist schlichtweg absurd. Skandalös für einen Rechtsstaat ist jedoch die Tatsache, dass ein Richter am Appellationsgericht in Turin unwidersprochen das unternehmerische Wirken Schmidheiny's mit der berüchtigten Wannseekonferenz der Nationalsozialisten von Januar 1942 verglich.

Vergleich mit dem Holocaust

Eine Eternit-Konferenz im deutschen Neuss, die 1976 einen «safe conduct» im Umgang mit der Faser ausarbeitete, wurde von dem Richter in Verbindung gesetzt mit jener Konferenz, an der die Nazis die Endlösung und damit die industrielle Ermordung von über sechs Millionen Juden beschlossen hatten. Was der Richter noch als Frageform formuliert hatte, gerann in den italienischen Medien umgehend zur Gewissheit. Schon Monate zuvor hatte ein TV-Talkmaster die Asbestkatastrophe mit dem Holocaust verglichen, und auch er blieb in den italienischen Medien unwidersprochen. Es war eine unappetitliche Allianz zwischen vorverurteilendem Justizapparat und vorverurteilenden Medien, die Stephan Schmidheiny implizit auf eine Stufe stellte mit mordenden Nazi-Schergen. Ein wohl einmaliger Vorgang in einem demokratischen Land. Diese Saat ist nun in Form eines drakonischen Urteils aufgegangen.

Hier ist nicht Recht gesprochen worden. Es ging um die «Diabolisierung des Angeklagten», wie das der Zürcher Strafrechtler Martin Killias nennt. Und wer des Teufels ist, ist nicht mehr von dieser Welt, der kann seiner irdischen Güter entledigt werden. Das war denn auch bereits vor dem Prozess das Ziel: den Angeklagten um Millionen zu erleichtern. Im Namen des Rechts. In Tat und Wahrheit wurde das Recht gemordet.

Angriff auf die Religionsfreiheit

Von Peter Keller — Der Zürcher Justizdirektor Martin Graf teilt die Welt in gute und schlechte Katholiken ein. Der selbsternannte «Kirchenfürst» hält sich aber nicht einmal an seine eigenen Ratschläge.

Grün ist die Hoffnung, und grün ist der Zürcher Regierungsrat Martin Graf. In seiner Funktion als Justizdirektor würdigte er kürzlich das 50-Jahr-Jubiläum der öffentlich-rechtlichen Anerkennung der Zürcher Katholiken als Landeskirche.

Mit diesem Status verbinden sich handfeste Vorteile: So zieht der Kanton stellvertretend Kirchensteuern ein, in Zürich über 300 Millionen Franken. Speziell ist, dass auch jedes Zürcher Unternehmen als «juristische Person» per Gesetz verpflichtet ist, die Landeskirchen mitzufinanzieren. Ob Bank, Schreinerei oder kurdischer Kebab-Stand: Jährlich kassieren namentlich die reformierten und katholischen Kirchgemeinden rund 100 Millionen Franken (Zwangs-)Abgaben aus der Wirtschaft. Damit werden beispielsweise die Pfarrer entlohnt.

«Ersatzgott» in Rom

Das ist eine sehr technische Einleitung für eine sehr emotionale Debatte, die gerade am Laufen ist. Auslöser war besagte Medienkonferenz mit Regierungsrat Martin Graf. Dieser teilt die Welt in gute Katholiken (die Landeskirche) und schlechte Katholiken («Chur» und der «Ersatzgott» in Rom). Was im Original so tönt: Besonders freue ihn «als Kirchenfürsten» (Selbstbeschreibung des Martin Graf) die Tat-



«Geschützte Werkstatt»: Politiker Graf.

sache, dass die Zürcher Katholiken seit geraumer Zeit «engagiert für eine Modernisierung ihrer Kirche» einträten – ganz im Gegensatz zur «geschützten Werkstatt von Chur oder Rom», wo offenbar die Zeit «im späten Mittelalter» stehengeblieben sei. So würden «diese Kirchenoberhäupter», tadelt der regierungsrätliche Kirchenfürst weiter, sogar an verfassungsrechtlich geschützten Grundrechten vorbeipredigen: sprich die Homo-Ehe verweigern, am Zölibat festhalten und das Frauenpriestertum verhindern.

Nun gehört die Glaubens- und Kultusfreiheit ebenso zu den verfassungsrechtlich geschützten Grundrechten – und jeder ist freiwillig Mitglied einer religiösen Gemeinschaft, so wie Martin Graf freiwilliges Mitglied der Grünen Partei ist und möglicherweise auf ein Auto und Fleischkonsum verzichtet. Religion ist Privatsache. Bis diese Erkenntnis sich durchsetzen konnte, durchlebte Europa mörderische Glaubenskriege. Die Zeiten, als Kirchenfürsten definierten, welchen Glauben ihre Untertanen zu praktizieren hätten, und ihnen wie im zwinglianischen Zürich den sonntäglichen Gottesdienstbesuch vorschrieben, sollten eigentlich vorbei sein.

Klage über «Wohlfühlspiritualität»

Gerade einmal sechs Tage vor seinem Auftritt sprach Martin Graf vor der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich und sinnierte auch dort über die Rolle der Kirche. Zustimmend erwähnte er dabei den Präsidenten des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes, der den heutigen «unverbindlichen Ethik-Pluralismus» und die vorherrschende «Wohlfühlspiritualität» beklagte. Das könne, so der Zürcher Justizvorsteher beipflichtend, «jedenfalls nicht das Angebot der Kirchen sein».

Wie unverbindlich Martin Graf's Wohlfühl-Statements zu verstehen sind, bewies er gleich selber: Eine knappe Woche später fordert er «Themenkirchen», die «gesellschaftsfähige Ansätze» verfolgen sollten «in unserer pluralistischen Gesellschaft». Seinen reformierten Glaubensbrüdern legte er noch nahe, sich von den Problemen dieser Welt «nicht vereinnahmen» zu lassen: «Die Kirchen müssen standhaft bleiben.» Im Gegensatz zu ihm selber scheint sich wenigstens der Bischof von Chur an Graf's Devise zu halten: Er wies die Aussagen des Zürcher Justizdirektors als inakzeptablen Angriff auf die Religionsfreiheit zurück.

Personenkontrolle

Willi, Sommaruga, Banga, Wepfer, Burkhalter, Schwarzenberg

Die Randalen von Bern sorgen auch innerhalb des Bundeshauses für «Mais». Die Polizei habe das Bundeshaus West während der illegalen Demo «Tanz dich frei» einfach «preisgegeben», sagte ein Sicherheitsbeauftragter der Bundesverwaltung der *Weltwoche*. Sachschäden seien damit bewusst in Kauf genommen worden. Tatsächlich hatte die Polizei den Westflügel des Regierungsgebäudes nicht eingezäunt, im Gegensatz zum Parlament. So konnten die Chaoten Scheiben einschlagen und die Fassade versprayen. Der Verdacht in der Bundesverwaltung: Das Parlament wurde aus «Prestige Gründen» geschützt, weil ein



Schutzbedürfnis: Justizministerin Sommaruga.

Chaoten-Anschlag einen Entrüstungsturm der Volksvertreter provoziert hätte, alles andere war nicht so wichtig. Dem widerspricht **Manuel Willi**, Chef der Regionalpolizei Bern, vehement: «Wir haben das Gebäude nicht abgeriegelt, weil dann die Fluchtwege eingeschränkt worden wären. Absoluten Schutz hätte nur eine Verschalung geboten.» Und nach einer derartigen Massnahme habe in der Verwaltung niemand verlangt. Doch selbst Justizministerin **Simonetta Sommaruga** (SP), deren Untergebene im Westteil des Bundeshauses arbeiten, ortet offenbar Verbesserungspotenzial im Abwehrdispositiv. Sie wolle sich mit dem Bundesamt für Polizei (Fedpol) über ein «neues Konzept zum Schutz der Bundeshäuser» treffen, sagt der Informant. Nach Auskunft des Fedpol und des EJPD hat das Treffen bisher noch nicht stattgefunden – dafür soll die Bundeskanzlei ein «Ersuchen um zusätzliche bauliche Massnahmen» deponiert haben. (*lsc*)

Für **Boris Banga**, den Stadtpräsidenten von Grenchen, ist klar: Die Mobbing-Vorwürfe gegen ihn (*Weltwoche* Nr. 22/13) sind eine «Hetzkampagne der Bürgerlichen». Dabei haben auch mehrere seiner Genossinnen und Genossen die Sozialdemokratische Partei verlassen,



«*Hetzkampagne*»: SP-Stadtspräsident Banga.

aus Protest gegen Banga. Sicher ist dem alt Nationalrat im Kampf um das Grenchner Stadtpräsidium aber die Unterstützung der kantonalen SP. Das war nicht immer so: Nach Bangas Abwahl aus dem Nationalrat im Jahr 2007 blieb er mehrere tausend Franken «Solidaritätsbeitrag» (eine Abgabe, die Amtsträger der Partei entrichten) schuldig. Inzwischen ist das Geld auf der SP-Geschäftsstelle eingetroffen, wie Parteisekretär **Niklaus Wepfer** sagt. (*cal*)

Er kann sich markig geben, wenn es nicht mehr anders geht. Bundesrat **Didier Burkhalter** (FDP) trat am letzten Freitag an der Jahreskonferenz der Schweizer Ostzusammenarbeit auf. Der «schrecklich nette Aussenminister» (*Weltwoche* Nr. 22/13) sprach auch über das Rahmenabkommen mit der EU, dessentwegen er in der Kritik stand. Die Schweiz trete nicht als Bittstellerin auf und führe die Verhandlungen auf Augenhöhe, hielt er fest. Die automatische Übernahme von EU-Recht, die Einführung des Unionsbürgerrechts und eine Aufweichung der flankierenden Massnahmen kämen nicht in Frage; die Souveränität und die direkte Demokratie der Schweiz müssten unangetastet bleiben. Nur: Der Aussenminister versteckte die Antwort an seine Kritiker so sorgfältig im letzten Teil seiner Rede, dass sie nur die *NZZ* wahrnahm. Wie es geht, machte ihm sein Kollege **Karel Schwarzenberg** vor. Der tschechische Aussenminister mit Schweizer Pass sprach in farbigen Bildern über die Befreiung seines Landes von der kommunistischen Vergangenheit. Das farbigste: «Es ist viel einfacher, aus einem Aquarium eine Bouillabaisse zu machen als aus einer Bouillabaisse wieder ein Aquarium.» (*sär*)



«*Bouillabaisse*»: Schwarzenberg, Burkhalter.

Nachruf



Ein schöner Mann: Historiker Hofer.

Walther Hofer (1920–2013) — Walther Hofer war in jeder Hinsicht ein schöner Mann: klug, charmant, belesen, debattierfreudig, politisch engagiert, ein *Homme de Lettres*, verfasste als einer der wenigen Schweizer Historiker internationale Weltbestseller, ein herausragender Europäer, und ja: Er mochte Frauen, eigentlich alle Frauen. Nur dank ihm stellte die Universität Bern – noch bevor man Frauenquote buchstabieren konnte – zwei Professorinnen in der Philosophisch-historischen Fakultät an. Den Medien war Walther Hofer als strammer Bürgerlicher verhasst, was ihn wohl letztlich im Kampf gegen seinen SVP-Kollegen Leon Schlumpf das wohlverdiente Bundesratsamt gekostet hat.

Keinem linken Geschichtspräsidenten ist gelungen, was Walther Hofer mit seiner Lehrtätigkeit und mit seiner unnachahmlichen Art des klassischen Quellenstudiums, verbunden mit einem faszinierenden Talent zur Erzählung, geschafft hat: Seine Schüler und Schülerinnen waren alle überdurchschnittlich, sehr oft sehr links oder ganz rechts, doch alle leisteten nach der Hofer-Werkstatt Ausserordentliches. Mussten sie auch, denn Professor Hofer, Träger des Grossen Verdienstkreuzes Deutschlands, war ein strenger Lehrer, und wehe, wenn jemand seinem Wissen, seinen Fragen und seiner politischen Urteilskraft nicht gewachsen war! Hofer wird nicht nur mir, seiner jüngsten und letzten Assistentin, persönlich fehlen. Als Intellektueller seines Schlages fehlt er der Schweiz, Deutschland sowieso und einem historisch bewussten Europa.

Regula Stämpfli

Ausgezeichnete Fehler

Von Philipp Gut — Der *Tages-Anzeiger*-Artikel, der zur Entlassung von Professor Christoph Mörgeli als Museumsleiter an der Universität Zürich führte, hat seinem Autor den Zürcher Journalistenpreis eingetragen. Damit wird eine nachweislich fehlerhafte Recherche prämiert. Nicht zum ersten Mal.



Eine «runde» Geschichte: Zürcher Journalistenpreisträger mit *Tages-Anzeiger*-Mann Städler (l.).



Die halbe Nation lachte: prämiierter *Tagi*-Bericht.

Er gilt als renommierteste Auszeichnung, die «Medienleute in der Schweiz bekommen können» (*Tages-Anzeiger*): der Zürcher Journalistenpreis. Alljährlich trifft sich die Szene, um sich selber zu feiern und ein paar der Ihrigen rotierend aufs Podest zu heben. Prämiert werden «herausragende», «hervorragende», «wegweisende» Arbeiten, «die den Journalismus als solchen weiterbringen» und «über den Tag hinaus in Erinnerung bleiben», wie die Trägerstiftung schreibt.

Ausgezeichnet wurde letzte Woche auch Iwan Städler. Der *Tages-Anzeiger*-Journalist bekam den Preis für seinen Bericht «Leichen im Keller des Professors» vom 11. September 2012 über angebliche Missstände im Medizinhistorischen Museum der Universität Zürich (sowie für einen Nachzug einen Tag später). Die Enthüllungen wurden landesweit beachtet und führten schliesslich zur Entlassung von Museumsleiter und SVP-Nationalrat Christoph Mörgeli.

Laudator und Jurypräsident Fredy Gsteiger, einst Chefredaktor der *Weltwoche*, heute Vizechefredaktor von Schweizer Radio SRF, lobte Städler dafür, dass sein Artikel sofort ein Rumoren ausgelöst habe. «Und erst noch mit einer Geschichte über ein eher randständiges Universitätsinstitut.» Medizingeschichte, so Gsteiger, sei «nicht gerade ein Thema, das ständig für Schlagzeilen sorgt».

Natürlich weiss es Gsteiger besser: Die Story schlug nicht deshalb ein, weil sie von Medizingeschichte handelt. Sie schlug ein, weil es um Starpolitiker und SVP-Reizfigur Christoph Mörgeli ging. «Besagter Staatsdiener [Prof Mörgeli, die Red.] ist nicht mehr im Amt», frohlockte der Laudator denn auch mit sonorer Ironie. Womit er die Lacher der Kollegen an der Preisverleihung im Zürcher Kaufleutensaal auf seiner Seite hatte. «Er sammelte weiter – bis die Geschichte rund war», lobte Gsteiger Geduld und Hartnäckigkeit des prämierten Journalisten.

Falsches Magazin, fremder «Staub»

Spätestens ab dieser Stelle fällt es schwer, dem Präsidenten und seinen hochverdienten Jurykollegen Susan Boos (*Wochezeitung*), Hansi Voigt (Ex-Chefredaktor *20 Minuten* online), Margrit Sprecher und Alain Zucker (*Tages-Anzeiger*) weiter bedingungslos zu folgen. Die schüchterne Gegenfrage sei erlaubt: Eine «runde» Geschichte – hiesse das nicht eine ausrecherchierte, präzise Berichterstattung, die einen Sachverhalt in der nötigen Komplexität objektiv und faktengetreu wiedergibt?

Man erinnert sich: Besonders eine Passage aus dem nun preisgekrönten Artikel sorgte für Aufsehen und machte den gefeuerten Professor und Politiker zur Zielscheibe von Hohn

und Spott – bis hin zum Schnitzelbank-Sujet an der Basler Fasnacht. «Die in einem Keller-raum gelagerten menschlichen Knochen sind teilweise dem Staub und Ungeziefer direkt ausgesetzt», zitiert der Artikel den sogenannten Jütte-Bericht, der die Sammlung des Medizinhistorischen Instituts untersuchte. Die Aussage gehört zu den wichtigsten Quellenzitaten und Belegen für die vom *Tages-Anzeiger* ventilierten Missstände und Versäumnisse durch Mörgeli in seiner Funktion als Museumsleiter und akademischer Lehrer. Der Staub auf den Knochen und die Tatsache, dass die sterblichen Überreste von Menschen ungeschützt dem pietätslosen Zerstörungswerk durch Ungeziefer ausgesetzt seien, wurden zu einer Art Zentralmetapher des Falls. Professor Mörgeli und seine Sammlung: Das war verstaubt, vernachlässigt, von gestern. Darüber lachte die halbe Nation.

Der Haken an der Geschichte: Das eingängige Sinnbild ist falsch. Journalist Städler sass einem gravierenden Fehler des von ihm zitierten Jütte-Gutachtens auf. Denn die staubbedeckten Knochen und das nagende Ungeziefer gehörten gar nicht zu Mörgelis Verantwortungsbereich. Sie sind Teil der sogenannten Gallerschen Knochensammlung des Anatomischen Instituts, das, wie etwa auch die Völkerkundler oder die Universitätsverwal-

tung, die dort Stühle verstaubt, Magazinräumlichkeiten im zweiten Untergeschoss des Universitätsgebäudes am Hirschengraben 82 mit nutzt. Mittlerweile ist die Gallersche Knochensammlung geräumt und in die Uni Irchel verschoben worden.

Geblichen ist die fatale Fehlleistung von Professor Jütte, die Städlers Recherche erst den richtigen Drall gab und die angebliche Verstaubtheit von Mörgelis Archiv zum medialen Selbstläufer machte. Fakten hin oder her.

Es liegt auf der Hand: Der Fehler hätte leicht vermieden werden können, wenn Mörgeli bei der Führung der Experten-Crew durch die Räumlichkeiten seiner Sammlung dabei gewesen wäre. Doch offensichtlich wollte das Institutsleiter Flurin Condrau nicht. Um ihn «anzuschwärzen», wie Mörgeli vermutet. Der geschasste Museumsleiter wirft seinem ehemaligen Chef vor, ihn systematisch ausgebootet und gemobbt zu haben.

Hinweise darauf gibt es zahlreiche. So hielt es Condrau, der mit Städler nachweislich Kontakt hatte, bevor dessen Artikel erschienen sind, nicht für nötig, seinen Mitarbeiter über die anrollende Pressekampagne zu informieren. Man muss sich das einmal vor Augen halten: Ein Chef weiss, dass gegen einen seiner Untergebenen kritisch recherchiert wird – und er sagt ihm kein Wort. Loyalität sieht anders aus.

Jurypräsident will nicht nachrecherchieren

Pikanterweise stützt Professor Condrau Mörgelis Mobbing-These selber. Im Akademischen Bericht 2011, der sich über weite Strecken wie eine Abrechnung mit Mörgeli liest und der dem *Tages-Anzeiger* ebenfalls aus Institutskreisen zugespielt wurde, kommt Verfasser Condrau auf den Kern des Problems zu sprechen. Er sieht diesen «in der Isolation von Institut und Museum» und scheut sich nicht, die Ursache dafür zu benennen: «Die Zusammenarbeit wird uns von Kollegen vermutlich aus politischen Gründen verweigert», schreibt Condrau in den Schlussfolgerungen des Akademischen Berichts.

Die Aussage ist so etwas wie ein Schlüssel zum Verständnis der verworrenen Führungskrise am Medizinhistorischen Institut, die schliesslich in der Entlassung Mörgelis, einem vorübergehenden Rückzug des Chefs und einer bis heute andauernden Suspendierung der Vizechefin und ihres Ehemannes gipfelte (beide werden verdächtigt, das Amtsgeheimnis verletzt und die vertraulichen Berichte herausgegeben zu haben). Mörgelis Museum und das ganze Institut litten demnach darunter, dass sie von den Universitätskollegen geschnitten und boykottiert wurden – «aus politischen Gründen». Damit läge ein Motiv bereit, dass Condrau systematisches Vorgehen gegen Mörgeli zumindest teilweise erklärt. Deutlich wird: Es geht mindestens so sehr um Politik wie um Wissenschaft. Der Ein-

Die erwähnten Knochen gehörten gar nicht zu Mörgelis Verantwortungsbereich.

druck drängt sich auf: Mörgeli wurde im akademischen Milieu an den Rand gedrängt, weil er aus Sicht der Universitätskollegen der falschen Partei angehört.

Doch davon erfährt der Leser der preisgekrönten *Tagi*-Berichte erstaunlicherweise nichts. Autor Städler zitiert den Akademischen Bericht, der ihm nach eigenem Bekunden vollständig vorlag, exakt bis zu dieser Stelle und nicht weiter. Offensichtlich passte der Beleg für die (auch) politisch motivierte Kontroverse um Christoph Mörgeli nicht in sein Konzept – oder in dasjenige seiner Informanten, die nach den bisherigen Ermittlungen unmittelbar aus Condraus Umfeld stammen.

Taugt eine «runde» Geschichte, die derart selektiv und willkürlich mit den Quellen umgeht und sich in entscheidenden Punkten («Staub», «Ungeziefer») nachweislich auf Irrtümer und Falschaussagen stützt, wirklich dazu, zur Leuchtfackel vorbildlichen journalistischen Schaffens hochgestemmt zu werden? Müsste eine Institution, die sich der «Förde-

rung der journalistischen Qualität» verschrieben hat, nicht kritischer hinschauen? Jurypräsident Gsteiger will davon nichts wissen: «Es kann nicht Aufgabe einer Journalistenpreisjury sein, eingereichte Artikel nachzurecherchieren. Die Jury bewertet, was ihr vorgelegt wird – und muss davon ausgehen, dass ein Autor, eine Autorin und ihre jeweilige Redaktion die faktischen Recherchen korrekt vorgenommen haben.» Nachrecherchieren wäre gar nicht nötig gewesen: Die Fehler im Artikel sind schon lange bekannt, Christoph Mörgeli hatte kurz nach der Publikation darauf aufmerksam gemacht. Die Jury hat dies gefissentlich ignoriert. Gsteiger sagt, die vielen Besucher («fast allesamt selber Medienprofis») hätten die Verleihung des Preises an Städler als «sehr gerechtfertigt» betrachtet. Das wird niemand bezweifeln.

Fulminante Fehlleistung vor 6 Jahren

Es ist nicht das erste Mal, dass der Journalistenpreis für Recherchen verliehen wird, die sich als fehlerhaft herausgestellt haben. 2007 wurden Charlotte Jacquemart und Daniel Hug von der *NZZ am Sonntag* für ihre Berichterstattung zum sogenannten Fall Swissfirst ausgezeichnet. Die Bank des SVP-Politikers Thomas Matter wurde durch die Zeitungskampagne vernichtet, obwohl sich die Vorwürfe als falsch erwiesen haben. Auf richterliches Geheiss musste sich die Sonntags-NZZ sogar entschuldigen. Trotz der fulminanten Fehlleistung durften die beiden Journalisten den Preis behalten. Auch damals dürfte die grosse Mehrheit der Journalistenkollegen den Preis als «sehr gerechtfertigt» empfunden haben.

Eine weitere Auszeichnung erhielt letzte Woche übrigens auch die *Woz*-Autorin und Alternative-Liste-Politikerin Susi Stühlinger für ihren journalistischen Versuch, «den 300 Reichsten eine Million abzuknöpfen». Ein Schuft, wer denkt, dass beim Journalistenpreis nicht nur Qualität prämiert wird, sondern auch die richtige – sprich: bei den Kollegen «sehr gerechtfertigte» – politische Gesinnung. ○



ARVI
THE SWISS BANK OF
FINE AND RARE WINES

ARVISA
Via Pedemonte 1
CH-6818 Melano
T 091 649 68 88
F 091 648 33 75
info@arvi.ch
www.arvi.ch

WEINE VON ANTINORI: SPEZIAL OFFERTE



Offerte bis zum 16. Juni 2013 gültig

HIGHLIGHTS DER WOCHE

<p>2010 TIGNANELLO</p> <p>Antinori CHF 66.95 Ab 36 Flaschen CHF 64.80*</p>	<p>2007 GUADO AL TASSO</p> <p>Antinori CHF 64.80 Ab 36 Flaschen CHF 62.65*</p>	<p>2006 BRUNELLO DI MONTALCINO PIAN DELLE VIGNE - Antinori</p> <p>CHF 37.80 Ab 36 Flaschen CHF 35.65*</p>
---	---	--

Preis pro Flasche inkl. MwSt. / 75cl, Zwischenverkauf vorbehalten. Franko Melano. Transport nicht im Preis enthalten.

Cervaro della Sala - Castello della Sala - Antinori 2010	 CHF 36.70 Ab 36 Flaschen CHF 35.65*
Chianti Classico Riserva - Antinori - Badia a Passignano 2008	CHF 31.30 Ab 36 Flaschen CHF 29.15*
Vermentino Guado al Tasso - Antinori 2011	CHF 15'10 Ab 36 Flaschen CHF 14'05*
Villa Antinori Rosso - Antinori - Villa Antinori 2009	CHF 14.05 Ab 36 Flaschen CHF 13.50*
Solaia - Antinori 2009	 CHF 189.00 Ab 36 Flaschen CHF 181.45*
Pèppoli - Antinori - Tenuta Pèppoli 2010	CHF 14.05 Ab 36 Flaschen CHF 12.95*

Aus dem Herzen

Von Henryk M. Broder — Philosoph Peter Sloterdijk erhält den Ludwig-Börne-Preis.



Der 11. September 2001 war ein Dienstag. An diesem Tag kamen bei Anschlägen islamischer Terroristen auf das World Trade Center in New York, das Pentagon in Washington

und bei einem Flugzeugabsturz bei Shanksville in Pennsylvania 2970 Menschen ums Leben, darunter 343 Feuerwehrleute, 60 Polizisten und 8 Sanitäter. Mehr als 3000 Kinder verloren ihre Väter oder Mütter oder beide Eltern.

Dreizehn Tage später, am 24. September, hatte der deutsche Philosoph Peter Sloterdijk im Wochenmagazin *Focus* den bzw. die Verantwortlichen der Katastrophe identifiziert: «Haben wir immer noch nicht verstanden, dass die westliche Demokratie jene Lebensform ist, in der man für seinen Feind verantwortlich ist – weil dieser die eigene Praxis widerspiegelt?»

Nachdem sich der Rauch verzogen hatte, legte Sloterdijk in einem Interview mit der *Welt am Sonntag* nach: «Wenn mir jemand versichert, dass er nach dem 11. September im Bereich der Philosophie anders denkt als vorher, streiche ich ihn aus der Liste der ernst zu nehmenden Personen. Man kann als Intellektueller nicht behaupten, dass man im Rückblick auf das 20. Jahrhundert durch einen Zwischenfall in amerikanischen Hochhäusern plötzlich aus einem dogmatischen Schlummer aufgewacht ist. Ich glaube, die Katastrophenlandschaft des 20. Jahrhunderts einigermassen zu überblicken. Der 11. September gehört daher zu den schwer wahrnehmbaren Kleinzwischenfällen.»

Solche Sätze können nicht mit der professionellen Abgehobenheit eines Zeitgeist-Philosophen erklärt werden. Sie kommen aus dem Herzen, einer intellektuellen Mördergrube. Ein «Zwischenfall in amerikanischen Hochhäusern», bei dem 3000 Menschen vom Leben zum Tode befördert wurden, gehört so lange «zu den schwer wahrnehmbaren Kleinzwischenfällen», wie es den Philosophen selber nicht erwischt hat. Erst das wäre ein Super-GAU.

Am 16. Juni bekommt Peter Sloterdijk in der Frankfurter Paulskirche den Ludwig-Börne-Preis verliehen. Nicht unbedingt für sein philosophisches Werk («Sphären/Blasen»), eher für die Brutalität, die Kälte und die Menschenverachtung, die ihm eigen sind. Das ist kein «Kleinzwischenfall», das ist der Abgesang auf eine Kultur, die Selbstmord begangen hat.

Verführerische Versprechen

Von Kurt Schiltknecht — Mit sozialen Leerformeln wurde die Lage der wirtschaftlich Schwachen noch nie verbessert. Dieses Wochenende entscheidet sich, welchen Weg die Schweizer gehen wollen.

Am liebsten machen Politiker Versprechungen. Das bringt Stimmen und kostet nichts. Eine Aufreihung der Versprechungen, mit denen Politiker um die Gunst der Wähler buhlten, würde Bände füllen. Würden jene herausgefiltert, die auf ökonomischen Analysen basieren, käme kaum eine Seite zustande. Warum finden ökonomische Überlegungen so wenig Gehör, und weshalb fühlen sich Politiker immer mehr bemüsst, sich für staatliche Eingriffe ins Marktgeschehen starkzumachen?

Den Leuten Kapitalismus und freie Marktwirtschaft schmackhaft zu machen, ist schwierig. Die Generationen, die die Fehlentwicklungen in den sozialistischen Ländern Europas mit eigenen Augen verfolgen und sich gleichzeitig von den Vorzügen einer freien Marktwirtschaft überzeugen konnten, sind am Aussterben. Die jüngere Generation hat keine Ahnung, in welche Misere und Unfreiheit der Sozialismus gemündet hat. Umso ungenierter erfreut sie sich an der früheren sozialistischen Rhetorik. Selbst Verweise auf die katastrophale wirtschaftliche Entwicklung in den sozialistischen Ländern Zentral- und Südamerikas bewegen die europäischen Bürger nicht zum kritischen Nachdenken über den Sozialismus.

Die freie Marktwirtschaft und der Kapitalismus haben einen grossen Nachteil. Sie liefern keine simplen Kochrezepte für die Lösung brennender Probleme. Der Kapitalismus sagt etwa nur, dass eine freie Marktwirtschaft längerfristig die Wohnungs-, Lohn- und Armutsprobleme besser löst als ein sozialistischer Staat, in dem die Politiker und Bürokraten in die Märkte und damit in die Entscheidungen der einzelnen Bürger eingreifen. Solche Aussagen lassen sich überprüfen. Beispiele, dass einschneidende Eingriffe ins Marktgeschehen längerfristig zu mehr Wohlstand, zu mehr Gerechtigkeit und Glück geführt haben, fehlen. Statt den linken Kreisen bei ihren Vorschlägen zu Mindestlöhnen, zur Lohngestaltung, zu immer progressiveren Einkommens- und Vermögenssteuern schrittweise entgegenzukommen, sollten die bürgerlichen Politiker von den Anhängern sozialistischer Ideen Belege fordern, dass deren in anderen Ländern bereits umgesetzte Ideen zu besseren Ergebnissen geführt haben. Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, dass dafür keine Beispiele gefunden werden. Mindestlöhne verbessern längerfristig die Situation der Schlechtverdie-

nenden nicht. Dafür erhöhen sie insbesondere in den wirtschaftlich schwachen Regionen die Arbeitslosigkeit und verschlechtern die Beschäftigungsaussichten.

Die Bürger werden entmündigt

Welchen Einfluss hohe Steuerbelastungen auf die Schaffung von Arbeitsplätzen haben, lässt sich in den Nachbarländern genauso wie die positiven Wirkungen von Steuerenkungen seit vielen Jahren beobachten. Das jüngste Negativbeispiel liefert Frankreich. Arbeitslosigkeit und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit sind typische Merkmale von Ländern mit zu hohen Steuern und zu vielen staatlichen Eingriffen in die Märkte. Wer in der Schweiz noch mehr Mietzinsregelungen will, sollte sich vorher die Wohnungssituation und -qualität in den Ländern anschauen, die der Schweiz in der Regulierungsdichte noch voraus sind. Statt sich mit dem mühsamen Studium von Fakten abzugeben, begnügen sich die

jungen Linken mit Heilsversprechen. Doch mit sozialen Leerformeln hat man die Lage der wirtschaftlich Schwachen noch nie verbessert.

Bei allen Vorteilen des Kapitalismus darf nicht verschwiegen werden, dass dieses Gesellschaftssystem auch immer wieder zu Fehlentwicklungen führt. In einer freien Gesellschaft lassen sich

solche nicht vermeiden. Dies zuzugeben, schadet nicht, zumal die Geschichte zeigt, dass eine freie Gesellschaft besser als eine sozialistische in der Lage ist, Fehlentwicklungen zu korrigieren. In den freien Gesellschaften hat man Probleme wie Umweltschutz und Armut schneller erkannt und auch begriffen, dass diese durch den Staat unter Berücksichtigung marktwirtschaftlicher Prinzipien gezielt und nicht durch eine schrittweise Abschaffung der Marktwirtschaft angepackt werden müssen.

Letztlich werden mit staatlich regulierten und kontrollierten Märkten die Bürger entmündigt. Wenn sie nur noch der verlängerte Arm der Bürokraten sind, nicht mehr frei wählen, entscheiden und ihre Chancen nutzen können, verödet jede Wirtschaft. Die Schweizer Bürger können bei den kommenden Abstimmungen entscheiden, welchen Weg die Schweiz beschreiten soll. Es wäre schade, wenn wegen einzelner Fehlentwicklungen auf Managerebene das Erfolgsmodell freie Marktwirtschaft über Bord geworfen würde.



Die Waffen des Schwächeren

Von Hansrudolf Kamer — US-Verteidigungsminister Hagel beschuldigt die Chinesen, amerikanische Computer-Netze anzugreifen. Doch für den Cyber-War gibt es weder Regeln noch Strategien.



Wenn Chinas neuer Führer, Xi Jinping, mit Präsident Obama in Kalifornien auf Tuchfühlung geht, könnte er etwas zur Aufhellung des gegenseitigen Misstrauens tun. Seine attraktive Frau wird

den Amerikanern gefallen, doch er selbst wird auf einige Skepsis stossen. Steine des Anstosses sind die militärische Aufrüstung, zunehmend nationalistische Arroganz und die grobe Behandlung von Dissidenten.

China wiederum sieht, fast schon in klassischer Manier, eine Containment- oder Einkreisungsstrategie Amerikas in Verbund mit andern asiatischen Mächten, die den Aufstieg Chinas begrenzen sollte. Nachbarn wie Japan oder Vietnam, Bestandteile dieser Pläne, sind aber ihrerseits verunsichert, weil sie einen schrittweisen Rückzug Amerikas aus dem Pazifik befürchten.

Am jüngsten Shangri-La-Treffen des Londoner Instituts für Strategische Studien in Singapur versuchte Verteidigungsminister Hagel, diese Befürchtungen zu zerstreuen. Zwar müsse Amerika seine Streitkräfte «neu ausbalancieren», doch Sparmassnahmen beeinträchtigten nicht das Engagement für Asien. Gespart werde anderswo.

Dann beschuldigte er ganz offen China, es stehe hinter vielen der Hackerattacken auf amerikanische Computernetze, staatliche wie private. Offenbar geht den Amerikanern langsam die Geduld aus. Denn neu sind die Anklagen nicht.

Der Chef des US Cyber Command sagte vor kurzem recht plakativ, hier sei der grösste «Transfer an Reichtum» in der Geschichte vor sich gegangen. Es seien Geheiminformationen gestohlen worden über Verhandlungsstrategien, Grundlagen für die Entwicklung der nächsten Generation von Kampfjets und Kontrollsysteme für Gas-Pipelines.

Die Amerikaner haben nicht das geringste Interesse daran, genau zu beziffern, was gestohlen wurde. Man muss die Diebe im Unklaren lassen. Auch ist eines der wenigen Gegenmittel im Cyber-War die Falschinformation, die man in Netze stellt und zum Diebstahl anbietet.

Was ist denn Cyber-War? Er ist vielleicht seit fünfzehn Jahren in Gang. Da wird Spionage

betrieben, aber auch kriminelle Aktivitäten und Wirtschaftskrieg sind Teile davon. Er umfasst Aktionen, die Militäroperationen auf der taktischen Ebene unterstützen, aber auch unabhängige Einsätze, die strategische Wirkung entfalten sollen. Amerikanische und israelische Dienste benützten Computerviren gegen das iranische Atomprogramm.

«Cyber-Pearl-Harbor»

Die Administration Obama hat wiederholt die Chinesen angeprangert in der Hoffnung, sie zur Zurückhaltung zu bewegen. Das gelang bisher nicht. Die Chinesen haben die amerikanischen Vorwürfe stets zurückgewiesen und sich selber als Opfer von Hacker-Angriffen bezeichnet. Auch haben sie die Hinweise des Pentagons, eine ausserhalb Schanghais stationierte Einheit der Volksbefreiungsarmee sei die Urheberin vieler sehr ausgeklügelter Cyber-Vorstösse gegen Amerika, zurückgewiesen. Eine neue gemeinsame Arbeitsgruppe zu diesem Thema soll die Spannungen abbauen.

«Genau wie der Nuklearkrieg der strategische Krieg des Industriezeitalters war, ist der Cyber-Krieg das strategische Schlachtfeld des Informationszeitalters geworden. Er kann massive Zerstörungen anrichten und Leben und Tod von Nationen bewirken.» Die Verfas-

ser dieser düsteren Perspektive sind zwei Experten der Volksbefreiungsarmee.

Seit Jahren streitet man sich unter amerikanischen Fachleuten über die tatsächliche Bedeutung dieser Kriegsform. Eine Denkschule macht geltend, «Cyber-Armageddon» fokussiere auf falsche Szenarien wie die Bedrohung der physischen Infrastruktur: des Elektrizitätsnetzes, der Öl- und Gas-Pipelines, Kommunikationssysteme, Transport- und Finanzsektoren. Doch grosse Teile der USA hätten wiederholt Unterbrüche in der Elektrizitäts- und Wasserversorgung nach Naturkatastrophen gut überstanden.

Andere sind beunruhigt. Der ehemalige Pentagon-Chef Leon Panetta malte ein «Cyber-Pearl-Harbor» an die Wand, einen gross angelegten Überraschungsangriff aus heiterem Himmel, der Amerika schnell lahmlegen könnte. Da Amerika, sowohl öffentlich als auch privat, weitestgehend auf Computernetze angewiesen sei, könnte der Schaden katastrophal sein.

Für die Vereinigten Staaten, aber auch für China ist die Sicherheit im Cyberspace wichtig, weil sie ihre Wirtschaftsbeziehungen und auch militärische Fragen betrifft. Wenn China sein Wirtschaftswachstum aufrechterhalten will, ist es auf einen Zugang zu neuen Technologien angewiesen. Cyber-Diebstahl ist aber auf Dauer ein problematisches Mittel, um sich diese zu beschaffen.

Strategen beschäftigen sich mit der Frage, ob Abschreckung hier funktionieren kann, weil die Urheber von einzelnen Angriffen – wie Terroristen – oft kaum zu orten sind. Dennoch gilt, dass mit zunehmendem Wohlstand auch China verwundbar wird. Das könnte der Pekinger Führung doch zu denken geben.



Hacker-Attacken aus China: der amerikanische Aussenminister Hagel in Singapur.

Fremde Richter mit Schweizer Pass

Von Christoph Mörgeli

Claudio Zanetti, Präsident der Geschäftsprüfungskommission des Zürcher Kantonsrates, wird von einem notorischen Querulanten mit Morddrohungen eingedeckt. Und als «hirnamputierter Waschlappen», «gottverdammtes Dreckschwein» und «Abschaum der Menschheit» beschimpft. Doch der zuständige Staatsanwalt Patrick Zanolla sieht keinerlei Handlungsbedarf. Denn Zanetti werde vom Bedroher nicht als Person, sondern lediglich als SVP-Politiker herabgesetzt. Und da sind gemäss SP-Staatsanwalt Zanolla die genannten Titeleien offenbar angemessen.

Unsere Strafverfolger in Staatsanwaltschaften und Gerichten befremden. Das Berner Obergericht weist das SVP-Inserat «Kosovaren schlitzten Schweizer auf» einem gerichtlichen Urteil zu und verbietet die Einstellung des Verfahrens. Dabei war darin keine Rede von den – also allen – Kosovaren. Aber von manchen, die tatsächlich Schweizer aufgeschlitzt haben. Neben dem Fall eines betroffenen Schwingers bei Interlaken etwa die kosovarischen Messerstecher und ihre Schweizer Opfer vor der Sissacher «CH»-Diskothek, vom Horgener Bahnhof, vom Grümpeltturnier in Lachen, vom *Kantifäscht* in Luzern.

Das Zürcher Verwaltungsgericht verbietet der Sozialbehörde von Stäfa, der Familie des irakischen «Kaufleuten»-Messermörders die Sozialhilfe von 4671 Franken zu kürzen. Es untersagt dem Migrationsamt, einen wiederholt straffälligen, hochverschuldeten, seine Familie verprügelnden Kroaten auszuweisen. Christoph Blocher erduldet jahrelange Rechtsverfahren, während der Ex-Nationalbankpräsident sein privates Casino folgenlos betreiben konnte. Unser Bundesgericht korrigiert die Einbürgerungsurteile des Souveräns der Gemeinde Emmen. Im Oktober 2012 brechen die Lausanner Richter die Bundesverfassung und setzen Völkerrecht kurzerhand über Landesrecht.

Unsere Strafverfolger agieren isoliert an ihren Schreibtischen. Sie verlieren im Papier den Überblick über das Wesentliche. Sie urteilen meilenweit abgehoben vom Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung. Allzu viele der hochbezahlten Strafverfolger und Rechtssprecher scheinen völlig unerfahren in den hiesigen Realitäten des Rechts. Und unberührt vom gesunden schweizerischen Menschenverstand. Es sind keine fremden Richter aus dem Ausland. Sondern noch schlimmer: entfremdete Richter mit Schweizer Pass.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Die brutale Kapitulation

Von Peter Bodenmann — Die Steuerhinterzieher-Lobby ergibt sich dem amerikanischen Imperium. Den Tarif kennen die Banken.



Schützenhilfe: SP-Parlamentarier Tschümperlin, Leutenegger Oberholzer, Levrat (v.l.).

Während Jahrzehnten war das Steuerhinterziehergeheimnis die heilige Kuh der bürgerlichen Parteien und Politiker in der Schweiz. Es war der grösste gemeinsame und einzig nennenswerte Nenner in ihrer Wirtschaftspolitik.

Zusammen machten sich FDP, CVP und SVP über jene Länder lustig, aus denen die Reichen und Superreichen mit ihren Vermögen in das Schweizer Steuerparadies flüchteten. Die seien halt selber schuld. Die Hehler quietschten vor Freude mit den Stehlern. Auf allen Sendern.

Jetzt geben die amerikanischen Freunde dem Schweizer Steuerhinterzieher-Finanzplatz brutal den Tarif durch. Und die EU wird nachziehen.

Deshalb wirft das politische Bodenpersonal der Schweiz mit Nebelpetarden um sich. Fast alle schiessen mit anti-amerikanischer Munition auf Eveline Widmer-Schlumpf. Am härtesten jene, die vor nicht allzu langer Zeit unter den Nafta-Rock des amerikanischen Imperiums kriechen wollten. Ihr Tenor: «Wir wissen nicht, was die Amerikaner wollen.»

Doch die Schweizer Banken wissen genau, was auf sie zukommt. Schliesslich sassen sie mit am Verhandlungstisch. Die grossen Boni-Banker und ihre Verwaltungsräte wollen ihre goldenen Sessel retten. Und liefern deshalb die Namen der operativ im USA-Geschäft tätigen Boni-Banker samt den Treuhändern aus. Die

Gewerkschaften dürfen die alles andere als unschuldigen Bauernopfer im gesponserten Sanitätswagen begleiten.

Was werden die Bürgerlichen machen? Die strafbaren Banken und Banker ungeschützt den Amerikanern ausliefern? Damit diese vor dem Frühstück – wie im Fall Wegelin – Exempel um Exempel statuieren? Oder die Kapitulation irgendwie akzeptieren?

Untersuchungen zeigen: Der Finanzplatz macht glücklicherweise nur 4 Prozent des BIP der Schweiz aus. Nicht viel mehr als der Tourismus. Aber immer noch schöpfen die Banken zu viel Rahm anderer Branchen ab.

Und von diesem Rahm leben Boni-Banker sowie deren Parteien und Politiker nach wie vor zu gut. Wäre ja gelacht, wenn es der Bankenlobby nicht gelingen würde, im politischen Bern die für sie wichtigen Beschlüsse durchzubringen. So wie geplant oder etwas anders. Spätestens aber innert 120 Tagen. Notfalls auch mit Notrecht.

Helfen werden ihnen dabei die Sozialdemokraten jener Kantone, deren von Gier getriebene Kantonalbanken zusammen mit ihren SP-Verwaltungsräten nach 2009 von der UBS noch amerikanische Kunden übernommen haben.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Neue Stufe der Heiligkeit

Von Kurt W. Zimmermann — Der Unterschied zwischen Kirche und SRG? Aus der SRG kann man nicht austreten.

In der Schweiz gibt es 45 verschiedene Steuern. Die Bandbreite reicht von der Kurtaxe bis zur Hundesteuer. Nun kommt die 46. Steuer hinzu. Es ist die erste Mediensteuer.

Damit könnten wir zum Lamento über die Steuerdichte ansetzen. Doch wir müssen differenzieren. Der Einfallsreichtum der helvetischen Steuer-Erfinder ist im internationalen Vergleich erfreulich limitiert.

In Frankreich zum Beispiel gibt es 205 verschiedene Steuern, darunter so hübsche Beispiele wie Steuern auf Langlaufski und Pornofilmen. Auch Italien hat über zweihundert Steuern im Angebot. So bezahlen die Italiener bis heute eine Steuer für ihren Abessinienkrieg. Auch das Verstreuen der Asche von Verbliebenen ist taxpflichtig.

An Originalität nähert sich die Schweiz nun ihren Nachbarländern an. Die neueste Steuer ist die SRG-Steuer. Sie stammt aus der Küche von Bundesrätin Doris Leuthard. Jeder Haushalt und jedes Unternehmen muss sie künftig bezahlen, egal, ob sie Radio und TV nutzen oder nicht. Sie beträgt rund 400 Franken für Privathaushalte und rund 40 000 Franken für grössere Firmen.

Nur zwei soziale Härtefälle sind von der Steuer befreit, Invalide und SRG-Mitarbeiter.

Die SRG-Financiers der Vergangenheit bezeichnete man als «Gebührendzahler». Leuthards Beamte haben für die SRG-Financiers der Zukunft einen neuen Namen gefunden. Wir alle heissen nun «Abgabeschuldnerinnen und -schuldner». Ich finde das linguistisch aufschlussreich: Wir Bürger stehen a priori in der Schuld unseres Staatsfunks.

Was passiert, falls einer die neue SRG-Steuer nicht zahlt? Das ist im Gesetz sauber geregelt. Der Staat kann die Betreibung einleiten und hat nun Zugriff auf Bürgschaften, Bankgarantien, Schuldbriefe, Bargeld, Lebensversicherungen, Obligationen und Aktien der Abgabeschuldnerinnen und -schuldner.

Interessant an der neuen SRG-Steuer ist, dass sie mit der Tradition des Steuersystems bricht. Bisher galt bei uns immer, dass Steuern nur für Leistungen und Zugewinne entrichtet werden mussten. Ohne Gegenleistung keine Steuer.

Wer keine Dokumente braucht, zahlt keine Stempelsteuer. Wer kein Auto hat, zahlt keine Motorfahrzeugsteuer. Wer kein Haus verkauft, zahlt keine Grundstückgewinnsteuer. Wer kein Kino besucht, zahlt keine Billettsteuer.

Wer kein Radio und TV nutzt, zahlt trotzdem.



Bruch mit der Tradition: Bundesrätin Leuthard.

Dieser Bruch mit der Steuertradition wird im Parlament trotzdem rauschend bewilligt werden. Das hat einen guten Grund. Denn im Parlament haben die Linken und die Soziallinken die Mehrheit. Die SRG ist das einzige wichtige Medienunternehmen im Land, auf das sie noch Einfluss nehmen können.

Das ist selbstverschuldet. Die Linken und die Soziallinken haben ihre stolzen, ehemaligen Medienimperien zuschanden geritten. Die Unfähigkeit der SP-Manager und der CVP-Manager führte dazu, dass nach 1970 alle sozialdemokratischen und christdemokratischen Blätter verschwunden sind. Übrig blieben nur wenige Verlagshäuser wie NZZ, Tamedia und Ringier. Sie sind, anders als die SRG, dem Einfluss der Politik entzogen.

Nur eine einzige Steuer hierzulande hat gewisse Parallelen zur neuen SRG-Steuer. Das ist die Kirchensteuer. Man zahlt sie auch dann, wenn man die Dienste der Kirche nicht nutzt. Man zahlt die Kirchensteuer erst dann nicht mehr, wenn man aus der Kirche austritt.

Die SRG hat damit eine neue Stufe der steuerlichen Heiligkeit erreicht. Aus der Kirche kann man noch austreten. Aus der SRG kann man nicht austreten.

Neu: Folgen Sie den täglichen Notizen von Kurt W. Zimmermann auf Twitter: @kurtwzimmermann

Intime Dementis

Von Beatrice Schlag — Die Bekenntnisse unserer Stars bei näherer Betrachtung.

Die Celebrities überfordern uns zur Zeit etwas. Vor kurzem traute Angelina Jolie der Weltöffentlichkeit zu, die Entfernung ihres Brustgewebes zu verdauen. Ein bewundernswerter Mut für jemanden,



der für viele das gegenwärtige Sexsymbol schlechthin ist. Es erschreckte viele Leute, und was sie beschäftigte, war nicht Klatsch.

Am vergangenen Sonntag enthüllte Schauspieler und Produzent Michael Douglas dem britischen *Guardian*, dass sein inzwischen geheilter Halskrebs durch das Papilloma-Virus verursacht worden sei. Douglas, seit zwölf Jahren mit der wunderschönen Catherine Zeta-Jones verheiratet, sagte wörtlich: «Ich möchte nicht auf Einzelheiten eingehen. Aber dieser spezielle Krebs wird durch das Papilloma-Virus ausgelöst, das durch Cunnilingus übertragen wird.» Der hingebungsvolle Liebhaber als Opfer einer virusbefallenen Vagina.

Zwei Tage später liess Douglas, möglicherweise nach einem handfesten Ehekrach, durch seinen Pressesprecher mitteilen, dass er nicht gesagt habe, «dass Cunnilingus die Ursache seiner Krebserkrankung war.» Doch, hatte er. Nach seinem Dementi stellte der *Guardian* die Audio-Aufnahme des Interviews auf die Website. Dass Michael Douglas, zur Zeit auf PR-Tour für seinen neuen Film, knallhart spekulierte, dass die Schlagzeile «Krebs durch Oralverkehr» um die Welt gehen würde, ist keine besonders böartige Vermutung. In den 1980er Jahren war der bereits immens erfolgreiche Douglas der erste Hollywoodstar gewesen, der eingestanden hatte, sich wegen Sexsucht in Rehabilitation begeben zu haben. Niemand wunderte sich. Sein Ruf als Weiberheld war bekannt und leuchtete ein. Welche Frau mit Hoffnung auf eine Filmkarriere sagte nein, wenn Michael Douglas sie ins Bett winkte? Monate später widerrief er: Er sei wegen seines Alkoholproblems behandelt worden. Aber das Gerücht von der Sexsucht habe seiner Männlichkeit deutlich mehr geschmeichelt, also habe er geschwiegen.

Von dem alten Polit-Fuchs Giulio Andreotti stammt der köstliche Satz, dass ein Dementi nichts als eine zweimal veröffentlichte Nachricht sei.

Leserbriefe

«Die Erotik lebt nun mal von einer gewissen Unsicherheit, dem Geheimnisvollen und Unfassbaren.» *Beatrix Kruger*



«Ideal wäre ein getrennter Haushalt.»

Lust zum Spielen

Nr. 22 – «Fremdgehen: Ein Tabu wankt»;
Beatrice Schlag über Seitensprünge

Danke, gut geschrieben! Die sexuelle Treue wird masslos überschätzt! Die Erotik lebt nun mal von einer gewissen Unsicherheit, dem Geheimnisvollen und Unfassbaren, also vom gegenteiligen des ewigen Miteinander im gleichen Haushalt und Ehebett. Gross sind die Erwartungen an den Partner, aber kein Mensch kann alle Bedürfnisse abdecken, und selber ist man ja auch nicht endlos faszinierend und berauschend. Viele Eheleute, die im Kern noch eine gute Freundschaft pflegen, aber keine Sexualität mehr praktizieren, könnten ihre Ehe retten, wenn man genau in diesem Punkt toleranter wäre. Ideal wäre natürlich ein getrennter Haushalt oder mindestens ein eigenes Refugium. Lass den andern Geheimnis sein, dann hat man wieder mehr Lust zum Spielen!
Beatrix Kruger, Zürich

Sofort festnehmen

Nr. 22 – «Berner Sitten»; Kommentar
von Lucien Scherrer

Man weiss seit der Besetzung des Wohlroth-Areals in Zürich, dass es eine relativ kleine militante Chaotengruppe immer wieder schafft – von Behörden und Polizei relativ unbehelligt –, grossen Schaden anzurichten. Der Chaotentourismus nach Bern ist die Folge der zu grossen Toleranz gegenüber diesen gewalt-

bereiten Menschen. Als Steuerzahler ist man gespannt, wie der neue für die Polizei zuständige Stadtrat dieses Problem meistern wird. Die anstehende Räumung des Binz-Areals in Zürich wird es zeigen. Am 8. Juni ist in Aarau wieder so ein unbewilligter Tanzanlass angesagt. Die zuständige Politikerin der Stadt Aarau hofft, dass der Tanzanlass friedlich verläuft. Das ist töricht und trügerisch. Die Veranstalter sind nicht zum Besprechungstermin erschienen, sie fahren Schlitten mit den Behörden. Also handelt es sich um eine nicht bewilligte Veranstaltung. Wenn ich vor einer Beiz Tische aufstellen und Gäste bewirten will, kann ich das auch nicht ohne Bewilligung tun. Wenn ich dafür keine Kriege und trotzdem Gäste bewirte, kommt ganz schnell die Polizei und räumt den Platz, und ich muss eine grosse Busse zahlen. Die Geschäfte in der Innenstadt von Aarau sind in grosser Angst, dass sich das Chaos von Bern wiederholt. Die alten Eidgenossen haben schon gesagt: «Wehret den Anfängen».

Also gibt es nur ein Rezept: wachsam sein, hart durchgreifen und die Übeltäter einsperren und bestrafen. Jede Person, die an so einem Anlass teilnimmt und verummmt ist, sofort festnehmen und nach Aufnahme der Personalien bis zum Ende der Veranstaltung einsperren. Ich bin mir sicher, dass so ein Vorgehen Erfolg haben wird. Die Zürcher Chaoten sollen in Zürich bleiben. Sonst werden sie eine Aarauer Vollzugsanstalt von innen sehen.

Bruno Nett, Gränichen

Unqualifizierte Aussagen

Nr. 20 – «Staatsbauern, die Bienen-Killer»;
Kolumne von Peter Bodenmann

Diese unqualifizierten Aussagen des Autors über die Schweizer Bauern sind unerträglich. Einige Richtigstellungen. 1. Düngerverbrauch: Herr Bodenmann kennt offenbar die neuen Statistiken nicht, wonach der Düngerverbrauch in der Schweiz in den letzten Jahren massiv zurückgegangen ist. Dasselbe gilt auch für die Pestizide. Die Böden und das Wasser werden so nicht belastet. 2. Was eine halbe Million zu viele Kühe mit dem Bienensterben zu tun haben, ist nicht nachvollziehbar. Wie will Herr Bodenmann die Hügel- und Berggebiete, wo nur Graslandnutzung möglich ist, bewirtschaften? Der Einsatz von Landschaftsgärtnern, die die Wiesen mähen, damit sie für den Tourismus attraktiv bleiben, wäre eine Option. Das wäre aber viel teurer.

3. Österreich und vor allem Deutschland mit seinen Tierfabriken produzieren garantiert nicht umweltfreundlicher als die Schweizer Bauern. Das bestätigen die Nahrungsmittelskandale. 4. Die Konsumenten würden gemolken: Das stimmt überhaupt nicht. Entscheidend ist nicht nur der Preis, sondern die Kaufkraft des Lohnes. Laut Studien der UBS gibt der Schweizer Konsument für Nahrungsmittel nur sieben bis acht Prozent seines Lohnes aus, damit neben Amerika und Dänemark weltweit am wenigsten.

5. Agrarfreihandel als Mittel zur beschleunigten Strukturreform: Diese muss nicht beschleunigt werden. Jährlich geben vier bis fünf Prozent der Bauern auf. Mit einem unbegrenzten Agrarfreihandel würden Tausende von bäuerlichen Familienbetrieben in die Armut und in den Ruin getrieben. Denn auch effizient wirtschaftende Schweizer Betriebe werden nie so billig produzieren können wie die Bauern in Ostdeutschland, Polen, Ungarn, Rumänien mit ihren riesigen Flächen besten Ackerlandes. Wenn Herr Bodenmann Agrarfreihandel will, soll er auch die Preise für seine Wohnungen und Appartements auf EU-Niveau senken!

Ludwig Lussi, Tägerwilen

Stets empört

Nr. 22 – «Ruhe nach dem Sturm»;
Andreas Kunz über die Asylpolitik

Einhergehend mit dem unaufhaltsamen Niedergang der Euro-geknebelten Länder, steigt nicht nur die Attraktivität unseres Landes für Fluchtgelder, sondern auch für Flüchtlinge. Am 9. Juni werden wir darüber abstimmen müssen, ob das moderat verschärfte Asylgesetz, gegen das links-grüne Kreise das Referendum ergriffen haben, nun definitiv in Kraft treten kann. Mit der ambivalenten Haltung der SP-Leitung kommt zum Ausdruck,

dass dieses Referendum vor dem Volk insgesamt und besonders auch vor ihrer pragmatisch denkenden Gefolgschaft keine Chancen hat.

Da davon auszugehen ist, dass wahrscheinlich auch mit den zur Debatte stehenden Änderungen die Problematik kaum wird bewältigt werden können, stünde es den sich stets empört zeigenden Links-Grünen gut an, endlich mal konstruktive und umsetzbare Vorschläge zur Lösung, und nicht zur Bewirtschaffung des Problems zu entwickeln.

Rolf Gamma, Brissago

Einzig und richtiger Weg

Nr. 16 – «Mit der Weko gegen Ausländer»; Wirtschaftskolumne von Silvio Borner

Bei der Lektüre des eingangs erwähnten Beitrags von Wirtschaftsprofessor Dr. Silvio Borner stellte sich mir die Frage, was er wohl unter einer «gewöhnlichen internationalen Preisdifferenzierung» versteht. Dass Unternehmen ihre Preise von Land zu Land unterschiedlich gestalten, ist üblich und durchaus legitim. Weit weniger gewöhnlich ist es, wenn diese Unternehmen Nachfragern aus der Schweiz gleichzeitig den Einkauf im (günstigeren) Ausland verweigern. Es erstaunt, dass gerade Professor Borner als Verfechter der freien Marktwirtschaft das dadurch ermöglichte Preisdiktat durch Anbieter im Ausland so bedingungslos verteidigt. Dass die differenzierten Preise mit dem «Zuschlag Schweiz» weit mehr sind als nur die «logische Folge unterschiedlicher Zahlungsbereitschaften», zeigen die zahlreichen Lieferanfragen und der ungebremste Einkaufstourismus jenseits der Grenze. Es geht hier einzig und allein um die missbräuchliche Kaufkraftabschöpfung bei der Lieferung von Importprodukten. Da solche marktabschottende Lieferverweigerungen eindeutig einen Verstoß gegen das schweizerische Wettbewerbsrecht darstellen, sind sie unzulässig und müssen bekämpft werden.

Professor Borner hat recht, wenn er davon ausgeht, dass sich die Wettbewerbskommission heute nur dann zu Eingriffen legitimiert betrachtet, wenn ein Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung gegenüber Konkurrenten (horizontal) oder eine Abrede im Sinne von Art. 5 Abs. 3 bzw. 4 des Kartellgesetzes vorliegt. Genau aus diesem Grund beabsichtigt der Ständerat, das Kartellgesetz durch eine neue Bestimmung zu ergänzen. Diese führt nicht – wie von Professor Borner behauptet wird – zu einer staatlichen Preisregulierung, sondern einzig zur Gewährleistung des freien Einkaufs im Ausland. Es ist dies der einzige und richtige Weg, um die den teuren Produktionsstandort Schweiz schwächenden hohen Kosten und Preise zu senken. Nur die vom Ständerat gutgeheissene Verschärfung des Kartellgesetzes kann die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Gewerbe und Detail-

handel in der Schweiz nachhaltig stärken. Mit Preisregulierung hat das nichts zu tun.

Luca Stäubli per E-Mail

Weltwoche allgemein

Was macht den Unterschied zwischen der Weltwoche und der sogenannten Mainstreampresse aus? In der Weltwoche wird rechter Filz genauso wie linker Filz schonungslos aufgedeckt, aktuell z. B. der Fall Banga. Solche Beiträge liest man sonst nirgends! Und es gäbe noch viele andere Beispiele. Bodenmann, Mörgeli, Gross, alle haben Platz nebeneinander! Für mich ist die Weltwoche gelebte Meinungsvielfalt. Weiter so!

Leo Auf der Maur, Schwyz

Korrigenda

In Bezug auf Immobilienunternehmer Urs Ledermann (Ausgabe Nr. 22/13, Rubrik «Namen») möchten wir folgende zwei Punkte richtigstellen: 1. Die Schule in Tansania wurde nicht von Ledermann gegründet, er unterstützt diese nur sehr aktiv. 2. Der Mobimo Tower ist nicht im Besitz von Urs Ledermann (Zitat: «Ledermann-Portefeuille») und auch nicht im Besitz der Ledermann Immobilien AG, sondern in dem der Mobimo Immobilien AG. Wir bitten um Entschuldigung.

Die Redaktion

In eigener Sache:

Ticket-Verlosung «1560 Davos Music»

Die Gewinner: Peter Bucher, Safenwil; Hans-Ulrich Nötzli, Würenlos; Erich Oesch, Fiesch; Pius Sieber, Widnau; A. Pedro Bilar, Zug; Martin Auer, St. Gallen; Jürg Neuweiler, Belmont; Doris Schläpfer-Scheuss, St. Gallen; Heinz Striffeler, Spiegel b. Bern; Erwin Rüttimann, Schlieren; Emil Padar, Lupsingen; Montgomery Meyer, Riedikon; Ruth Kellenberger, Niederwil; Pina Pellegrini, Chur; Peter Kellermann, Ellikon an der Thur. Ihre Weltwoche

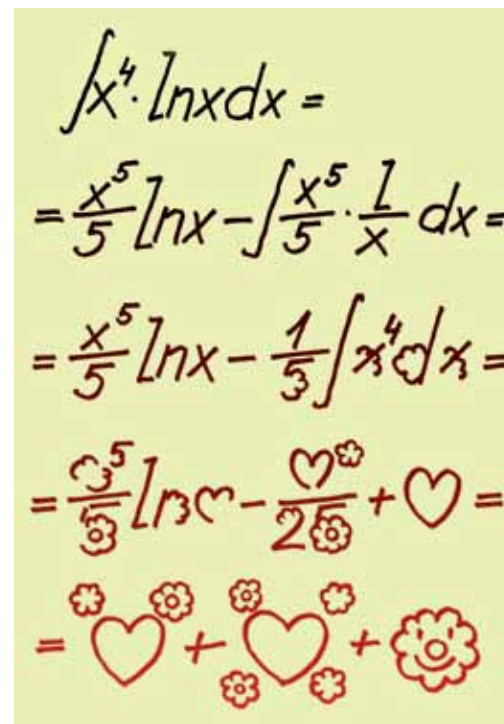
Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der Weltwoche erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion Weltwoche,
Förrlibuckstrasse 70, Postfach,
8021 Zürich.
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

Darf man das?

Leser fragen, die Weltwoche antwortet



Darf ich mich in der Bibliothek an einen anderen Tisch setzen, weil mich die Frau, die mir direkt gegenüber sitzt, allein durch ihre Präsenz stark ablenkt?

Dan Pruschy

Dass Sie die Bibliothek tatsächlich zum Lernen aufsuchen, verdient ja schon mal Lob. Aber stellen Sie sich vor, Sie schaffen Ihre Prüfungen nicht – und schuld wäre ein fremdes Mädchen! Machen Sie es doch so: Verlassen Sie Ihren Platz, um in Ruhe zu lernen. Davor schreiben Sie dem Objekt Ihrer Ablenkung noch eine Entschuldigung dafür, dass Sie einfach abhauen. Als Wiedergutmachung bieten Sie ihm einen Kaffee in der Lernpause an. So bringen Sie Bildung und weiteres Vergnügen elegant unter einen Hut. Einverstanden?

Deborah Neufeld

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion Weltwoche, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem Weltwoche-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Mit der ganz heissen Nadel gestrickt

Zuerst versprach der Bundesrat eine «Globallösung», um den Bankenstreit mit den USA in eigener Regie zu beenden. Dann glaubte er das Heil in einem «Staatsvertrag» zu finden. In letzter Sekunde landete man bei einem dringlichen (und überflüssigen) Bundesgesetz. Warum diese Pannen? *Von Florian Schwab*



Zweifel an der Substanz der Vorlage: Finanzministerin Widmer-Schlumpf.

Nach fast dreijährigen Verhandlungen berichtete Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf letzte Woche erstmals, wie der Streit mit den USA über das Bankgeheimnis beigelegt werden kann. Bis dahin war nur Ungeföhres und Halbwahres aus der heissen Abschlussphase der Verhandlungen durchgesickert. Das Staatssekretariat für Internationale Finanzfragen (SIF), die Finanzmarktaufsicht (Finma) und übrige involvierte Verwaltungsstellen hielten bis zum Schluss weitgehend dicht, nachdem in früheren Verhandlungsstadien, sehr zum Ärger der Amerikaner, fast alles an die Öffentlichkeit gedrungen war.

In der Schweizer Öffentlichkeit und unter Experten herrschte eine Erwartungshaltung: Jahrelang hatten die zuständige Bundesrätin und ihr Chefunterhändler Michael Ambühl eine «Globallösung» in Aussicht gestellt, die den ganzen Finanzplatz aus dem Kreuzfeuer der US-Justiz holen sollte. Mit anderen Worten: Weder Banken noch Bankmitarbeiter sollten in den USA angeklagt werden können.

Umso grösser war dann die Ernüchterung über das jetzt Erreichte: Es gibt, anders als auch die *Weltwoche* gemutmasst hatte, keine Zusage, dass die USA keine weiteren Banken anklagen werden. Für die Bankmitarbeiter gilt das sowieso. Kenner des US-Rechts, wie ein mit dem Fall der in den USA angeklagten Bank Wegelin vertrauter Anwalt, weisen seit Jahren darauf hin, dass die Amerikaner niemals einen Deal abschliessen würden, der strafrechtliche Verantwortlichkeiten von Privatpersonen ausschliesst.

Ist das Abkommen also «eine Schande», wie die *Basler Zeitung* schreibt, oder eine «totale Kapitulationserklärung», wie alt Bundesrätin Elisabeth Kopp in einem Schreiben verbreiten liess, das sie an alle Parlamentarier sandte?

Bei leidenschaftsloser Betrachtung stellt man fest: Das konkrete Verhandlungsergebnis ist besser, als mancher Kritiker meint, aber schlechter, als es der Bund zu verkaufen versucht. Positiv ist zuerst, dass grundsätzlich Schweizer Recht gewahrt bleibt. Das Bankgeheimnis wird nicht weiter durchlöchert. Kundendaten erhalten die USA nur gestützt auf das geänderte Doppelbesteuerungsabkommen von 2009 (und damit sind auch nur Daten ab diesem Zeitpunkt betroffen). Auch die rückwirkende Anwendung von Recht, wie von den USA verlangt, muss die Schweiz – streng formal gesehen – nicht schlucken. Gemessen an US-Forderungen, alle Daten bis 2002 auszuliefern, ist das, was jetzt auf dem Tisch liegt, keine totale Kapitulation. Im Gegenteil. Wie man von Insidern hört, ist es Chefverhandler Ambühl durchaus gelungen, weitergehende amerikanische Forderungen zurückzuweisen.

Treuhänder und Anwälte trifft es hart

Allerdings regen sich auch Zweifel an der Substanz der Vorlage. Der Bundesrat will die «Lex USA» als dringliches Bundesgesetz auf den

Weg bringen und darin den Banken erlauben, Mitarbeiterdaten an die USA zu liefern. Befürworter werden nicht müde, zu betonen, dass dadurch endlich Rechtsklarheit für Bankmitarbeiter geschaffen werde und diese Einsicht in die Daten erhielten, bevor sie an die USA geliefert würden. Ihre Rechte würden dadurch gestärkt. Der St.Galler Staatsrechtsprofessor Reiner Schweizer sieht das Vorhaben dagegen sehr kritisch. Er widerspricht auch der auf den nächsten Seiten abgedruckten Einschätzung des Berner Wirtschaftsrechtlers Peter V.Kunz.

Das Bundesgesetz diene dazu, sagt Schweizer, die bestehenden geltenden Bestimmungen zu umgehen. Indirekt würde für die betroffenen Bankmitarbeiter, Rechtsanwälte und Treuhänder sehr wohl rückwirkend das Recht geändert. Es sei derzeit im Abkommen über die Strafrechtshilfe und im Doppelbesteuerungsabkommen mit den USA klar geregelt, unter welchen Bedingungen Daten geliefert würden – nämlich unter Gewährleistung des rechtsstaatlichen Grundsatzes, wonach sich der Betroffene zur Wehr setzen könne. Dazu gehöre auch das Recht, sich nicht selber durch eine Aussage zu belasten.

Genau dieses Recht werde den betroffenen Privatpersonen entzogen, indem automatisch

Das Verhandlungsergebnis ist besser, als mancher Kritiker meint.

Daten geliefert würden, sagt Schweizer. Die «Lex USA» lagere die Rechtshilfe, die eigentlich dem Bund obliege, an die Banken aus, um so «schneller und mehr Daten zu liefern». Betroffene hätten dagegen kein klar definiertes Rechtsmittel, was der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) widerspreche. Besonders hart treffe es die Drittpersonen, also Treuhänder und Anwälte, deren Angaben ebenfalls ausgeliefert würden. «Diese werden nur informiert, dürfen sich die Daten aber nicht einmal vorher ansehen», so Schweizer. Dieser Auffassung schliessen sich auch die schweizerischen Vermögensverwalter an. Deren Verband sieht Mitarbeiter von Vermögensverwaltern als «Menschen zweiter Klasse» behandelt und wird sich mit allen Mitteln gegen die Vorlage einsetzen.

Den profilierten Staatsrechtler Schweizer würde es nicht erstaunen, wenn es zu einer Klagewelle gegen den Bund käme: «Es wird sich früher oder später die Frage der Staatshaftung stellen», ist er überzeugt. Man müsse die Art und die Dimension der Strafprozesse in den USA begreifen. «In den USA ist man im Steuerstrafrecht schnell einmal bei hohen Bussen, und auch Freiheitsstrafen sind ein Thema.»

Fazit: Stellt man ab auf die kritischen Einschätzungen Schweizers, stösst das Bundes-

gesetz tatsächlich neue Türen auf zum Verrat von Bankmitarbeitern und/oder Vermögensverwaltern und Anwälten. Dem hält der am Gesetz beteiligte Gutachter Peter V.Kunz entgegen (siehe Seite 28), dass die fraglichen Daten schon heute geliefert werden könnten. Für ihn öffnet das Gesetz keine neuen Schleusen, sondern es bringt besseren Schutz für die Mitarbeiter und Dritten. Hat Schweizer recht, ist das Gesetz akut schädlich. Hat Kunz recht, ist es gut, aber überflüssig: Wozu muss die Schweiz ein Gesetz durchpeitschen, wenn die heutige Rechtslage es den Banken bereits erlauben würde, ihre Probleme mit den USA bilateral zu lösen?

Womit wir beim Kernproblem wären: Wie kam es überhaupt zu diesem Gesetz, das im schlechten Fall schädlich und im guten Fall überflüssig ist? Warum wurde bis zuletzt mit anderen Varianten jongliert? Weshalb glaubt der Bundesrat, dem Parlament eine derartige Hauruckübung aufzwingen zu müssen, wobei das, worüber abgestimmt wird, auch noch geheim bleiben soll? Vermurkster scheint es nicht mehr zu gehen.

Doch der Reihe nach. Ein mit der Entstehungsgeschichte des aktuellen Entwurfs vertrauter Bundesbeamter berichtet, dass das am vergangenen Mittwoch präsentierte, gerade einmal drei Seiten starke Bundesgesetz «mit der ganz heissen Nadel» gestrickt worden sei. Als der Bundesrat am 17.Mai in den Von-Wattenwyl-Gesprächen die Spitzen der Parteien informierte, sei noch ein Staatsvertrag zur Diskussion gestanden und nicht einseitige Rechtsakte der Schweiz und der USA.

Gabi Huber, Fraktionschefin der FDP im Bundeshaus, bestätigt: «Damals wurde inhaltlich vom Bundesrat etwas anderes in Aussicht gestellt.» Das Finanzportal Thomson Reuters berichtete noch Mitte April von einem unterschiftsbereiten «Memorandum of Understanding». Ungefähr zum selben Zeitpunkt diskutierte die Finma Möglichkeiten, wie der Staat die Bussen der Banken vorfinanzieren könnte, was bei einem Staatsvertrag logisch erscheint. Der Bundesrat marschierte bis ganz zuletzt auf einem ganz anderen Gleis.

Unterwegs auf der falschen Schiene

Wurde tatsächlich innerhalb von nur zwei Wochen einer der kontroversesten Gesetzesvorschläge der letzten Jahre zu Papier gebracht? Das belegen Recherchen der *Weltwoche*. Chefunterhändler Michael Ambühls SIF allerdings beschwichtigt. Im Kern handle es sich bei der jetzigen Lösung nach wie vor um eine «Globallösung», da allen Banken eine Beteiligung am US-Programm freistehe und damit die Möglichkeit, einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen.

Direktbeteiligte schildern allerdings eine andere Version. Sie sprechen von einem missglückten Prozessmanagement. Der «juristisch



«Globallösung»: Staatssekretär Ambühl.

beratungsresistente» Ambühl und seine Chefin Widmer-Schlumpf hätten zuerst eine echte «Globallösung» angestrebt. Der Bundesrat wollte in eigener Regie und per saldo aller Ansprüche die Banken rausboxen. Irgendwann habe er allerdings gemerkt, dass dies utopisch war und sich das Konzept «Staatsvertrag» aufdrängte. Auf dieser Schiene fuhr man bis zuletzt, ehe der Bundesrat wiederum merkte, dass ein Staatsvertrag gravierende Nachteile bei der Lösung des Problems brächte. Vor allem, sagen die Quellen, wären die von den USA geplanten Bussen Teil des Schweizer Rechts geworden. Das hätten andere Staaten als Einladung empfinden müssen, die gleichen Summen zu verlangen. Dank dem Konzept «Bun-

Die Schweizer Seite spricht seit Jahren nicht mit einer Stimme.

desgesetz» würden die Bussen nicht Teil des Schweizer Rechts. Sie blieben private Verhandlungssache der Banken und der US-Justiz. Warum der Bundesrat zu so elementaren juristischen Fehleinschätzungen gelangte, darüber schweigen sich die Betroffenen aus.

«Dummheit» und «Gier»

Finanzministerin Widmer-Schlumpf und ihr bis zuletzt loyaler Staatssekretär Michael Ambühl stellen die Lage so dar, als ob die USA jetzt ultimativ auf einer schnellen Lösung bestünden und scharfes Geschütz auffahren würden, etwa eine Anklage von Kantonalbanken. Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Die Schweizer Seite spricht seit Jahren nicht mit einer Stimme. Während 2009 die UBS alleine

in der Schandecke stand, werden heute verbal diejenigen Banken geprügelt, die danach weiterhin US-Kunden angenommen haben. Von «Dummheit» und «Gier» spricht man hinter vorgehaltener Hand beim SIF. Schon 2009, beim UBS-Vertrag, soll es Differenzen zwischen dem Justizministerium und dem Finanzministerium gegeben haben. «Mit dem damaligen Staatsvertrag hat der Bundesrat praktisch US-Recht importiert», sagt der St. Galler Rechtsprofessor Schweizer. Die Folge davon war eine Welle von juristischen Auseinandersetzungen: Rund 350 amerikanische UBS-Kunden klagten vor dem Bundesverwaltungsgericht gegen die Eidgenossenschaft. Mehr als ein Viertel von ihnen erhielt recht. Auch die neue Lex wird Rechtsstreitigkeiten auslösen, ist Schweizer überzeugt.

Wozu das Gesetz?

Sollte Rainer Schweizer recht behalten und das dringliche Bundesgesetz löst eine Welle von Klagen und Schadenersatzansprüchen der Betroffenen aus, was die Verlautbarungen der Vermögensverwalter vermuten lassen, dann stellt sich am Schluss die Frage nach der politischen Verantwortung. FDP-Präsident Philipp Müller und seine FDP lehnen das Vorgehen des Bundesrats mit dem Hinweis ab, nur der Bundesrat verfüge über die Kenntnisse und Kompetenzen, um die Verantwortung für das Bundesgesetz zu tragen. Nur der Bundesrat habe das Detailwissen, um im Einzelfall Datenlieferungen zu autorisieren oder auch nicht.

Eine solche Autorisierung durch das Parlament hielt das Gremium bei den 14 Banken, die derzeit im Visier der US-Justiz stehen, nicht für nötig. Die meisten von ihnen haben mit dem Segen des Bundesrats bereits umfangreiche Datensammlungen nach Washington geliefert.

Wozu also das Gesetz? Nach bundesrätlicher Lesart würde das Abkommen erlauben, nun auch die von den Amerikanern verlangten, sogenannten *leaver lists* auszuliefern, also die Namen der «Abschleicher», welche ihre Kundenbeziehung zu einer betroffenen Bank mittlerweile beendet haben. Die betroffenen Banken sehen dies indes entspannter: Flavio Romerio, Anwalt bei der renommierten Wirtschaftskanzlei Homburger, welche die bedeutendsten Banken vertritt, gegen die in den USA ermittelt wird, hält die Lieferung der Abschleicherliste auch ohne die «Lex USA» für möglich und rechtens, wie er gegenüber dem Schweizer Fernsehen sagte.

Trotzdem bemüht der Bundesrat eine vage Angst vor den Vergeltungsmassnahmen der Amerikaner, sollte die Vorlage im Parlament scheitern. Finanzministerin Widmer-Schlumpf äussert die Befürchtung, es gehe danach einer Bank nach der anderen an den Kragen. Zuerst hätten die Kantonalbanken



«Etwas anderes»: Fraktionschefin Huber (FDP).

und dann die Privatbanken mit einer Anklage zu rechnen. Allerdings konnte die *Weltwoche* bis jetzt keinen Beleg ausfindig machen, der zeigen würde, dass Schweizer Banken nach Annahme des neuen Hauruck-Gesetzes definitiv keine Klagen mehr drohten. Ist Angst hier wirklich der richtige Ratgeber?

Gültigkeit: genau 365 Tage

Bürgerliche Parlamentarier berichten von einer sehr hohen Anteilnahme der Bevölkerung am Geschehen um die «Lex USA». Überblickt man nur die Stimmungslage in einigen Internetforen, so überwiegt ein Eindruck hellen Entsetzens bei den Leuten. Man interpretiert den Umstand, dass die Schweiz ihre bewährte gesetzgeberische Praxis auf Druck von aussen und auf Geheiss des Bundesrates ausser Kraft setzen und ein «Black Box»-Gesetz im Eiltempo durchwinken will, als Affront.

Dennoch wird sich das Volk zu der Frage nicht äussern können. Den Weg zum Referendum haben die Architekten der jetzigen Konstruktion verbaut: Dringliche Bundesgesetze unterliegen einem obligatorischen Referendum, wenn sie mehr als 365 Tage lang gültig sein sollen. Die «Lex USA» soll nun genau 365 Tage lang gelten.

Die ganze Verantwortung für das schludrig und überhastet geschnürte, in letzter Sekunde auch noch umgeschichtete Bundesgesetz lastet auf dem Parlament. Glaubt der Bundesrat ernsthaft, dass er damit durchkommt? Selbst Leute, die das Gesetz positiv beurteilen, zweifeln am Wirklichkeitssinn dieser Regierung.

Wirtschaftsrechtler Peter V. Kunz über die «Lex USA»: Seite 28

Kanonen auf Spatzen

Trotz einer hohen Steuermoral will die Finanzministerin mit scharfer Munition gegen Steuerhinterzieher in der Schweiz vorgehen. Fachleute warnen: Das revidierte Steuerstrafrecht sei nicht nur überflüssig, es zerstöre das Vertrauensverhältnis zwischen Staat und Bürger. *Von Pierre Heumann*

Die Finanzministerin gelobt (wieder einmal), dass das Bankkundengeheimnis bestehen bleibe. Doch was Eveline Widmer-Schlumpf in der vergangenen Woche vorgestellt hat, läuft (einmal mehr) auf das Gegenteil hinaus. Wenn die von ihr vorgeschlagene Revision des Steuerstrafrechts vom Parlament angenommen wird, gibt es für die Finanzen der Bürger keine staatlich garantierte und abgesicherte Privatsphäre mehr.

Die Freisinnigen warnen zwar vor einer «krassen Aufweichung des Bankkundengeheimnisses im Inland». Doch das Departement von Widmer-Schlumpf spielt die Tragweite der angestrebten Neuerungen herunter. Es handle sich teils bloss um «technische Anpassungen». Das ist eine masslose Untertreibung.

Die Vorlage, die bis Ende September in der Vernehmlassung ist, hat es in sich. Die Steuerbürokratien werden mit mehr Macht ausgestattet. Sie können bei begründetem Verdacht Hausdurchsuchungen veranlassen, Computer beschlagnahmen. Sie können Beschuldigte, falls ein Haftrichter das anordnet, festnehmen. Die Beamten können auch Zeugen einvernehmen und bei Banken Informationen einholen. Sie mutieren zu Steuerpolizisten.

Das sei dringend nötig, behauptet Widmer-Schlumpf. Derzeit «fehlen den Behörden Untersuchungsmittel», klagte sie letzte Woche an der Medienkonferenz. Bei Verdacht auf eine Steuerstraftat könnten die Behörden nur beschränkt aktiv werden. Die Finanzministerin will das nun ändern. Ein «glaubwürdiges Strafrecht» hält sie für wichtig.

Braucht es das neue Gesetz wirklich? Im Gegensatz zu Widmer-Schlumpfs Behauptung meint der Zürcher Finanzpolitiker Hans-Peter Portmann, dass es bereits heute Rechtswege mit Einsprachemöglichkeiten gebe. Wenn sie Verdacht schöpfen, können Behörden gegen Steuersünder vorgehen. Sie haben das Recht, vom Steuerpflichtigen alle Belege und Unterlagen einzufordern. Wenn er das Gefühl hat, dass Einkommens- oder Vermögensteile auf betrügerische Weise hinterzogen werden, dann kann sich der Fiskus sogar über die Strafuntersuchungsbehörden Bankdaten beschaffen, sagt Portmann. Aber oft würden Steuerbeamte den Aufwand scheuen, ein Rechtsverfahren anzustreben.

Der Staat hat heute, wie Steuerrechtler bestätigen, selbst in komplexen Fällen die Möglichkeit, an Informationen über das ihm geschuldete Geld heranzukommen. Das Steueramt

kann nämlich nach Ermessen Informationen und Unterlagen verlangen, falls die Behörde weiss oder zumindest vermutet, dass der Bürger Einkommen oder Vermögen verheimlicht. Wenn die Steuerbehörde aber keinen Verdacht hegt, wird sie auch mit noch so griffigen Gesetzen nicht aktiv werden.

Steuerbehörden verstehen sich als Helfer

Das neue Steuerstrafrecht wolle aus Bagatellen Kriminalfälle machen, kritisiert der SVP-Politiker Thomas Matter. Er hat diese Woche mit der Unterschriftensammlung für die Initiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre» begonnen, die das Bankgeheimnis in der Verfassung verankern will. Die Initiative wird von bürgerlichen Parteien mitgetragen.

Die Revision der Steuerstrafrechts würde das Vertrauensverhältnis zwischen Bürger und Staat beschädigen, befürchtet Wirtschaftsanwalt Andreas Rüd. Es würde durch das Missbrauchsprinzip abgelöst. Ein hoher Preis – denn dass die Steuermoral in der Schweiz hoch ist, räumt selbst die Finanzministerin ein, die jetzt mit scharfer Munition gegen Steuerhinterzieher vorgehen will.

Nachdem im Bundeshaus im März 2009 gegenüber dem Ausland das steuerliche Bankgeheimnis aufgegeben wurde, stellt sich heute die Frage, wie im Landesinneren vorzugehen

sei. Das Geschütz, das Widmer-Schlumpf auffährt, bedroht ohne Not eine gewachsene Vertrauensgrundlage. Die Steuerbehörden verstehen sich heute als Helfer. Von Amtes wegen berücksichtigen Beamte auch schon Mal Abzüge, die der Steuerpflichtige vergessen hat. So erklärte ein Steuersekretär dem Schreibenden einmal, wie er die Ausgaben für das Arbeitszimmer vom steuerbaren Einkommen abziehen könne. Wenn das Steueramt mit polizeilicher Gewalt ausgestattet ist, dürfte es mit dem Vertrauen vorbei sein. Das Ausfüllen der Steuererklärung würde zum Risiko, weil bereits das Vergessen von Einnahmen strafbar wäre.

Sie vollziehe nur, was der damalige Ständerat Rolf Schweizer vor drei Jahren in einer Motion angeregt hatte, verteidigt sich Widmer-Schlumpf. Tatsächlich hatte Schweizer eine umfassende Revision des Steuerstrafrechts gefordert. Als er jedoch erkannte, was daraus werden soll, meinte er in einem Interview: «So habe ich mir das nicht vorgestellt.» Was die Bundesrätin verschweigt, wenn sie sich auf die Motion Schweizer beruft: Der Zuger bestand unter anderem darauf, dass das «traditionelle, spezifisch schweizerische Vertrauensverhältnis zwischen Bürger und Staat» Leitlinie bleibe. Davon dürfte wenig übrigbleiben, wenn die Finanzministerin ihre Revision durchsetzen kann. ○



Masslose Untertreibung: Bundesrätin Widmer-Schlumpf (r.), Adrian Hug, Steuerchef beim Bund.



Gut verhandelt

Das umstrittene Bundesgesetz zu den Banken sichert das heutige Bankkundengeheimnis und bietet verbesserten Schutz für Bankmitarbeiter und Vermögensverwalter. Die Vorteile werden verkannt.
Eine Einschätzung von Peter V. Kunz

Der Finanzplatz Schweiz erhoffte sich im Steuerstreit einiger Banken mit den USA eine sogenannte interstaatliche «Globallösung». Doch es kommt nun ganz anders. Durchaus auch zum Glück. Letzte Woche legte der Bundesrat seinen Vorschlag für eine staatliche Rahmenordnung vor, die es den schweizerischen Banken ermöglichen soll, ihre Rechtsprobleme unmittelbar mit der zuständigen US-Behörde selber zu lösen. Es ist eine insgesamt gute Vorlage.

Im Vorfeld gab es wildeste Spekulationen über staatliche Milliardenzahlungen, über Garantien der Eidgenossenschaft, über einen «Staatsvertrag à la UBS» sowie über umgehende Auslieferungen von Bankkundendaten (notabene ausserhalb von Amtshilfeverfahren), wie dies beim UBS-Streit vor einigen Jahren geschehen war. Keine dieser Befürchtungen trat ein.

Der bundesrätliche Entwurf für ein Spezialgesetz («Lex USA») baut temporär, nämlich für ein Jahr, in der Schweiz die legalen Hürden ab, damit sich die interessierten Banken auf ein «Programm» des US-Justizdepartments (DOJ) zur Lösung ihrer Steuerstreitprobleme einlassen können – oder auch nicht. Es handelt sich um eine Möglichkeit und nicht um eine juristische Pflicht. Die Banken sollen dadurch Immunität vor Strafverfolgungen in den USA wegen behaupteter systematischer Beihilfe zu Steuerdelikten erhalten können durch den Abschluss von sogenannten Non-Prosecution Agreements (NPA) oder Deferred Prosecution Agreements (DPA).

Das Programm des DOJ wird eine unilaterale Offerte an die Schweizer Finanzinstitute

Das neue Bundesgesetz öffnet keine neuen Türen. Die Schweiz hat den USA getrotzt.

sein. Nichtsdestotrotz wurde der Inhalt mit der Eidgenossenschaft verhandelt. Dieses Programm wurde zwar nicht offiziell bekanntgegeben, aber aus dem Entwurf der «Lex USA» und der bundesrätlichen Botschaft ergeben sich die wichtigsten Eckpunkte:

Es geht auf der einen Seite um Bussen in (noch) unbestimmter Höhe, auf der anderen Seite um Informationslieferungen in die USA. Kundendaten werden indes nicht automatisch

verschoben, so dass das Bankkundengeheimnis gewahrt bleibt, was ein nicht unerhebliches Zugeständnis der amerikanischen Seite darstellt. Das Bankkundengeheimnis, wie es heute existiert, wird durch das geplante Bundesgesetz nicht weiter geritzt. Die Schweiz setzte sich gegen weiterreichende amerikanische Forderungen durch.

Das Programm des DOJ sieht hingegen die Lieferung der Namen von Bankangestellten, wozu die Schweizer Banken durch die «Lex USA» generell ermächtigt werden, sowie von



Die Vorteile einer «Lex USA» überwiegen deutlich.

involvierten Dritten (insbesondere Rechtsanwälten, Treuhändern, Vermögensverwaltern oder Steuerberatern) vor. Zentral werden im Programm die Banklieferungen von Exit- bzw. «Leaver»-Daten sein, also von Informationen darüber, zu welchen anderen Finanzinstituten die US-Kunden gewechselt haben. Dadurch soll indirekt die «Abschleicher»-Problematik gelöst werden.

Die Kritik am Entwurf für eine «Lex UBS» war selbst in den seriösen und ansonsten auf Augenmass bedachten Medien vernichtend (*Tages-Anzeiger*: «Für eine Demokratie unannehmbar»; *NZZ*: «Marschbefehl aus Washing-

ton»). Die Politik zeigte sich ebenfalls fast gänzlich ablehnend («Arena»), und zwar grenzüberschreitend von der Linken über die Mitte hin zur Rechten. Diese Aufschreie erscheinen unter politischen Aspekten nachvollziehbar. Die Art und Weise, wie das Paket als Blck Box auf die Schnelle durchs Parlament gepresst werden soll, löst nachvollziehbare Anti-Reflexe aus.

Doch wie steht es um die Substanz der Vorlage, die bei allem politischen Getöse doch im Zentrum einer seriösen Analyse stehen sollte? Geht es tatsächlich um eine «Erpressung» der Schweiz und ihrer Banken durch die USA? Ist eine unappetitliche «Kröte» zu schlucken? Droht gar das «Ende der Souveränität» der Schweiz? Nach Einschätzung des Autors dieser Zeilen ergibt sich das Gegenteil! Zumindest unter rechtlichen und staatspolitischen Aspekten überwiegen die Vorteile einer «Lex USA» die Nachteile deutlich. Gehen wir sie Punkt für Punkt durch.

Eidgenossenschaft — Die Schweiz bezahlt (oder garantiert) keine Bussen und liefert keine Bankkundendaten ausserhalb von regulären Amtshilfeverfahren an die USA. Vielmehr gelangt das aktuelle Doppelbesteuerungsrecht – ohne Rückwirkung – zur Anwendung. Dadurch stehen den US-Kunden bei Amtshilfeverfahren mit den USA weiterhin sämtliche Verteidigungsmöglichkeiten offen, und zwar ohne verkürzte Rechtsmittelfristen.

Es sind nur Regelungen vorgesehen, die schon heute bei den vierzehn Banken, die in US-Verfahren verwickelt sind (CS, ZKB, Julius Bär et cetera), angewendet werden. Die «Lex USA» verschiebt die Verantwortung dorthin, wo sie hingehört, also zu den Banken. Die Finanzinstitute können und sollen sich nicht hinter dem Rücken der Eidgenossenschaft verstecken, die für sie die Kastanien aus dem Feuer zu holen versucht. Private Unternehmen haben ihre privaten Probleme privat zu lösen ohne staatliche Intervention. Dies ist ein liberales Konzept, auf dem die schweizerische Verfassungsordnung fusst. Fazit: Für die Eidgenossenschaft erweist sich die «Lex USA» als sehr gute Lösung.

Schweizer Banken — Die Finanzinstitute werden vom Bund ermächtigt, ihre Probleme

selber zu lösen, und sie werden dies tun, um Rechtssicherheit zu schaffen. Im Vordergrund steht also die Eigenverantwortlichkeit der Banken. Momentan würde eine Bankenkooperation die Bundesanwaltschaft auf den Plan rufen wegen verbotener Handlung für einen fremden Staat (Art. 271 Strafgesetzbuch). Die «Lex USA» gewährt – zeitlich begrenzt – eine generelle Bewilligung dazu. Sie müsste sonst jeder Bank individuell erteilt werden.

Zentrales Element des vorgelegten «Lex USA»-Konzepts ist dessen Freiwilligkeit für die Finanzinstitute. Wer nicht mitmacht (etwa wegen der befürchteten Bussen), wird nicht schlechtergestellt sein als heute. Durch das Programm des DOJ können die beteiligten Banken jedoch für sich Rechtsfrieden herstellen – wobei jedes Institut genau prüfen sollte, inwiefern die Angelegenheit damit wirklich «per saldo aller Ansprüche» erledigt wird. Die ausdrückliche Unterstützungspflicht der Banken gegenüber den USA für Gruppenanfragen mag anfangs irritieren, doch entspricht sie im Wesentlichen ohnehin den künftigen Fatca-Pflichten. Nochmals: Das neue Gesetz löchert das Bankkundengeheimnis nicht weiter. Für die Schweizer Banken erweist sich die «Lex USA» als gute Lösung.

Bankmitarbeiter — Potenziell negativ betroffen sind die Angestellten der Banken, die sich am DOJ-Programm beteiligen. Doch ohne die «Lex USA» könnte trotzdem jede Bank eine Einzelbewilligung nach Art. 271 StGB zur Lieferung von Mitarbeiternamen verlangen, und zwar ohne spezifische Arbeitnehmerschutzbestimmungen. Somit minimiert der

troffen sein, hat die Bank vorgängig eine Schutzvereinbarung mit dem zuständigen Personalverband zu schliessen, wobei eine Unterlassung eine Freiheitsstrafe von drei Jahren zur Folge haben kann. Zu guter Letzt anerkennen die USA, dass nicht jede Namensnennung bereits Illegalitäten belegt. Fazit: Für die Bankangestellten erweist sich die «Lex USA» als annehmbare Lösung. Es ist für sie sicher besser, als wenn es beim heute geltenden Recht beliesse.

Dritte (Rechtsanwälte et cetera) — Entgegen irriger Ansicht sind die Drittparteien, die in keinem Rechtsverhältnis zu den Banken stehen, sondern zu den Bankkunden (etwa deren Rechtsanwälte oder Steuerberater), heute nicht geschützt. Und zwar weder durch das Datenschutzrecht noch durch das Persönlichkeitsrecht. Sie müssten – zynisch gesprochen – ohnehin damit rechnen, dass ihre Namen durch Informationslieferungen an die USA bekanntwerden. Das neue Bundesgesetz öffnet auch hier keine neuen Türen.

Die Botschaft des Bundesrats betont, dass es um Dritte gehe, die eine «aktive Rolle bei der Ausgestaltung der Geschäftsbeziehung wahrgenommen haben», so dass die auf Rechtsberatung beschränkten Tätigkeiten nicht darunterfallen sollten. Die Banken haben gemäss «Lex USA» den Dritten gegenüber eine Informationspflicht (wie bei ihren Mitarbeitern), deren Verletzung sogar zu einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren führen kann. Im Übrigen sind Drittparteien in allfälligen Verfahren der USA indes auf sich selber gestellt. Für die Dritten erweist sich die «Lex

vorgelegt werden muss, verbessert, verglichen mit einem (möglichen) zufälligen Einzelfallvorgehen, für die 300 schweizerischen Banken die Rechtsstaatlichkeit der Problemlösung:

Die Souveränität der Schweiz ist einzig bei den Informationslieferungen überhaupt betroffen, und in diesem Bereich gewährt die «Lex USA» angemessene Sicherungsmechanismen. Das Bankkundengeheimnis bleibt gegenüber dem Ist-Zustand sogar integral gewahrt. Die potenziellen Bussen müssen die

Die «Lex USA» ist kein Gesetz zum Verrat von Mitarbeitern, sondern zu deren Schutz.

Banken mit den USA aushandeln. Hätte man einen Staatsvertrag geschlossen, wären die Bussen Teil des Schweizer Rechts geworden – was im Ausland erst recht Begehrlichkeiten geweckt hätte. Solange absolute Freiwilligkeit besteht, kann sich kein schweizerisches Finanzinstitut über den bundesrätlichen Vorschlag beklagen.

Zudem muss festgehalten werden, dass kein Unternehmen bei grenzüberschreitenden Geschäftsaktivitäten ausländische Regelungen ignorieren darf. Wer Ahnungslosigkeit behauptet, handelt fahrlässig. Die Banken mit Tausenden von ausgezeichnet ausgebildeten Juristen in Rechtsdiensten und Compliance-Abteilungen wissen dies bestens. Die Politiker sollten die Debatte nicht vor einer Drohkulisse führen. Dass eine «Klagewelle» auf Banken mit Konkursen zukäme, ist nicht

Garantiert für ein Allzeithoch.

made by Gübelin.




GÜBELIN
JUWELEN • UHREN

vorgeschlagene Gesetzesschutz (konkret: Vorabinformationspflicht, Übernahme von Anwaltskosten, Härtefallregeln, Diskriminierungsverbot sowie Entlassungsverbot) die Risiken der Mitarbeiter. Es ist kein «Veräthergesetz», wie Kritiker irrig monieren. Im Gegenteil: Es ist ein Gesetz zum besseren Schutz der Mitarbeiter.

Dass der bundesrätliche Vorschlag für die Angestellten von Finanzinstituten nicht schlecht ist, wird an dessen Unterstützung durch den Schweizerischen Bankpersonalverband sowie den Eidgenössischen Datenschutzbeauftragten ersichtlich. Sollten Mitarbeiter von einem Mitmachen ihres Arbeitgebers be-

USA» zumindest als bessere Lösung als der Status quo.

Hoffnungen auf eine «Globallösung» mit den USA wurden zu lange zu Unrecht angefeuert, was ein politischer Fehler war. Das neue Gesetz bringt aber keinen Souveränitätsverlust der Schweiz, denn selbst ohne «Lex USA» stünde das DOJ-Programm – zumindest im Grossen und Ganzen – in Einklang mit unserer Rechtsordnung. Es ist deshalb bedauerlich und politisch nicht nachvollziehbar, dass das Programm nicht öffentlich gemacht wurde. Die Heimlichkeit befördert unnötige Schreckensszenarien.

Die «Lex USA» als Regelung für alle Finanzinstitute, die den eidgenössischen Räten

erwiesen – ausgeschlossen werden kann es selbstverständlich nicht. Bei den Beratungen sollten auch nicht das verletzte Parlamentarier-Egos im Vordergrund stehen. Die «Lex USA» ist rechtlich und staatspolitisch überzeugend.

Peter V. Kunz, Jahrgang 1965, ist Wirtschaftsrechtler an der Universität Bern, Bankenexperte, und er hat für den Bundesrat in dieser Sache ein Gutachten verfasst.

Zustupf für den Finanzdirektor

Der Solothurner Regierungsrat Christian Wanner (FDP) verzichtet angeblich auch künftig auf Honorare für sein Verwaltungsratsmandat beim Stromriesen Alpiq. In Wahrheit liess und lässt sich Finanzdirektor Wanner fürstlich bezahlen. Von Christoph Landolt



Monatsgehalt für eine Sitzung: Solothurner Finanzdirektor Wanner (FDP).

«Christian Wanner liefert Alpiq-Honorar weiterhin an Staatskasse ab», titelte kürzlich das *Oltner Tagblatt*. Wanners Verwaltungsratsmandat beim Stromriesen, an dem der Kanton Solothurn 5,6 Prozent hält, dauert noch bis 2015. Wanner tritt per Ende Juli als Finanzdirektor des Kantons Solothurn zurück und wäre damit von der Pflicht entbunden, seine Honorare an den Kanton zu überweisen. Doch gemäss *Oltner Tagblatt* will der Freisinnige weiterfahren «wie bisher» – spricht: alles abliefern, mit Ausnahme von Sitzungsgeldern und Spesen.

Zu schön, um wahr zu sein

Diese Meldung passt zum Bild, welches der FDP-Politiker und langjährige Präsident der Finanzdirektorenkonferenz gerne von sich kultiviert: Wanner, der anständige Freisinnige und Kritiker des Bankgeheimnisses, dem es stets um die Sache ging und nie um sich selbst. Und nun vertritt dieser Wanner also sogar noch über seine Pensionierung hinaus die Interessen seines Kantons.

Solche Bescheidenheit ist nicht selbstverständlich. Wanners Parteikollege Kurt Fluri belegt als Stadtpräsident von Solothurn ebenfalls ein Vollamt, verdient mit Nationalratsmandat und Nebentätigkeiten in diversen Betrieben, an denen die Stadt beteiligt ist, aber ein happiges Zugeld. Mit 378 975 Franken pro Jahr be-

wegt sich Fluri in den Gehaltssphären von Bundesräten (*Weltwoche* Nr. 50/12). Beim Kanton Solothurn wäre so etwas nicht möglich. «Mandatsentschädigungen müssen in die Staatskasse entrichtet werden», sagte Regierungssprecher Dagobert Cahannes damals.

Die schöne Geschichte hat jedoch einen Haken: Christian Wanner bleibt nicht aus selbstlosen Gründen Alpiq-Verwaltungsrat. Der 65-jährige Meisterlandwirt lässt sich fürstlich bezahlen, trotz angeblich strikter kantonaler Reglemente. Anders als es Regierungssprecher Cahannes darstellte, gibt Wanner nämlich keineswegs die gesamten Mandatsentschädigungen ab.

Gemäss Alpiq-Geschäftsbericht erhielt der Solothurner Finanzdirektor für das Jahr 2012 eine fixe Vergütung von 253 300 Franken, dazu Spesen von 16 100 Franken und Vorsorgeleistungen von 11 800 Franken. Macht insgesamt 281 200 Franken.

Beim Kanton Solothurn gingen im Jahr 2012 auf dem Konto «Verwaltungsrats honorare Aare-Tessin AG» (so hiess Alpiq früher) jedoch nur 177 930 Franken ein. Diese Summe stammt noch nicht einmal von Christian Wanner alleine. 3780 Franken steuerte sein Regierungskollege Walter Straumann (CVP) bei, der als Vizepräsident der Alpiq-Tochter Atel Hydro AG fungiert, wie der Chef des Amtes für

Finanzen, Andreas Bühlmann, erklärt. Von den 281 200 Franken, die Christian Wanner als Verwaltungsrat bezog, behielt er also 107 050 Franken. Wie ist das möglich? Ganz einfach: Die Alpiq-Verwaltungsräte deklarieren offenbar einen Teil der Honorare, die sie sich ausbezahlen, als Sitzungsgelder. Diese werden – gleichwie Spesen und Vorsorgeleistungen – vom Kanton Solothurn nicht als Mandatsentschädigung betrachtet und somit nicht eingezogen.

Topverdiener unter Politikern

Was Alpiq pro Sitzung bezahlt, will Mediensprecher Andreas Meier nicht sagen. Dem Geschäftsbericht ist aber zu entnehmen, dass sich der Verwaltungsrat im Jahr 2012 zu elf Sitzungen (durchschnittliche Dauer: eine bis sieben Stunden) getroffen hat. Das mittlerweile aufgelöste sogenannte *sounding board*, dem Wanner ebenfalls angehörte, traf sich zu vier Sitzungen. Pro Sitzung erhielt der Magistrat also – ganz privat – 4767 Franken.

Hinzu kommen pro Sitzung weitere 1000 Franken für die Spesen. Dieses Geld konnte Christian Wanner ausgeben – oder eben nicht. Die 16 000 Franken sind steuerfrei und wurden pauschal ausbezahlt.

Dies ist nur möglich, wenn ein Arbeitgeber ein Spesenreglement erstellt, das dann von der verantwortlichen Steuerbehörde geprüft werden muss. Das Alpiq-Spesenreglement sei vom Kanton Neuenburg genehmigt worden, sagt Konzernsprecher Meier. Dort ist man offenbar grosszügiger als im Kanton Solothurn. 5000 bis 6000 Franken Spesen seien für KMU-Kader «das höchste aller Gefühle», sagen mehrere Solothurner Treuhänder auf Anfrage der *Weltwoche* – höhere Abzüge lasse die Steuerbehörde (deren Chef: Christian Wanner) normalerweise nicht zu.

Wanner will sich auf Anfrage nicht zu seinen Honoraren äussern. Sein Lohn setzt sich derzeit wie folgt zusammen: 107 050 Franken von Alpiq, dazu 255 610 Franken und 80 Rappen Grundlohn für das Regierungsratsmandat plus 10 000 Franken Spesenpauschale. Hinzu kommen zwei weitere Nebenjobs: Bei den Rheinsalinen sitzt der Landwirt ebenfalls im Verwaltungsrat, wo er pro Jahr rund 5000 Franken Sitzungsgelder bezieht; von der Finanzdirektorenkonferenz erhält er weitere 2000 Franken. Alles in allem verdiente Finanzdirektor Wanner im Jahr 2012 rund 379 660 Franken. Mehr verdienten in der Schweizer Politikerszene nur die sieben Bundesräte. ○



Essay

In der Zeitspar-Tretmühle

Pendeln wird zum globalen Volkssport. Mit dem Ausbau der Infrastruktur werden nur die Symptome bekämpft. Notwendig sind flexiblere Arbeitszeiten.

Von Mathias Binswanger

In der Schweiz nimmt die für das Pendeln zur Arbeit aufgewendete Zeit immer mehr zu. Die letzte Woche veröffentlichten Zahlen des Bundesamts für Statistik zu Mobilität und Verkehr zeigen, dass die durchschnittlich für einen Arbeitsweg aufgewendete Zeit von 23 Minuten im Jahr 2000 auf 30 Minuten im Jahr 2011 zugenommen hat. Für den gesamten Arbeitsweg geht also mittlerweile eine Stunde pro Tag drauf. Das sind pro Jahr doch gute fünf Arbeitswochen, was in etwa den jährlichen Ferien entspricht.

Ein Sonderfall ist die Schweiz damit keineswegs. In andern Ländern lassen sich ähnliche Zunahmen beobachten. Pendeln wird immer mehr zum globalen Volkssport. Das wäre nicht weiter schlimm, wenn das Pendeln Spass machen würde. Doch das ist nicht der Fall. Untersuchungen zeigen, dass die Lebenszufriedenheit der Menschen abnimmt, je mehr Zeit sie für das Pendeln aufwenden. Das liegt auf der Hand, wenn diese Zeit mehrheitlich in überfüllten Zügen, U-Bahnen oder Bussen verbraucht wird. Aber eine grossangelegte Studie des Ökonomenobelpreisträgers des Jahres 2002, Daniel Kahneman, bei tausend texanischen Frauen (publiziert 2004 in der *American Economic Review*) zeigt, dass das Pendeln zur Arbeit am Morgen die mit grossem Abstand unglücklichste Zeit des ganzen Tages ausmacht, selbst wenn man mit dem Auto pendeln kann.

Keine Lust auf Verdichtungsgettos

Langes Pendeln macht also wenig froh, egal ob per Auto, Bus oder Bahn. Doch das ist noch nicht alles. Der Pendlerverkehr sorgt zweimal am Tag für Verkehrsüberlastungen an neuralgischen Punkten, und unsere ganze Verkehrsinfrastruktur muss auf diese *peak hours* ausgerichtet werden. Zwar ist «nur» etwa ein Viertel der von einem Menschen in der Schweiz pro Tag zurückgelegten Distanz auf Pendeln zur Arbeit zurückzuführen. Aber weil alle Menschen abends und morgens gleichzeitig pendeln, hat der Pendlerverkehr besonders gravierende Konsequenzen.

Die Reaktion auf den zunehmenden Pendlerverkehr liegt typischerweise darin, dass man versucht, Bahn und Strasse weiter auszubauen. Doch damit wird das Problem nicht gelöst. Menschen lassen nämlich kaum eine Gelegenheit aus, noch weiter von ihrem Ar-

beitsplatz entfernt zu leben, wenn sich eine Möglichkeit dazu bietet. Werden etwa neue S-Bahn-Linien oder Hochgeschwindigkeitsbahnlagen errichtet, ziehen die Menschen sofort in noch weiter entfernte Aussenquartiere oder andere Städte, die jetzt dank der schnelleren Verkehrsmittel in kürzerer Zeit erreichbar werden. In Japan ist es dank dem Hochgeschwindigkeitszug Shinkansen seit Jahren üblich, Arbeitswege von 200 und mehr Kilometern in Kauf zu nehmen. Die durchschnittliche Distanz zum Arbeitsplatz liegt in der Schweiz



Unglücklichste Zeit des ganzen Tages: Pendler.

zwar im Schnitt noch zwischen 35 und 40 Kilometern, aber diese Distanz steigt ebenfalls an.

Mit den ständigen Versuchen, Verkehrswege noch weiter auszubauen und schneller zu machen, geraten wir in die sogenannte Zeitspartrettmühle, die ich in meinem 2006 erschienenen Buch «Die Tretmühlen des Glücks» beschrieben habe. Die ständigen Anstrengungen, den Verkehr schneller zu machen, führen einfach dazu, dass immer häufiger immer weitere Distanzen zurückgelegt werden. Andererseits kann man die Menschen aber nicht dazu zwingen, in der Nähe ihres Arbeitsorts zu wohnen. Auch die häufig vor-

geschlagene bauliche Verdichtung in den Städten führt meist in die Sackgasse. Dadurch wird das Leben in der Agglomeration nur noch attraktiver. Viele Menschen verspüren nämlich keine Lust, in Verdichtungsgettos zu wohnen, wo eine Kombination von hohen Ausnutzungsziffern und schlechter Architektur eine neue Stadtflucht verursacht.

Modell aus der Zeit der Industriearbeit

Es geht darum, bei der Ursache anzusetzen, und nicht darum, Symptome zu bekämpfen. Diese Ursache liegt letztlich in unserer heutigen Arbeitsweise. Nach wie vor arbeiten wir möglichst alle zur gleichen Zeit an den gleichen Orten. Also setzt sich von Montag bis Freitag jeden Morgen eine gewaltige Menschenkarawane in überfüllten Transportmitteln und auf verstopften Strassen in Bewegung, um in städtische Ballungszentren zu gelangen. Und am Abend, nach Ablauf der Arbeitszeit, setzen sich wiederum alle diese Menschen gleichzeitig in überfüllte Züge, Busse oder in ihr eigenes Auto, um schliesslich erschöpft zu Hause anzukommen mit der unangenehmen Gewissheit, dass sich am nächsten Tag die ganze Prozedur wiederholen wird.

Diese Organisation des Arbeitsalltags haben wir aus der Zeit der Industriearbeit übernommen, als tatsächlich alle Arbeiter zur selben Zeit in der Fabrik sein mussten, damit die Produktion funktionierte. Die damit verbundene tägliche Volkswanderung ist heute jedoch in vielen Fällen zu einer unnötigen Selbstkasteiung geworden. Es ist nicht einzusehen, warum sich alle gleichzeitig in bestimmten Gebäuden aufhalten müssen, in denen dann jeder für sich allein den grössten Teil des Tages vor seinem Computer verbringt. Doch wir scheinen uns von diesem antiquierten Modell eines räumlich zentrierten, simultan stattfindenden Arbeitsalltags nur schwer wieder lösen zu können. Und dies, obwohl der ganze Fortschritt in der Informations- und Computertechnologie bei vielen Jobs längst ein räumlich und zeitlich flexibles Arbeiten ermöglicht hat. Hier liegt der Schlüssel zur Reduktion des Pendlerverkehrs und gleichzeitig zur Schaffung von mehr Lebensqualität.

Mathias Binswanger ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Nordwestschweiz in Olten und Privatdozent an der Universität St. Gallen.

Glauben an die Wende

Die Schweiz will aus der Atomkraft aussteigen und dafür ihren Strom mit Sonne, Wind und Wasser erzeugen. Die Politik stützt sich bei der Energiewende auf Glaubenssätze: Halten diese einer kritischen Überprüfung stand? Von Markus Schär

«Jetzt müssen wir einfach einmal glauben», sagt Bundesrätin Doris Leuthard gerne, wenn sie derzeit für die Energiewende missioniert. Sie will die ehrgeizige «Energiestrategie 2050», dank der die Schweiz auf die Atomkraft verzichten kann, im September dem Parlament vorlegen. Und die Räte wollen selber die «Energiewende light» vorantreiben, indem sie bereits in der laufenden Session ein üppiges Förderprogramm beschliessen. Schon in dieser Debatte zeigt sich, dass die Schweizer Energiepolitik auf Glaubenssätzen beruht:

1 — Die Schweiz kann sich mit erneuerbarer Energie versorgen. Der gesamte Energiebedarf der Schweiz – also für Strom, Mobilität und Heizung – «wird ab 2030 mindestens zur Hälfte aus erneuerbaren Energien gedeckt», verlangt die Cleantech-Initiative, welche die Sozialdemokraten 2010, noch vor der Katastrophe in Fukushima, lancierten. Das ist unmöglich, wie die Experten wissen. Im März lehnte denn auch der Nationalrat die Initiative ab, am letzten Montag folgte ihm der Ständerat.

Aber das Parlament kommt den Initianten weit entgegen: Es will den Zuschlag auf den Strompreis auf 1,5 Rappen pro Kilowattstunde (kWh) erhöhen und damit mehr kostendeckende Einspeisevergütung für die Betreiber von Alternativenergieanlagen auszahlen können. 23 000 Projekte stehen auf der Warteliste für die Subvention, davon 95 Prozent Solaranlagen; mit dem Geldsegen wollen die Räte einen grossen Teil der Warteliste abbauen. Dank dieser Förderung liessen sich die Kernkraftwerke Mühleberg sowie Beznau I und II abstellen, behaupten die Sozialdemokraten. Sie unterschlagen allerdings, dass Solaranlagen im Schnitt nur rund 10 Prozent des maximal möglichen Stroms erzeugen, und dies erst noch unregelmässig. Die Jahresproduktion an Strom aller Solaranlagen, die das Parlament fördern will, liefert das Kernkraftwerk Leibstadt in fünf Tagen – rund um die Uhr verlässlich.

Im Ständerat sitzen Verwaltungsräte von Versorgungsunternehmen, die weit effizientere Methoden kennen, um mehr «grünen» Strom zu liefern. Mit den zehn grössten Wasserkraftwerken liessen sich dank einer Verdoppelung des Querschnitts der Druckstollen jährlich 300 Millionen kWh mehr erzeugen – so viel wie mit 250 Fussballfeldern voll Sonnenkollektoren. Aber für diese «alte» erneuerbare Energie – die bisher 54 Prozent der Schweizer Produktion ausmachte – gibt es keine Fördergelder;



Kein Preis ist zu hoch: Energieministerin Leuthard.

die Projekte bleiben deshalb in der Schublade. Das heisst: Es geht nicht um die Versorgung des Landes, sondern um die Begünstigung der Investoren im Bereich «neuer» erneuerbarer Energie. Die Politiker wissen es und machen gute Miene zum fragwürdigen Spiel.

2 — Die Energiewende lässt sich bezahlen. Mit einem Zuschlag von nur 1,5 Rappen pro Kilowattstunde – was in den kommenden zwanzig Jahren immerhin 15 bis 20 Milliarden Franken ergäbe – liessen sich genügend Mittel bereitstellen, «um einen kontinuierlichen Zubau der erneuerbaren Energien zu gewährleisten», verspricht das Parlament. Das erscheint als tragbare Belastung für den guten Zweck: In der Schweiz sollen keine Zustände herrschen wie in Deutschland, wo arme Haushalte ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen können, weil Milliarden an Fördergeldern zu den Solar-Investoren fliessen.

Die wahren Kosten der Energiewende betragen allerdings ein Mehrfaches. Einerseits haben die Investitionen in erneuerbare Energie – wie die Deutschen schon heute erfahren – ungewollte Konsequenzen, die ins grosse Geld gehen: Solange sich Elektrizität kaum speichern lässt, müssen die vom unregelmässig anfallenden Strom überlasteten Netze mit Milliardeninvestitionen verstärkt und die regelmässigen Strom liefernden Kraftwerke ausgebaut werden. Da der «grüne» Strom zu den Spitzenzeiten am Mittag im Überfluss anfällt und deshalb die Preise zusammenbrechen, können aber die grossen Versorger ihre bestehenden Werke nicht mehr amortisieren und schon gar nicht in zusätzliche investieren. Deshalb bittet die Branche um Subventionen für die Versorger, die verlässlichen Strom liefern, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht – auch in der Schweiz.

Andererseits fordert die Energiewende nicht nur monetär, sondern auch ideell einen hohen Preis. Um einen Beitrag zu leisten – und mag er auch nur symbolisch sein –, wollen Kirchgemeinden ihre Gotteshäuser mit Solaranlagen überziehen, Kantonsregierungen ihre Hügelländer mit Windparks vollstellen und Stromversorger für ein neues Kraftwerk gar den Rheinfall teils trockenlegen. Das Parlament berät Vorstösse, um Natur- und Heimatschutz auszusparen. Denn die Schweiz führt wieder eine Anbauschlacht, diesmal nicht für Kartoffeln, sondern für Kilowatt, und dafür ist – obwohl Ausländer Billigstrom im Überfluss anbieten – kein Preis zu hoch.

3 — Die Wirtschaft kann dank Cleantech wachsen. «Bis zu 100 000 Menschen» könnten dank der Cleantech-Initiative Arbeit bekommen, behaupten ihre Urheber. Die Schweizer können zwar global nicht mehr mit den Chinesen mithalten, die mit deutschen Fördergeldern schon die deutsche Solarindustrie vernichtet

haben, wohl aber regional Planer, Elektriker und Bauhandwerker beschäftigen, um die Solaranlagen aus China zu montieren. So soll die Initiative «die durch die Wirtschaftskrise bedingte Arbeitslosigkeit beenden» – die es schon bei der Lancierung vor drei Jahren nicht mehr gab. Inzwischen finden sich in der Schweiz gar keine unbeschäftigten Fachleute mehr, um noch mehr Solarpanels, Windturbinen und Miniaturkraftwerke aufzustellen; sie müssten also aus dem Ausland kommen. Und schon 2010 wies eine Studie in Spanien nach, dass die kostspielige Förderung der erneuerbaren Energien für jeden neugeschaffenen Arbeitsplatz in der bestehenden Industrie 2,2 Arbeitsplätze zerstöre.

Die Schweizer eifern den Spaniern nach. Die Schweizer Wirtschaft bezahlt gemäss OECD schon die höchsten CO₂-Abgaben der Welt, das Doppelte der deutschen und das Zwanzigfache der amerikanischen. Der höhere Zuschlag auf dem Strompreis würde zu Mehrkosten von 200 Millionen Franken führen. Das Parlament will zwar das Geld «ohne Bestrafung der Grossverbraucher» eintreiben, also den Unternehmen mit hohen Stromkosten den Zuschlag teils oder ganz erlassen. 300 bis 600 Firmen sollen angeblich dazu zählen. Gemäss Scienceindustries, dem Verband der Pharma- und Chemiefirmen, genossen von seinen 250 Mitgliedern aber gerade mal zwei die Erleichterung. Und

Die Schweiz führt wieder eine Anbauschlacht – diesmal nicht für Kartoffeln, sondern für Kilowatt.

auch bei Swissemem, dem Verband der Maschinen- und Metallindustrie, erhielten kaum mehr Firmen günstigen Strom. Die Schweiz würde also die Branchen benachteiligen, die drei Viertel ihrer Exporte erzeugen.

Dabei «findet in der Energiepolitik der EU ein Erdbeben statt», wie der *Sunday Telegraph* feststellt. Die Staatschefs, die sich am 22. Mai trafen, sorgten sich wegen einer simplen Grafik: Seit 2005 ist der Strompreis in der EU um 40 Prozent gestiegen, in den USA aber um 5 Prozent gesunken – dies wegen der Förderung von günstigem Schiefergas. Immer mehr europäische Unternehmen denken deshalb daran, die Produktion über den Atlantik zu verlagern. Darum drängt vor allem der britische Premier David Cameron darauf, die Unternehmen nicht mit Abgaben für Alternativenergien und CO₂-Ausstoss zu behindern, also im Kampf gegen die Krise die Klimapolitik hintanzustellen. Und die anderen Staatschefs schlossen sich an. Dieses Erdbeben in der EU nahmen Politik und Medien in der Schweiz nicht zur Kenntnis.

4 — Das Volk will die Energiewende. Die Schweizer wollten die Atomkraft meiden und das Klima schützen, behauptet die Politik – dafür würden sie wenn nötig auch einen hohen

Preis bezahlen, mit Einbussen beim Wohlstand, Lasten für die Wirtschaft und Schäden bei der Umwelt. So schrieben die Stadtzürcher Stimmbürger schon vor fünf Jahren mit 76 Prozent Ja die Vision der 2000-Watt-Gesellschaft in der Gemeindeordnung fest: Sie wollen den Energieverbrauch auf ein Drittel des heutigen Wertes vermindern, den CO₂-Ausstoss auf jährlich eine Tonne pro Person (heute 6,7 Tonnen) beschränken und auf die Atomkraft verzichten.

Das Volk will sich nicht einschränken

Wie nachhaltig ist die Schweiz aber tatsächlich? Eine Studie der Empa fragte danach, indem sie in Schweizer Haushalten die Daten zu Wohnung, Mobilität, Ernährung und Konsumgütern erhob. Und die im Mai veröffentlichten Ergebnisse zeigen ein ernüchterndes Bild: «Von 3369 befragten Haushalten erfüllte kein einziger die Bedingungen der 2000-Watt-Gesellschaft.» Die Forscher halten das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft denn auch nur noch mit «grösstmöglicher Anstrengung» für erreichbar. Um den Ausstoss von Treibhausgasen auf das Ziel von einer Tonne pro Kopf zu senken, müsste die Schweiz 80 Prozent ihrer gesamten Energie – also neben dem Strom auch jene für Heizung und Mobilität – aus kohlenstoffarmen Quellen beziehen. Dafür, stellt die Studie fest, brauche es markanten technischen Fortschritt und einen Wandel im Lebensstil: Genügsamkeit.

Das Volk will sich aber nicht einschränken: Wenn es nicht mehr um hehre Absichten, sondern um harte Eingriffe geht, folgt es den Visionären nicht. Die Berner versenkten so im Mai 2011, also zwei Monate nach der Katastrophe in Fukushima, mit 68 Prozent Neinstimmen das Energiegesetz, mit dem Regierung und Parlament eine Förderabgabe auf dem Strom und einen Energieausweis für Altbauten durchsetzen wollten, und im März 2013 mit 65 Prozent Neinstimmen die Initiative «Bern erneuerbar», die ab 2035 den Bezug von Strom ausschliesslich aus «grünen» Quellen vorschreiben sollte. Und die Freiburger verweigerten im November 2012 dem Energiegesetz knapp die Zustimmung – nur weil es ein Verbot der «stromfressenden» Elektroheizungen vorsah.

Deshalb scheuen Bundesrat und Parlament eine Volksabstimmung über die Energiewende. Die SP kann ihre chancenlose Cleantech-Initiative zurückziehen, wenn die Räte ihr Förderprogramm übernächste Woche verabschieden: Die Partei hat viel mehr erreicht, als sie sich 2010 bei der Lancierung der Initiative erträumen konnte – dank der Katastrophe in Fukushima.

Schafft die Schweiz die Energiewende ohne Verlust von Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand? Ökonomen und Physiker zweifeln an den Glaubenssätzen. Bundesrätin Leuthard aber lässt sich nicht beirren. «Jetzt sind nicht mehr die Ingenieure dran», sagt sie auf ihrem Kreuzzug gerne, «sondern die Politiker.» ○

Grosses Theater um kleinste Teilchen

Regelmässig warnen Bedenkenträger aus Politik und Medien vor angeblichen Gefahren der Nanotechnologie. Der Staat reagiert mit hektischen Aktivitäten. Die Bevölkerung aber bleibt gelassen. Zu gross ist der Nutzen, den sie von den Kleinstteilchen hat. *Von Alex Reichmuth*

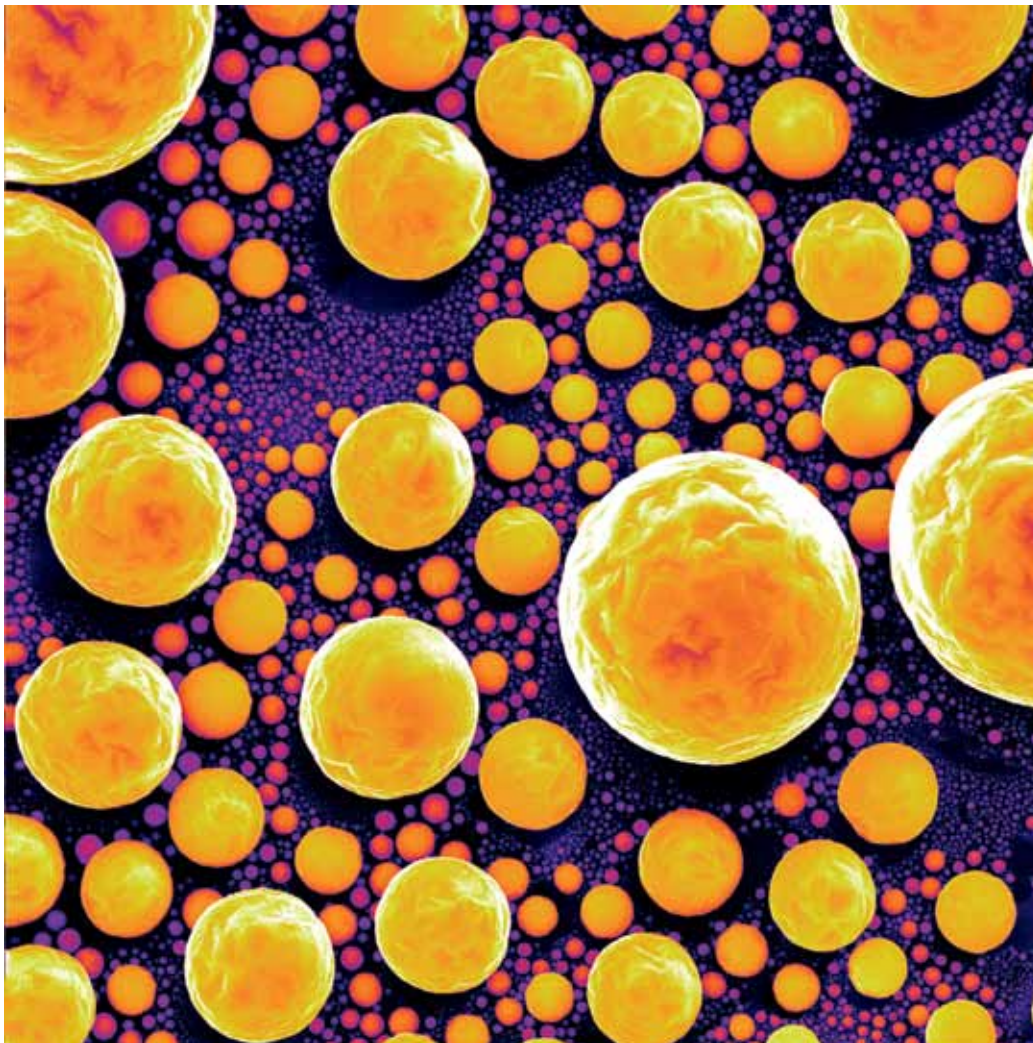
Letzte Woche in Bern: Präsentation einer neuen Studie zu den Auswirkungen von Nanomaterialien auf Umwelt und Gesundheit, erstellt durch das staatlich finanzierte Zentrum für Technologiefolgen-Abschätzung (TA-Swiss). In hohem Tempo rattern die Verantwortlichen der Studie ihre vorbereiteten Referate herunter. Satte 400 Seiten umfasst diese Studie. Eine Handvoll Journalisten hört zu.

Laut TA-Swiss-Chef Sergio Bellucci soll die Studie «etwas auslösen». Doch deren Resultate sind bescheiden: Neben den Chancen müsse auch den Risiken der Nanotechnologie «gebührend Rechnung getragen werden», lautet das Fazit. Das Wissen über diese Risiken habe sich in den letzten Jahren zwar verbessert. Dennoch bestünden Forschungslücken, die es zu schliessen gelte. Alarmismus sei aber fehl am Platz. Vielmehr sei eine «Sensibilisierung» für das «Gefährdungspotenzial» der Kleinstteilchen angezeigt. Zudem empfehlen die Autoren von TA-Swiss, Nanoprodukte zu registrieren und im Verkauf zu kennzeichnen. Die Studie mit dem dürftigen Ergebnis hat 140 000 Franken gekostet.

Hektischer Aktivismus

Die Nanotechnologie beschäftigt den Staat schon seit einigen Jahren. Ursache dafür ist, dass Konsumentenschützer und grüne Politiker immer wieder vor angeblichen Gefahren warnen, die von den Zwergenteilchen mit einer Grösse von nur einigen Millionstel Millimetern ausgingen. Der Bund will hier aufklären. Das Resultat ist hektischer Aktivismus. Nicht nur das weitgehend vom Bund finanzierte Zentrum TA-Swiss mischt bei der Nanotechnologie mit, seit 2010 läuft auch das Nationale Forschungsprogramm «Chancen und Risiken von Nanomaterialien», das bis 2015 zwölf Millionen Franken verschlingt. Weiter wurde die Informationsseite Infonano.ch aufgeschaltet.

Zudem gibt es den «Aktionsplan Nanotechnologie», den der Bund 2008 beschlossen und 2012 verlängert hat. Auch ein Angebot für die Schulen («Swiss Nano-Cube») darf nicht fehlen. Entsprechend lang ist die Liste der Bundesämter und bundesnahen Betriebe, die sich mit Nanotechnologie befassen: das Bundesamt für Gesundheit, das Bundesamt für Umwelt, das Staatssekretariat für Wirtschaft, die Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (Empa), die Eidgenössische Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz (Eawag), die Unfall-



Revolutionär: in der Schweiz entwickelte Rastertunnel-Mikroskopie.

versicherung Suva und so weiter. Rechtfertigen die Risiken der Nanotechnologie wirklich diesen Aufwand?

Kratzfeste Brille

Am Anfang dieser Technologie stand die Entwicklung der Rastertunnel-Mikroskopie. Gerd Binnig und der kürzlich verstorbene Heinrich Rohrer vom IBM-Forschungszentrum im zürcherischen Rüschlikon bekamen dafür 1986 den Nobelpreis. Diese revolutionäre Mikroskopie machte es möglich, einzelne Moleküle gezielt zu manipulieren. So entstanden nach und nach Materialien, die dank kleinster Teilchen spezielle Eigenschaften haben. Bald kamen Produkte auf Basis dieser Materialien auf den Markt: die kratzfeste Brille, das schmutzabweisende Kleidungsstück, der besonders robuste Tennisschläger oder die hauchdünne Verpackungsfolie.

Der Nutzen solcher Produkte ist so gross, dass ein Boom der Nanotechnologie ausgelöst wurde, der bis heute andauert. Laut *Finanz und Wirtschaft* steckten Unternehmen 2010 weltweit bereits 36 Milliarden Dollar in die nanotechnologische Forschung – fast dreimal so viel wie 2009. Das amerikanische Woodrow Wilson Center meldete 2011, dass in den USA schon 1317 Nanoprodukte auf dem Markt sind. 2006 waren es erst 212 Produkte gewesen. Auch in der Schweiz wird intensiv an Nanoprodukten geforscht. Ökonomen der ETH Zürich ermittelten 2011, dass hierzulande mittlerweile 350 Erfindungen auf Basis von Nanotechnologien patentiert sind.

Doch die neue Technologie ruft auch allerlei Bedenkenträger auf den Plan. Diese versuchen, der Bevölkerung Angst vor den neuartigen Materialien einzujagen. Man wisse nicht, wie Nanoteilchen auf Mensch und Umwelt

wirken, argumentieren sie. «Niemand kann heute sagen, ob synthetische Nanopartikel einen negativen Effekt auf den Menschen und die Umwelt haben werden», schreibt etwa die Stiftung für Konsumentenschutz (SKS).

Die Bedenkenträger sitzen auch im nationalen Parlament. Sie wollen die Nanotechnologie regeln und knebeln. 2011 verlangte der damalige Nationalrat Josef Zisyadis (Alternative Linke) eine Deklarationspflicht für Konsumprodukte aus Nanomaterialien. Unterstützung bekam er von der heutigen Nationalratspräsidentin Maya Graf (Grüne), die von der Landesregierung verlangte, «gemäss dem Vorsorgeprinzip gesetzliche Regulierungen für die Nanotechnologie einzuleiten». Zuvor hatte Maya Graf in einem Vorstoss gar ein Moratorium für Konsumgüter mit Nanopartikeln ins Spiel gebracht. Auch hatte sie sich nach Instrumenten erkundigt, um solche Produkte ganz zu verbieten.

Theoretisch ist zwar durchaus denkbar, dass Nanopartikel schädlich wirken. Sie könnten über den Darm oder die Haut in den Körper kommen und Organe beeinträchtigen. Oder sie könnten über die Atemluft in die Lunge gelangen und dort Krebs verursachen. Auch Umweltschäden sind nicht mit Sicherheit auszuschliessen. Doch bis jetzt sind solche Risiken weitgehend hypothetisch geblieben.

«Tödliche Gefahr in der Zahnpasta»

Einzig bei sogenannten Kohlenstoff-Nanoröhrchen ist Vorsicht angezeigt. Sie wirken in der Lunge möglicherweise wie Asbestfasern, also krebserregend. Mit entsprechenden Schutzmassnahmen bei der Produktion und der Entsorgung kann man aber verhindern, dass solche Teilchen in die Atemluft gelangen. Beim normalen Gebrauch durch die Konsumenten bleiben die Nanoröhrchen sowieso gebunden.

Die Medien warnen aber immer wieder in schrillen Tönen vor schädlichen Wirkungen, die sich bei Forschungsstudien gezeigt haben sollen. «Tödliche Gefahr in der Zahnpasta», titelte *20 Minuten*. «Todesfälle durch Nanopartikel?», las man in der *Aargauer Zeitung*. «Ist er jetzt schon da, der GAU der Nanoindustrie?», schrieb der *Beobachter* unter dem Titel «Die Zeitbombe jetzt entschärfen». Tatsächlich sind es fast immer Versuche mit Tieren oder Zellkulturen, die solchen Meldungen zugrunde liegen. Findet sich bei derartigen Versuchen ein negativer Effekt, liegt das aber häufig daran, dass vielfach überhöhte Konzentrationen von Nanoteilchen eingesetzt wurden. Die Zellkulturen oder die Versuchstiere gingen oft an der schieren Menge der Testsubstanz zugrunde, sagte Empa-Forscher Peter Wick gegenüber der NZZ. Die gleiche Wirkung würde sich, so Wick, mit jedem anderen Material ergeben, das in solch unrealistisch hohen Dosen verabreicht wird. Laut Harald Krug, ebenfalls Forscher an der Empa, handelt es sich auch oft um

minderwertige Wissenschaft: «Wenn sich in Studien biologische Effekte der Nanopartikel zeigen, geht das in vielen Fällen auf methodische Fehler zurück», meinte er gegenüber der *Süddeutschen Zeitung*.

Natürlich kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich in Zukunft konkrete Gefahren zeigen. Das ist aber auch bei anderen neuen Materialien möglich, die keine Nanopartikel enthalten. Und in der Wissenschaft ist es aus methodischen Gründen nie möglich, die Abwesenheit aller denkbaren Gefahren zu beweisen. Vor diesem Hintergrund ist es fraglich, dass der Bund Millionen von Steuerfranken aufwirft, um den angeblichen Risiken nachzugehen. Wenn schon, sollte der Fokus vielmehr auf den Chancen von Nanomaterialien liegen.

Vor allem im Umweltschutzbereich sind diese Chancen gross: Dank Nanoteilchen kann man Solarzellen mit höherem Wirkungsgrad bauen. Mit besonders leichten und stabilen Nanomaterialien sinkt der Materialverschleiss – etwa beim Bau von Fahrzeugen oder von Windkraftrotoren. Silbrenanopartikel, die Fassadenfarben und Holzschutzbeschichtungen beigemischt werden, töten Algen und Pilze ab – was giftige Biozide überflüssig macht. Beträchtlich sind die Chancen auch, was die Gesundheit angeht: Spezielle Mem-

branen, die auf nanotechnologischen Verfahren beruhen, ermöglichen eine effiziente Wasserfiltration – was vor allem in Ländern, in denen viele Menschen keinen Zugang zu Trinkwasser haben, von Nutzen ist. Sonnencreme schützt dank Nanopartikeln besser vor UV-Strahlung. Denkbar sind auch Medikamente, die dank kleinster Teilchen Wirksubstanzen direkt an die gewünschten Zielorte im Körper bringen und so präziser wirken. Wer die Nanotechnologie andauernd bremsen und verbieten will, nimmt in Kauf, dass solch nützliche Entwicklungen verhindert werden.

Trotz Alarmrufen gelassen

Doch nach Moratorien und Verboten sieht es derzeit zum Glück nicht aus. Die Bevölkerung reagiert trotz Alarmrufen, düsteren Schlagzeilen und raumgreifenden Staatsaktivitäten gelassen. Punkto Nanotechnologie will sich keine Panikstimmung einstellen, wie etwa bei der Gentechnik. «Weshalb beunruhigt das sonst niemanden?», fragte sich die *Wochezeitung* angesichts der Ruhe um die Nanotechnologie. Die Antwort ist naheliegend: Der Nutzen der Teilchen ist für die Leute auf der Strasse zu gross, als dass sie sich wegen einiger nicht auszuschliessender Risiken den Kopf zerbrechen wollten. ○



«Gesetzliche Regulierungen»: Grüne-Nationalratspräsidentin Graf.

Gute Nachrichten aus Fukushima

Wie viele Krebstote sind nach dem Atomunglück in Japan zu erwarten? Gar keine, sagt niemand Geringerer als die Uno. Sie stützt sich auf einen Bericht von über achtzig führenden Wissenschaftlern. Die meisten Schweizer Medien beschweigen die interessante Nachricht. *Von Alex Reichmuth*



«Keine direkten gesundheitlichen Effekte»: Evakuierung nach der Reaktor-Havarie im März 2011.

Die Explosion mehrerer Atommeiler in Fukushima hat die Schweizer Energiepolitik verändert. Nach dem Unfall im März 2011 haben Bundesrat und Parlament beschlossen, den Bau neuer Atomkraftwerke zu verbieten und die sogenannte Energiewende einzuleiten. Doch wie schlimm war das Unglück in Japan, das am Anfang dieser Energiewende stand, wirklich? Bisher gab es in Fukushima keine Todesopfer, die auf die Strahlenbelastung zurückzuführen sind. Doch die erhöhte Radioaktivität könnte in einigen Jahren oder Jahrzehnten zu zusätzlichen Krebstoten führen.

Seit dem Unglück machen Horrormeldungen die Runde, was die Zahl der zu erwartenden Todesopfer angeht. Die Medizinerorganisation «Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges» sprach von 40 000 bis 80 000 Krebsopfern. Alt Nationalrat Rudolf Rechsteiner (SP) schrieb in seinem Buch «100 Prozent erneuerbar» gar von einer Million Toten. Weit weniger dramatisch tönte es bei der Weltgesundheitsorganisation. Im letzten Februar kam sie in einem Bericht zum Schluss, dass in den am stärksten betroffenen Gebieten lediglich mit einer leichten Erhöhung des Krebsrisikos zu rechnen sei.

Vor einigen Tagen liess sich nun auch das wissenschaftliche Uno-Komitee für die Folgen der Strahlung (UNSCEAR) zu den Auswirkungen

gen des Fukushima-Unglücks verlauten. Grundlage bildete die bisher umfassendste Analyse zu diesem Thema, die von achtzig weltweit führenden Wissenschaftlern verfasst wurde. Resultat der Analyse: Es sind keine zusätzlichen Krebserkrankungen zu erwarten. «Die radioaktive Belastung nach dem Nuklearunfall in Fukushima Daiichi hat keine direkten gesundheitlichen Effekte verursacht», schreibt UNSCEAR. Es sei auch «unwahrscheinlich, dass man in Zukunft irgendwelche Gesundheitseffekte feststellen werde, weder in der Bevölkerung noch unter der grossen Mehrheit der Arbeiter». Die zusätzliche radioaktive Belastung falle für die meisten Bewohner Japans sogar kleiner aus als die natürlich vorhandene Strahlung.

Die rasche Evakuierung der Bevölkerung in der Nähe der Havarie-Reaktoren habe wesentlich dazu beigetragen, dass die Gesundheitsrisiken derart gering seien, so die Forscher der Uno weiter. Ohne diese Evakuierungen wäre die radioaktive Belastung für die Betroffenen etwa zehnmal höher ausgefallen, was sich in den nächsten Jahrzehnten wohl vermehrt in Form von Krebserkrankungen und anderen Gesundheitsproblemen gezeigt hätte.

Ob die Evakuierung von etwa 150 000 Menschen wirklich Sinn ergab, darf allerdings bezweifelt werden. Eine Studie der Stanford

University lieferte letztes Jahr zwar die Schätzung, dass wegen der Räumungen bis zu 245 (potenzielle) Todesopfer infolge der radioaktiven Belastung vermieden werden konnten. Doch auch die Evakuierung selber forderte ihren Tribut. Etwa 600 Personen seien deswegen gestorben, schrieben die Stanford-Forscher, gestützt auf Angaben von Gemeindebehörden. Bei diesen Evakuations-Toten handelte es sich meist um alte und kranke Menschen, die Unterkühlung oder Erschöpfung nicht überlebten. Als Beispiel dient die Verfrachtung von 340 Patienten eines Spitals in der Nähe des Atomkraftwerks. Die Patienten wurden mit Bussen wegtransportiert – was acht von ihnen nicht überstanden. Weitere 32 Patienten starben später wegen mangelnder medizinischer Versorgung oder Erschöpfung.

Zudem ist es fragwürdig, den Evakuierten in Japan auch heute noch die Rückkehr in ihre Häuser zu verwehren. Denn an den meisten Orten der Sperrzone ist die Strahlendosis, die den Zurückgekehrten während ihrer ganzen Lebensspanne drohen würde, nicht grösser als jene, welche die Bewohner weiter Teile der Alpen infolge der natürlich vorhandenen Radioaktivität abbekommen. Würde man daran den gleichen Massstab wie in Japan anlegen, müsste man grosse Gebiete der Alpen sofort evakuieren.

AKW-Gegner als «neutraler» Experte

Doch zurück zum Bericht der Uno zu Fukushima. Dieser Bericht ist zweifellos bedeutend. Er hätte die Schweizer Journalisten, die bisher in apokalyptischen Tönen über das Atomunglück berichteten, interessieren müssen. Aber weit gefehlt. Der Bericht wurde fast vollständig ignoriert. Nur die *Basler Zeitung* berichtete – und der *Tages-Anzeiger*: klitzeklein, am untersten Rand der Rückseite des ersten Zeitungsbandes. In der gleichen Ausgabe des *Tages-Anzeigers* erschien auch ein gross aufgemachter Artikel, in dem Japan-Korrespondent Christoph Neidhart von angeblich nutzlosen Dekontaminationen in der Fukushima-Sperrzone schrieb. Zu Wort kam dabei auch der russische Biologe Alexej Jablow, Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Moskau, mit der Prognose, in einem Jahr werde man in Fukushima die ersten Krebsfälle beklagen. Neidhart unterliess es, zu erwähnen, dass Jablow der wohl prominenteste AKW-Gegner Russlands ist, als neutraler Experte also wenig taugt. ○

Hooligans der Hochkultur

Bei der letzten Premiere am Zürcher Opernhaus buhten die Besucher Regisseur Sebastian Baumgarten heftig aus. Der Dirigent reiste in der Folge erzürnt ab. Dass es in Opernhäusern zugeht wie im Fussballstadion, hat Tradition – und macht den Reiz dieser Kunstform aus. *Von Christian Berzins*

Ich bin Partei, bin auf dem Opernstehplatz aufgewachsen: in der Südkurve der Opernhäuser. Selbst als diese Zeit längst vorbei war, ich als Opernkritiker im Parkett sass, warf mir ein Zürcher Dramaturg spöttisch vor, ich schreibe für den Stehplatz. Ein schönes Kompliment.

Mit 17 schrie ich erstmals Buh, mit 23 sass ich deswegen im Büro von Operndirektor Alexander Pereira. «Der Meister der Buhkultur frisst sich hier jeweils voll», hatte er mich nach einer Premierenfeier angeschnauzt, worauf ich ihm in einem langen Brief erklärte, dass zu meinem Opernenthousiasmus auch Kritik gehöre, dass aber auf ein Buh fünfzig Bravorufe folgen würden – so heftige Rufe, dass ich nach den Premieren heiser war. Eine Stunde lang sass ich in Pereiras Büro, bis er gestand: «Auch ich habe schon einen Sänger ausgebuht.» Er unterliess es nicht, zu erklären, wie verletzend das für Sänger sei. Man könnte doch auch einfach nicht applaudieren. Die Frau an der Migros-Kasse würde ich ja auch nicht ausbuhnen. Ich antwortete, dass die Kassenfrau auch nicht 18 000 Franken pro Abend verdienen würde. Und wer eine teure Opernkarte kauft, hat das Recht zu sagen, ob es ihm gefällt.

Der Abend, der zum Treffen mit Pereira führte, war nebenbei Moritz Leuenbergers Operninitiation. Der spätere Bundesrat gewährte damals einem Studenten Platz in seiner Regierungsratsloge. Dieser Gast war von Ruth Berghaus wenig begeistert und buhte sie aus. Leuenberger, von der Regie beeindruckt, aber mit den Opersitten wenig vertraut, erschrak. Immerhin kannte er ein Mittel dagegen und schrie Bravo. Als er aber im Buh-Bravo-Wettstreit zu unterliegen drohte, warf er den jungen Mann aus der Loge. «Buh rufen die Feigen», schrieb er später in einem Essay.

Bei guter Leistung Bravo rufen und sonst applauslos schweigen? Das ist feige – ausser alle würden sich daran halten. In Parma, der Opernhooligan-Hochburg, erlebte ich im Verdi-Jahr 2001 eine miserable «Ballo in maschera»-Aufführung ohne Zwischenapplaus – anderorts unvorstellbar. Der russische Bariton konnte nach seiner bravosicheren Arie «Eri tu» den letzten Ton noch so vulgär plärren: Er erntete eiskalte Stille – und war vernichtet. Erst als Dirigent Valery Gergiev auf die Bühne kam, brauste ein Buhsturm los. Beginnen in Mailand die Parkettzuschauer zu applaudieren, obwohl eine Arie schlecht gesungen, aber nicht buhrefig ist, werden sie von der Galerie niedergedrückt: ein erniedrigendes Schauspiel.

Zufallsbesucher müssen bei solchen Szenen denken, sie seien in einem Affenkäfig. Die vermeintlich steife, hochsubventionierte Kultur offenbart sich als überaus lebendige. Buhkonzerte in der Roten Fabrik? Nicht doch. Als hingegen Regisseur Sebastian Baumgarten im Opernhaus Zürich am 26. Mai vor den Vorhang trat, wurde er ob seiner «Don Giovanni»-Regie heftig ausgebuht. Auch Dirigent Robin Ticciati kriegte sein Fett ab – und verliess kurz darauf die Produktion.

Polizei in der Galerie

Der letzte Salat wurde an der Mailänder Scala Ende der 1980er Jahre auf die Bühne geworfen – vor die Füsse von Soprandiva Katia Ricciarelli; die gewaltigsten Tumulte der letzten 25 Jahre gab's beim «Don Carlo» mit Luciano Pavarotti am 7. Dezember 1992. Pavarotti hatte zweieinhalb Töne verhauen und wurde abgestraft. Das Fass zum Überlaufen brachte aber ein Zwischenruf am Schluss von Elisabettas Arie: «Piange Verdi stasera» («Heute Abend weint Verdi»), raunte für 1800 Leute hörbar ein Galeriebesucher in den Arienschluss, worauf man sich über die Logen hinweg übel attackierte. Am Schluss marschierte die Polizei in der Galerie auf – altingesessene Besucher heulten vor Schreck.

Cecilia Bartoli kam im Dezember 2012 nach 19 Jahren Abwesenheit für einen Liederabend

zurück an die Scala – und wurde nicht nur ausgebuht, sondern auch beschimpft: «Geh nach Hause!», «Armer Rossini!», «Schande!», rief die Galerie. Erst als sich der Dirigent Daniel Barenboim ans Publikum wandte und um Ruhe bat, wurde es wieder still. Tenor Roberto Alagna hingegen verliess in Mailand im Dezember 2006 die Bühne, nachdem er nach seiner Aufttrittsarie in «Aida» Buhs bekommen hatte. Sein Ersatz stand bereit.

An den Bayreuther Festspielen wird über jeden einzelnen Sänger Gericht gehalten: Buh oder Bravo – oder nichts, heisst es, wenn die Künstler einzeln vor den Vorhang treten. Den Dirigenten trifft es anderswo schon, wenn er nach der Pause in den Graben tritt: vernichtend, wenn ein Daniel Harding ein «Viva Muti» an den Kopf geworfen bekommt.

Bei Wagners «Parsifal» wird übrigens nicht geklatscht. Einst drückte die Stille nach dem ersten Aufzug Respekt vor den gezeigten religiösen Handlungen des «Bühnenweihfestspiels» aus. Doch von einer Gralsenthüllung ist heute meist nichts mehr zu sehen. Wenn dem so ist, warum soll dann das Publikum, wie bei Christoph Schlingensiefels Bayreuther «Parsifal» geschehen, nicht losbuhnen?

Christian Berzins ist Musikkritiker der *Nordwestschweiz* und der *Schweiz am Sonntag*.



Überaus lebendig: «Don Giovanni» am Zürcher Opernhaus.



Immer ein bisschen zu schwül: Modelwettbewerb in Miami Beach.

Wenn es dunkel wird in Miami

Miami erlebt einen Boom: 25 Wolkenkratzer befinden sich in Bau, nirgendwo sonst werden mehr Ferraris gekauft und mehr Schönheitsoperationen durchgeführt. In der «nördlichsten Stadt Lateinamerikas» zählt, was man besitzt – nicht, wie man es bekommen hat. *Von Lars Jensen*

Wir stehen in der 41. Etage eines Hochhauses namens Icon Brickell und schauen durch die deckenhohen Fenster über die Biscayne Bay auf den Atlantik. Der Makler, der mir und den anderen Besuchern dieses Apartment – zwei Zimmer für drei Millionen Dollar – zeigt, heisst Ricardo. Ein junger Mann, der offenbar regelmässig Gewichte stemmt und Accessoires mit Goldrand liebt: Sonnenbrille, Rolex, Kugelschreiber von Montblanc. Ricardo spricht Spanisch mit den anderen Interessenten; mit Frauen die aussehen, als hätten sie Airbags in der Bluse versteckt; mit graumelierten Männern, deren Accessoires goldene Ränder haben.

Um zu verstehen, wie Miami funktioniert, hilft es, sich als ausländischer Investor auszugeben, der eine Wohnung als Geldanlage sucht. Bezahlung in bar, *no problema*. Plötzlich befindet man sich in Gesellschaft südamerikanischer Millionäre und einheimischer Immobilienmak-

ler, die jedes Klischee bestätigen, das einem einfällt, wenn man den Namen dieser Stadt hört: Miami, nördlichste Stadt Lateinamerikas, in der nur zählt, was man besitzt – nicht, wie man es bekommen hat. «Wir schleudern schon wieder durch einen heftigen Boom», sagt Ricardo. «Die Frage ist nur, ob wir diesen Boom kontrollieren können oder ob er wieder total ausser Kontrolle gerät. Denn das ist es, wofür wir bekannt sind.»

Schliessfächer mit Einbauküchen

Von hier oben erkennt man, dass die Stadt ihr Gesicht und ihren Charakter verändert wie kein anderer Ort in Amerika: Richtung Süden, entlang der Brickell Avenue, Miamis Version eines Boulevards, stehen Apartmentkomplexe, so weit das Auge reicht. «Quantum», «Jade», «Carbonell», «Infiniti». Im Norden verschwinden die angegrauten Wolkenkratzer der Innenstadt hinter einer Wand neuer Luxussiedlungen:

«Marquis», «Epic», «Echo», «Neo Vertika»; auf der anderen Seite der Biscayne Bay, von South Beach bis Bal Harbour: Dutzende, Hunderte Hochhäuser aus weissem Beton und Glas.

Baukräne drehen sich, Staub wirbelt durch die Strassen. Aktuell sind 25 Wolkenkratzer in Bau, manche sechzig, siebzig Stockwerke hoch, mit Designer-Boutiquen, Sternerestaurants und Hubschrauber-Landeplätzen auf dem Dach. Wie gigantische Tresore stehen sie da und warten darauf, dass Russen, Araber, Brasilianer, Chinesen hier ihre Vermögen hinterlassen. Von Schliessfächern unterscheiden sich die Wohnungen nur, weil sie über teure Einbauküchen verfügen. Kaum jemand wird in diesen Häusern leben.

Die Leute, die sie errichten, die in ihnen putzen, kochen, waschen, sie stellen sich abends an die Haltestellen der Brickell Avenue und hoffen, dass ein Bus kommt, der sie nach Sun-Tan Village oder Hialeah bringt. In Viertel, wo die



Urgewalt des amerikanischen Experiments: Luxussiedlung Fisher Island vor Miami.

bonbonfarbenen Fassaden blättern; wo es aussieht wie in jedem anderen Armenviertel Südamerikas; wo Englisch eine Fremdsprache ist.

Die Stadt hat eine inoffizielle Hymne: «M. I. A. M. I.» von Pitbull. Der Musiker, vor dreissig Jahren in Hialeah geboren, sieht nicht so gefährlich aus, wie sein Name klingt – eher wie ein erfolgreicher Autoverkäufer. Auf seiner Website informiert der Rapper, dass er 2012 sechs Millionen Dollar verdient hat. Im April verlieh ihm die Stadt den goldenen Schlüssel, auch weil er Schulen baut für Hialeah. In «M. I. A. M. I.» erklärt Pitbull, wofür die Buchstaben im Namen der Stadt stehen: «Money is a major issue.»

2013 feiert Florida den 500. Jahrestag im Gedenken daran, dass einst die Konquistadoren in der Nähe Miamis die Halbinsel betraten. Angeblich gefiel den Spaniern nicht, was sie vorfanden: Es ist hier ja immer ein bisschen zu heiss und zu schwül, um sich wohl zu fühlen, das Land zu flach und zu sumpfig, um von Nutzen zu sein – zumindest dort, wo es noch nicht trockengelegt ist. Die einheimischen Seminolen-Indianer gehörten zu den am wenigsten gastfreundlichen Ureinwohnern des Kontinents und machten den Spaniern die Kolonialisierung so schwer wie möglich.

Miamis Geografie bestimmt bis heute das Schicksal der Stadt. Die Nähe zu Kuba beschert

ihr einen ständigen Zustrom von Flüchtlingen. Fast jeder fünfte der 5,5 Millionen *Miamians* ist kubanischer Abstammung – insgesamt vierzig Prozent der Bevölkerung sind ausserhalb der USA geboren, amerikanischer Rekord. Die Nähe zur Karibik und zu Südamerika machte die Stadt in den achtziger Jahren zum wichtigsten Umschlagplatz für Drogen. Heute dient sie der Finanzindustrie als Brückenkopf zwischen Norden und Süden. 2012 wurden über 2000 Fälle von Geldwäscherei in Miami publik.

Interieurs, weisser als Koks

Der Hafen hat die meisten Kreuzfahrttouristen weltweit, nicht selten liegen fünfzehn Schiffe gleichzeitig an den Piers. Das hochsommerliche Klima im Winter beschert Südflorida Hunderttausende *snowbirds*, Rentner aus dem Norden, die für ein paar Monate ihre Zweitwohnungen bevölkern. Nirgends werden mehr Ferraris und Lamborghinis verkauft als hier, und kein anderer Ort in Amerika verzeichnet so viele Schönheitsoperationen wie Miami.

Dieses Gemisch aus Hitze und Drogen, Touristen, Rentnern und Einwanderern, ausländischem Kapital, das verprasst werden muss, Korruption, Eitelkeit, Kriminalität und dem Fehlen von jeglicher Planung, Struktur, Regulierung (ausser für ein paar Art-Déco-Gebäude

in Miami Beach kennt die Stadt keinen Denkmalschutz) macht Miami zum letzten Ort, an dem die Urgewalt des amerikanischen Experiments zu beobachten ist. Hier kollidiert der Wohlstand einer globalen Elite mit dem Kampfgeist von Menschen, die hier landen, weil sie in ihrer Heimat nicht überleben können. Schön oder freundlich oder bequem ist die Stadt nicht, aber langweilig wird es in Miami nie.

Schriftsteller und Regisseure schätzen diese Qualität seit vielen Jahren. Wenn sie eine Geschichte über Gier und Grössenwahn erzählen wollen, wählen sie gerne Miami als Schauplatz. Nur in den Villen von Key Biscayne sind die Interieurs weisser als das Koks auf den Tischen, nur in Little Havana verschwindet eine Leiche so schnell und spurlos, dass nicht mal die Polizei wagt, Fragen zu stellen.

Miami macht es den Autoren leicht, denn die besten Storys liefert die Realität der Stadt. Wo sonst könnte ein Film wie Michael Bays «Pain & Gain» (Schweizer Filmstart im August) entstehen? Die wahre Geschichte von zwei Bodybuildern, die in den neunziger Jahren ein Netzwerk für Dopingmittel aufbauen – und daran scheitern, dass sie ein paar Konkurrenten zu viel zersägen und in Säure auflösen. «Cocaine Cowboys» beschrieb die gigantischen Ausmasse, die der Drogenhandel in den



Langweilig wird es nie: vor dem Liv-Nachtclub in Miami Beach.

siebziger Jahren annahm. Das war übrigens auch die Epoche des ersten Hochhausbooms, angefeuert vom Drogengeld, das mit Hilfe von Bauprojekten in den legalen Kreislauf des Kapitals eingespeist wurde.

Für das Drehbuch von «Scarface» musste Oliver Stone nur ein paar Ereignisse aufschreiben, die sich zutrug, als Fidel Castro Anfang der achtziger Jahre seine Gefängnisse leerte und die Insassen nach Florida verschiffte. Die Legende von Tony Montana, wie er sich aus einem Auffanglager hochdealt in eine weisse Villa in Key Biscayne, wirkt bis heute identitätsstiftend für junge Hispanics in Miami. Pitbull sagte in einem Interview zur Verleihung des goldenen Schlüssels: «Wenn ich Präsident werde, verlege ich das Weisse Haus in Tony Montanas Villa an der Bay.» Korrupte Schönheitschirurgen («NipTuck»), halbseidene Polizisten («Miami Vice»), ein serienmordender Forensiker («Dexter») – sie haben ein Zuhause in Miami. Das Videospiel «Grand Theft Auto» macht Miami zum Tummelplatz brutaler Autodiebe.

Eine Saga über die Vulgarität

Auch Tom Wolfe musste seine Fantasie nicht strapazieren, als er seinen aktuellen Roman «Back to Blood» nach Miami verlegte. Eine Saga über die Vulgarität und den Stumpfsinn Amerikas wollte er schreiben. «Welcher Ort wäre passender als dieser?», fragt er. Ein kubanischer Polizist ohne Moral, seine dumme, durchoperierte Freundin und ein russischer Oligarch stellen das Personal des Romans (es taucht auch ein Rapper namens Bulldog auf). Der Oligarch schenkt dem Museum zur Eröffnung Kunst im Wert von siebzig Millionen Dollar, die sich allerdings als Fälschung erweist. Eine Lawine aus Rache und Gewalt kommt ins Rollen.

Wolfe bedient sich Miamis reichen Schatzes an Anekdoten. Kurz nachdem 1963 das Bass Museum of Art – die erste museale Institution in der Stadt – eröffnete, wurden fast alle Gemälde alter Meister in der Sammlung des Zuckerbarons Bass als falsch enttarnt. Diese Blamage verwebte Wolfe mit der Gegenwart: Im vergangenen Herbst überwies der Immobilienmogul Jorge Pérez 35 Millionen Dollar an das von Herzog & de Meuron entworfene Miami Art Museum, das zur Art Basel Miami Beach 2013 öffnen soll. Nun wird es Pérez Art Museum heißen, was in der nationalen Kunstszene Entsetzen auslöste. Mäzene zogen ihre Leihgaben zurück, Aufsichtsräte verabschiedeten sich, Pérez wird nicht mehr eingeladen zu vielen glamourösen Kunst-Events der Stadt.

Da sitzt Jorge Pérez in einem weissen Ledersessel, spielt mit den goldenen Ärmelknöpfen seines Jacketts und blättert in einigen Kunstbänden. South Beach, Anfang Dezember 2012, Art Basel, dritter Tag. Die echten Sammler sind längst abgereist, jetzt bevölkern Zehntausende Schaulustige die Messehallen und Hotelbars, jene Leute, die herkommen, um Geld zu verprassen – für Kunst, Mode, Schmuck, ein Penthouse.

Auf diese Leute wartet Pérez, 63, der ohne Kleiderwechsel einen Gauner in «Miami Vice» spielen könnte. *Forbes* schätzt sein Vermögen auf 1,2 Milliarden Dollar, doch während der Krise gab es einige Zwangsvollstreckungen, und E-Mails tauchten auf, die andeuteten, dass einigen Baugenehmigungen mit Geld nachgeholfen wurde.

Heute schmeisst die Bank UBS eine Party für Pérez im Foyer seines neuesten Apartmentkomplexes «One Ocean». Ein paar Gestalten, die wie Bankangestellte aussehen, lungern herum. Was



Jedes Jahr noch etwas aufdringlicher: Installation

sagt Pérez? Er erzählt, dass er einen Baum aus Kanada einfliegen liess, um die achtzehn Meter lange Bar im Keller aus einem Stück zu fertigen. Eine Million Dollar will er für Kunst auf den Fluren ausgeben. Seine Käufer wissen den Aufwand zu schätzen, denn sie sind wie er Kunstaffin. Fast alle Apartments sind verkauft an «Milliardäre oder solche, die es werden wollen, aus Venezuela, Russland, Brasilien, Indien, Argentinien, Frankreich, Italien, Griechenland».

Jedes Jahr Anfang Dezember, wenn die Kunstwelt auf Besuch ist, biedert sich Miami dem internationalen Kapital noch ein bisschen

Je mehr Geld die Fremden bringen, desto schneller ist Miami bereit, seine Würde zu vergessen.

aufdringlicher an als sonst. Dann eröffnen Boutiquen, Hotels und Restaurants, eingerichtet von Star-Designern, deren Namen jede Oligarchenbraut kennt. Herzog & de Meuron stellten im Jahr 2011 ein Parkhaus aus Waschbeton an die Fussgängerzone, in dessen sechstem Geschoss man Balenciaga-Hosen kaufen kann. 2012 eröffnete ein Restaurant mit einem zwanzig Meter langen Aquarium – die Fische kommen direkt aus dem Wasser auf den Teller. Für dieses Jahr baut Frank Gehry das ehemalige Hauptquartier von Bacardi in eine Art Vergnügungspark der Künste um. Zur Art Basel 2014 will der Baulöwe Craig Robins den Design District, bislang einer der wenigen lebendigen Stadtteile, zu einem Open-Air-Luxus-Einkaufszentrum umbauen. 400 Millionen Dollar soll das Projekt kosten, die Stadt hat es tatsächlich genehmigt. Doch eine Serie von brutalen Überfällen und Einbrüchen im Frühling, etwa



an der Art Basel Miami Beach 2011.



Krasse Kluft: Obdachlose am South Beach von Miami.

auf den Flagship-Store von Louis Vuitton, lässt die Investoren nun wieder zweifeln.

Miami ist unübertroffen in seinem Ehrgeiz, den Fremden, die für ein paar Tage oder Monate Ablenkung suchen, als Spielplatz zu dienen. Je mehr Geld die Fremden bringen, desto schneller ist Miami bereit, seine Würde zu vergessen.

Wo ist die Seele von Miami?

Stellt sich die Frage: Gibt es auch so etwas wie ein authentisches Miami? Besitzt diese Stadt einen Kern, eine Seele, ein Herz?

Jedenfalls nicht im Zentrum. Auch nach aufwendigem Facelifting, das dem Prinzip anderer amerikanischer Revitalisierungen folgte (Stadion, Museum, Konzerthalle, ein paar neue Bäume), wirkt Downtown Miami so trostlos, dass man nicht mal einen Parkplatz suchen möchte. Wer LeBron James und seine Miami Heat in der American Airlines Arena sehen will, fährt in die Tiefgarage und nach dem letzten Korb auf schnellstem Weg wieder zurück in die heimische Tiefgarage. Immerhin: Es liegen deutlich weniger Obdachlose auf den Trottoirs als noch vor einigen Jahren. Aber das Angebot an Geschäften besteht weiterhin aus Ein-Dollar-Shops, Schnapsläden, Drogerien und Waffenläden.

Fragen wir Brett Sokol, Redaktor des Stadtmagazins *Ocean Drive*: «Nein, diese Stadt hat keine Seele wie andere Städte, denn die *Miamians* konnten noch nie einen gemeinsamen Nenner finden, was ihre Stadt darstellen soll. Wir geben die Hoffnung nicht auf.» Und Jay Ducassi, Chef der Lokalredaktion des *Miami Herald*: «Fahren Sie los, und suchen Sie nach der Seele von Miami. Wenn Sie eine finden, rufen Sie mich an.» Ducassis hatte keine gute Laune. Ein paar Wochen zuvor hatte die Stadt

den Abriss des legendären *Herald*-Gebäudes in Downtown zugunsten eines Apartment-Projekts genehmigt. Die Redaktion zieht im Juni in ein Bürogetto am Stadtrand.

Also fahren wir los und suchen nach der Seele der Stadt. Südlich der Innenstadt befinden sich die wohlhabenden Viertel: Coral Gables, South Bay Estates, Coconut Grove. Hier halten wir uns nicht lange auf, denn der Anblick von Tausenden Villen im neokolonialen Stil hinter gepflegten Palmengärten legt unsere Gehirne lahm. Nördlich von Downtown wird es sofort interessant. In Carol City, Opa-Locka, Lemon City, Allapattah ist zu besichtigen, was entsteht, wenn eine Metropole ohne Ordnung wächst: eine erstaunlich brutale Stadtlandschaft. Müllhalden neben Einkaufszentren neben billigen Wohnblocks neben Tankstellen neben Autobahnauffahrten neben Lagerhallen.

Sobald es dunkel wird, verliert diese Gegend ihren Schrecken. Dann beginnen die Bars von Little Havana und Little Haiti zu funkeln. Wenn es so etwas wie eine Seele von Miami gibt, findet man sie in der Bratpfanne von Wilkinson Sejour in seinem Stehrestaurant «Chef Creole» an der 54. Strasse – sauer eingelegten Gemüsesalat, frittierten Meeresschnecken und der Blick auf eine der wenigen Kreuzungen Miamis, an der normale Menschen normalen Tätigkeiten nachgehen. In Sejours Bar bekommt man eine Ahnung davon, wie viel Spass Miami machen könnte, wenn es seinen eigenen Bürgern mehr Platz einräumen würde.

Doch die *Miamians* müssen mit der Stadt leben, wie sie ist, können nicht von der Stadt träumen, wie sie sein könnte. In Amerika gibt es für jeden Aspekt des Lebens Statistiken, und ganz weit unten steht immer Miami: Dies ist die schlechtestgelaunte Stadt (*Forbes*) und die

zweitschlechteste nach Detroit, um Kinder aufzuziehen («Children's Health»). Sie hat den katastrophalsten Verkehr (AAA Foundation), die dritthöchste Arbeitslosenquote, eine krasse Kluft zwischen Arm und Reich (Wirtschaftsministerium). Die letzte Volkszählung ergab, dass Miami zu den fünf Städten gehört, aus denen die meisten jungen Erwachsenen fliehen. Kein Wunder: Florida gab bereits 1860 weniger Geld für Bildung aus als alle anderen Staaten der Union und hält diesen Titel bis heute.

Wolkenkratzer für neue Milliardäre

Bei der Besichtigung in der 41. Etage des «Icon Brickell» spielen diese Überlegungen keine Rolle. Niemand im Raum wird seine Kinder in Miami zur Schule schicken. «Wer hat die Türgriffe designt?», fragt eine Dame in weisser Jeans und roten Pumps. «Philippe Starck», antwortet Ricardo. «Er hat die Innenarchitektur entworfen. Inklusiv Restaurant, Nachtclub und Pool in der 57. Etage.»

Als wir im Fahrstuhl nach unten fahren, kommt das Gespräch auf die Zwangsvollstreckung des «Icon Brickell» im Jahr 2010. Jennifer Lopez und Marc Anthony sollen damals gleich zehn Wohnungen ersteigert haben. «Jaja, wir mussten eine schwierige Phase durchmachen», sagt Ricardo. «Aber das ist lange her.» Bauherr Jorge Pérez hatte sich übernommen, als er 1,3 Milliarden Dollar in «Icon Brickell» investierte. Inzwischen gehören zwei der drei Türme der Bank HSBC.

Jorge Pérez arbeitet unterdessen an seinem nächsten Coup. «Metropolitan Miami» heisst das Projekt. Drei, vier Wolkenkratzer mit Boutiquen, Hotels, Luxuswohnungen sollen die Innenstadt für seine Kunden erschliessen, für Milliardäre und solche, die es werden wollen. ○

Geschwächter Mann am Bosphorus

In der Türkei geschehen Dinge, die bisher undenkbar waren. Aus einem Streit um ein paar Bäume wurde ein Sturm, der die wirtschaftlich erfolgreiche Regierung erschüttert. Premier Erdogans schroffer Stil verstört viele Anhänger. Es sieht nicht so aus, als würden sie geschlossen hinter ihm stehen. *Von Boris Kálnoky*



«Ein paar Dahergelaufene»: Demonstranten im Istanbul Gezi-Park.

Nachdem der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan am Montag für drei Tage nach Nordafrika gereist war, begann Staatspräsident Abdullah Gül das zu tun, was der Regierungschef seit Beginn der Krise nicht getan hatte: regieren.

Er sagte den Demonstranten, die seit letzter Woche gegen Erdogan demonstrierten, sie hätten das Recht zu protestieren. Ihre Botschaft sei bei ihm angekommen. Er traf den Chef der Opposition, Kemal Kilicdaroglu, um über die Krise zu sprechen. Dann rief er am Dienstag Vizepremier Bülent Arinc zu sich, und der sagte nach der Unterredung, er habe in seiner Funktion als Erdogans Vertreter während dessen Abwesenheit die Anweisungen des Präsidenten entgegengenommen. Die Proteste in Istanbul – die Erdogan «extremistisch», und die Demonstranten, die er «ein paar Dahergelaufene» genannt hatte – seien

«logisch, legitim, gerecht und patriotisch», sagte Arinc.

Und er entschuldigte sich sozusagen – in seiner Funktion als Interimsregierungschef, also im Namen Erdogans – «für die Gewalt, die den Menschen wegen ihrer ökologischen Sensibilität zugefügt wurde». Dann schlug er Demokratie vor: ein städtisches Referendum über die Zukunft des so heftig umkämpften Gezi-Parks, einer der letzten Grünzonen in Istanbul.

Arinc gilt als Hardcore-Islamist, er ist der Mann, der die konservativste, aber auch die radikalste islamische Basis am besten mobilisieren kann. Dass er dies sagte, bedeutete vor allem eines: Es war eine Abfuhr für Erdogans grosse Drohungen, er könne seine Basis für Gegendemonstrationen mobilisieren. Stattdessen wurde verkündet, die Regierung wolle sich mit den Umweltschützern treffen, die die Proteste in Gang gebracht hatten.

Erdogan hingegen sagte im fernen Nordafrika, er verstehe nicht, welche «Botschaft» der Staatspräsident verstanden haben wolle. Es sei doch sowieso «ruhig» jetzt. Es klang gespenstisch – genau das hatte ein paar Jahre zuvor Libyens damaliger Diktator Muammar al-Gaddafi zu Erdogan gesagt, als dieser ihn nach Ausbruch der Revolte gegen Gaddafi anrief, um nach der Lage zu fragen. «Kein Problem, es ist ruhig jetzt.»

All das liess Erdogan plötzlich irrelevant aussehen. In seiner Abwesenheit wurde in Ankara das getan, was er nicht getan hatte, aber hätte tun müssen, um die Krise zu lösen. Bereits am Samstag war es Gül gewesen, der Schlimmeres verhindert hatte, als er einen Abbruch der Polizeieinsätze am Taksim-Platz erwirkte.

Und so stellt sich ab sofort die Frage nach Erdogans politischer Zukunft. Er will sich demnächst eigentlich zum Staatspräsidenten wäh-

len lassen. Aber Gül will Präsident bleiben, und besonders nach den Ereignissen der letzten Tage wollen immer weitere Teile der Regierungspartei AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) auch, dass er es bleibt. Eine weitere Amtsperiode für Erdogan schliessen die Parteistatuten aus, die er selbst schuf. Sie müssten erneut geändert werden, um ihm eine Kandidatur zu ermöglichen. Aber die Partei müsste sich fragen, ob sie dabei nicht sehr an Stimmen verlieren würde. Freilich auch, ob es eine zugkräftige Alternative zu Erdogan gibt (eigentlich nicht).

Das Machtgefüge in der Türkei dürfte sich auf jeden Fall ändern, als Folge von Protesten, deren Vehemenz und Durchschlagskraft niemand vorhergesehen hatte. Die Organisatoren nicht, Erdogan schon gar nicht und im Westen erst recht niemand. Es ging um ein paar Bäume in einem kleinen Park. Darüber geriet am Ende das ganze Land in Aufruhr. Was war geschehen?

Erdogan und seine AKP regieren seit mehr als zehn Jahren. In dieser Zeit haben sie der Demokratie einen Dienst erwiesen, indem sie die politische Macht des Militärs brachen, zugleich erwiesen sie den Menschen einen Dienst, indem unter ihrer Führung ein Wirtschaftsboom sondergleichen einsetzte und das bis dahin arme Land erstmals so etwas wie Wohlstand zu verspüren begann. Aus diesen beiden Gründen wurde die AKP nicht nur von Anhängern des politischen Islam getragen, sondern auch lange von Linken, Liberalen und Bürgerlichen unterstützt. Von Wahl zu Wahl wurde sie stärker. Zuletzt setzte sogar ein «Friedensprozess» mit der PKK ein. Es bestand die Aussicht auf einen historischen Ausgleich mit dem kurdischen Volk innerhalb der Türkei.

«Nationalgetränk» Jogurt

Insofern konnte sich niemand bei der AKP vorstellen, einen echten Volksaufstand gegen die eigene Partei erleben zu müssen. Aber die AKP hatte noch ein anderes Gesicht. Entstanden aus dem radikalen politischen Islam, sind ihre Wurzeln alles andere als demokratisch, tolerant oder konsensorientiert. Je sicherer sich Erdogan im Sattel fühlte, desto härter setzte er eine Politik der Islamisierung der Gesellschaft durch.

Erdogan liess ein Alkoholgesetz durchs Parlament peitschen, das den öffentlichen Konsum von Alkohol in den Städten faktisch unterbinden würde. Er nannte öffentlich jeden einen Alkoholiker, der jemals auch nur ein Glas Bier trinke. Er erhob das Jogurtgetränk Ayran zum «Nationalgetränk» (statt Raki). Er rief das Ziel aus, eine islamischere Jugend zu «schaffen», dank einer Bildungspolitik, die Religion an Schulen forciert und religiöse Imam-Hatip-Schulen aufwertet. Er sagte den Menschen, in seiner schrillen, beherrschenden Art, sie sollten kein Weissbrot essen, sondern

dunkles, haltbareres Brot. Frauen sollten drei Kinder haben, «besser fünf». Routinemässig nannte er Gegner «Gotteslästerer» und «Agenten Israels». Zuletzt hiess es, wer gegen seine Syrien-Politik sei, der begehe ein «Verbrechen gegen die Menschlichkeit».

Bei alledem sprach er vor allem mit sich selbst, bewegte sich in einer geistigen Welt, in der all



Ministerpräsident Erdogan, Staatspräsident Gül (r.)

diese Ansichten gottgefällig sind und sich daher durchsetzen werden – man muss nur nachhelfen. Denn an seinen radikalislamischen Wurzeln hängt er seelisch immer noch fest.

In den zehn Jahren wuchs aber auch eine neue Jugend heran. Sie ist vernetzt – kaum ein Land ist internetsüchtiger als die Türkei. Sie hat Anteil an der geistigen Gegenwart des Planeten. Aber sie hat einen Ministerpräsidenten, der sagt: «Es gibt eine neue Gefahr. Sie heisst Twitter.» Als dann der kleine Ökologen-Protest begann, sagte Erdogan im Tone eines Vaters zu seinen pubertierenden Kindern: «Macht was ihr wollt, ich habe sowieso schon entschieden.» Demokratie bedeutete für ihn nie umfassende Partizipation, nur Wahlen – und Wahlen nur deswegen, weil er wusste, dass seine Anhänger in der Mehrheit sind.

Gegen all das brach sich der lange angestaute Zorn einer neuen Generation Bahn, als die Polizei mit äusserster Gewalt gegen die friedlichen Aktivisten vorging. Da brannte bei der Istanbuler Jugend eine kollektive Sicherung durch. Aber auch jene sind erzürnt, die Erdogan bislang unterstützt haben, weil er die Macht des Militärs gebrochen hatte. Offenbar wolle Erdogan keine echte Demokratie und freie Gesellschaft, konstatiert der Übersetzer Adnan Tonguc.

Brennpunkt der Proteste waren Istanbul und andere urbane Gegenden. Die Mehrheit des Landes stehe weiterhin zu ihm, betonte Erdogan jüngst. Aber so ganz stimmt das nicht. Zum einen wohnen inzwischen die meisten Türken in Städten: mehr als 70 Prozent. Die Urbanisationsrate liegt bei plus 1,7 Prozent jährlich. Dieser Prozess ist vom Wirtschafts-

boom der AKP klar beschleunigt worden. Und obwohl die Neustädter oft immer noch konservativ sind, ändert sich doch etwas in den Köpfen. Daheim im Dorf war das Kino keine Option. Jetzt will man auch dorthin. Das Kopftuch bleibt, aber darunter ändert sich etwas.

Erdogans schroffer Ton verstört viele seiner Anhänger, und es sieht derzeit nicht so aus, als würden sie geschlossen hinter ihm stehen, wenn es darum geht, die Protestbewegung niederzuringen. «Es würde die Partei spalten», sagt Gareth Jenkins, einer der besten Kenner der Türkei. «Viele in der AKP sagen derzeit über Erdogan: «Ich mag ihn, aber er muss seine Art und Haltung ändern.»»

Rückhalt für Gül wächst

Auch in den obersten Parteietagen wird angestrengt über Erdogan nachgedacht. Er sei mittlerweile so starr und unbelehrbar, meint ein Beobachter der Parteistimmung, der nicht genannt werden möchte, dass man in der AKP allmählich Angst vor der Vision eines Staatspräsidenten Erdogan habe.

Insofern wächst der Rückhalt für eine Wiederwahl Gül's. Er hat in der Krise bewiesen, wie richtig er in diesem Amt ist und auch als Führer des Landes. Umfragen belegen, dass er populärer als Erdogan und sogar für die Oppositionspartei CHP und ihre Anhänger akzeptabel ist. Gül bekäme im Falle einer erneuten Kandidatur überparteiliche Unterstützung, anders als Erdogan. Der aber kann bislang nicht nochmals als Ministerpräsident kandidieren. Die AKP müsste, um Erdogan wieder als Kandidaten für das Ministerpräsidentenamt ins Rennen zu schicken, ihre Statuten ändern.

Dem bereits erwähnten Beobachter der Parteistimmung zufolge gibt es neuerdings immer mehr Stimmen, die genau das empfehlen. Erdogan könnte bei Wahlen derzeit immer noch mit etwa 45 Prozent der Stimmen rechnen. Für einen Sieg bei Parlamentswahlen und eine neue Amtszeit als Regierungschef würde dies reichen. Doch es kann auch sein, dass die Unterstützung für ihn in den nächsten Wochen weiter sinkt – je nachdem, wie er sich verhält. Selbst wenn das eintritt, gibt es für die AKP im Wahlkampf dennoch kein besseres Zugpferd als Erdogan. Mit jeder anderen Lösung riskiert man, die Partei schwächer zu machen, als sie mit einem hinkenden Erdogan ist.

Lediglich der recht beliebte Numan Kurtulmus, der seine kleine HAS-Partei im vergangenen Jahr mit der AKP fusionierte und dort nun stellvertretender Parteivorsitzender ist, käme in Frage. Er ist gerade deswegen im Volk angesehen, weil er die AKP-Politik oft scharf kritisierte. Kurtulmus wäre ein glaubhafter Erneuerer, auch weil er glaubhaft religiöskonservativ politisiert. Es wird interessant sein zu beobachten, ob er in den nächsten Wochen stärker ins Rampenlicht tritt.

Boris Kálnoky ist Türkei-Korrespondent der Welt.

Syriens Hitzköpfe

Mit dem Eingreifen der schiitischen Hisbollah-Miliz wird der Konflikt in Syrien endgültig zum Glaubenskrieg. Die Schiiten stärken Präsident Assad zwar den Rücken, doch konnten sie bisher keine durchschlagenden Erfolge erzielen. *Von Kurt Pelda*



«Nadelstiche»: Beerdigung eines von syrischen Rebellen getöteten schiitischen Kämpfers im Irak.

Zwei Jahre lang haben Präsident Assads Soldaten gekämpft, ohne die Rebellion entscheidend zu schwächen. Im Gegenteil, weite Teile des Landes mussten sie aufgeben oder sich in Festungen verbarrikadieren, von denen viele eingeschlossen sind. Am Rand der seit Monaten belagerten Helikopterbasis von Minnakh, nördlich von Aleppo, erzählen Rebellen zum Beispiel von abgehörten Funksprüchen verzweifelter Regierungssoldaten. Jeden Tag kommen Kampfflugzeuge, um die Belagerer zu bombardieren. «Als der Pilot seine Bomben abgeworfen und die Munition der Bordkanonen verschossen hatte, baten ihn die Soldaten am Boden, noch eine Weile über der Basis zu kreisen», sagen die Rebellen. «Sie meinten, der Düsenlärm gebe ihnen Hoffnung.»

Seit dem 19. März kämpfen radikalislamische Schiiten aus dem Libanon offen für Assad. Zusammen mit der syrischen Armee versuchen sie, das Städtchen Kusair nahe der libanesischen Grenze einzunehmen – bisher vergeblich. Assads Propagandamaschinerie versucht den Einsatz als grossen Erfolg hinzustellen, und viele westliche Medien fallen darauf herein. Sie realisieren nicht, dass Assad offenbar nicht mehr genügend Soldaten hat, um eine strategisch wichtige Kleinstadt wie Kusair einzunehmen. Und dies, obwohl dort praktisch alle Nachschubwege der Rebellen gekappt sind.

Der Auftritt der Hisbollah, der sogenannten Partei Gottes, ist kein Zeichen von Stärke, im Gegenteil. Und er hat weitreichende Auswirkungen. Assads Alawiten-Sekte ist eine Abspaltung vom schiitischen Islam. Dass der Diktator Hilfe von Schiiten aus dem Libanon, Irak und Iran erhält, bestärkt die Opposition und ihre arabischen Hintermänner in der Meinung, dass Assad Teil eines schiitischen Komplotts gegen Syriens sunnitische Mehrheit sei. Der Konflikt, der mit der Forderung nach mehr Freiheit und weniger Korruption begonnen hat, wird so immer mehr zum Krieg der Religionen. Das stärkt die Hitzköpfe auf beiden Seiten: Für die Alawiten geht es jetzt ums pure Überleben, und auf der andern Seite profitieren davon al-Qaida und andere sunnitische Fundamentalisten, die sich schon lange den regionalen Feldzug gegen die schiitischen «Abweichler» auf die Fahnen geschrieben haben. Für Syriens religiöse Minderheiten verheisst das nichts Gutes.

«Wir werden nicht aufgeben»

Die entscheidende Schwäche des Widerstands ist nicht die Bewaffnung, sondern die Zersplitterung in Myriaden von Kampfgruppen. Angesichts der gegnerischen Übermacht haben sich Kusairs verschiedene Rebelleneinheiten aber unter einem Kommando zusammenge-

funden. Ausserdem strömen Verstärkungen unter anderem aus Aleppo und dem Osten in die Kleinstadt an der libanesischen Grenze. Zu den Offizieren, die sich nach Kusair begeben haben, gehört auch der säkulare Oberst Abdel Dschabbar al-Okaidi, der als lokaler Chef der Freien Syrischen Armee (FSA) bisher vor allem in Aleppo gekämpft hat. Der mutige Schritt des stets bis auf einen Schnauzbart rasierten Offiziers hat das Ansehen der säkularen Gruppen innerhalb des Widerstands gewaltig gestärkt. Noch nie zuvor hat es auf Seiten der Rebellen eine derartige Welle der Solidarität mit einer von der Armee eingeschlossenen Ortschaft gegeben.

Moataz, ein junger Mitarbeiter Okaidis, berichtet via Skype aus Kusair, dass der Widerstand weiterhin in dem zunehmend zerstörten Städtchen aushalte. Man versuche, den Gegner mit Nadelstichen zu schwächen. Die humanitäre Situation sei katastrophal. «Wir waren von Aleppo elf Tage unterwegs, bevor wir endlich in Kusair eintrafen und den Belagerungsring sprengten. Die Schwierigkeiten dieser Reise sind unvorstellbar. Einmal gerieten wir in einen Hinterhalt und verloren dreizehn Kämpfer. Aber wir werden nicht aufgeben.»

Riskante Offensive bei Aleppo

Obwohl die Allianz aus Hisbollah und syrischer Armee in Kusair wenig Fortschritte verzeichnet, machen in und um Aleppo schon Berichte über eine weitere Offensive der libanesischen Schiiten-Miliz die Runde. Rebellen haben auch Funksprüche abgefangen, in denen auf Persisch kommuniziert wurde – ein Indiz für die Anwesenheit iranischer Berater. Es ist nicht ganz klar, was die angeblich bis zu 2000 Hisbollah-Kämpfer in Aleppo genau vorhaben. Der von der Regierung kontrollierte Westteil der Grossstadt ist vom Umland abgeschnitten, die Libanesen können also nicht auf gesicherte Nachschublinien wie in Kusair zählen. Das macht das Unterfangen höchst riskant. Die Rebellen vermuten, dass die Hisbollah die nur 25 Kilometer von Aleppo entfernten schiitischen Enklaven von Nubbul und Zahra befreien möchte. In diesen beiden Kleinstädten sollen laut Regierungsangaben bis zu 50 000 Menschen seit rund elf Monaten eingeschlossen sein. Angeblich sind bereits Kinder verhungert – wegen des Belagerungsringes der Rebellen. Für die Regierung und die Hisbollah sind die Enklaven so etwas wie ein schiitisches Kusair. ○

Irgendwie geht es weiter

Von Thilo Sarrazin — Angela Merkel hat während ihrer Kanzlerschaft nicht viel bewegt. Die CDU kann nur darauf wetten, dass sie bei den Wahlen zum Bundestag links mehr gewinnt, als sie rechts verliert.



Zwei Sitzungswochen trennen den Deutschen Bundestag noch vom Beginn der Sommerpause. Offenbar fällt es schwer, die restlichen Sitzungswochen mit sinnvoller Arbeit

zu füllen. Die Gesetzgebungstätigkeit dieser Legislaturperiode ist längst zum Abschluss gekommen. Deshalb ist Aktivismus angesagt, um die Ausgangslage für den Wahlkampf zu verbessern. Folgerichtig beriet der Bundestag in der vergangenen Woche über:

- einen Antrag der Linkspartei zur Wiederbelebung des gemeinnützigen Wohnungsbaus;
- einen Antrag der SPD: «Steuer- und Regulierungsaoasen trockenlegen»;
- einen Antrag der Grünen über die Abschaffung des Optionszwangs bei der doppelten Staatsbürgerschaft;
- einen Bericht der Bundesregierung über die Lage der freien Berufe.

Das Highlight der Woche war der vom Bundesrat mit rot-grüner Mehrheit eingebrachte Gesetzentwurf zu einem flächendeckenden Mindestlohn, den CDU/CSU und FDP selbstverständlich ablehnten. Deren Mindestlohn soll sich aus der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen ergeben und regional wie sektoral differenziert sein, zudem erst nach der Wahl verwirklicht werden. Das ist der ganze Unterschied. Arbeitsmarktreformen wie 2004 unter dem Bundeskanzler Schröder wären heute mit keiner Partei mehr umsetzbar.

Die Bundeskanzlerin krönte die fade Wahlkampfkost mit einem «Integrationsgipfel», bei dem hundert Teilnehmer während zweier Stunden nichts entschieden, aber viele Worte machten. In Erinnerung bleibt die Forderung der türkischen Verbände nach Migrantquoten im öffentlichen Dienst.

Bis zum Herbst treibt jetzt das Regierungsschiff in einer Flaute dahin. Angela Merkel kann das nicht recht sein. Wo kein Wind ist, hilft es auch nicht, am grossen Steuerrad zu drehen. Und wie soll man im Stillstand vorbeugen gegen Böen aus unerwarteten Richtungen?

Da ist es geboten, die Anzeichen für mögliche Bedrohungen zu studieren. Die kommen gegenwärtig vor allem aus drei Richtungen:

1 — Die SPD könnte aufhören, Fehler zu machen. Wie würde es wirken, wenn der Kanzlerkandidat Steinbrück plötzlich drei stolperfreie Monate absolvierte und gleichzeitig der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel genauso von seiner Profilierungssucht liesse? Der Trend in Deutschland geht nach links. Das zeigt sich bei allen gesellschaftlich relevanten Themen. Merkel weiss das, und indem sie darauf reagiert, entfremdet sie sich einem Teil der konservativen Wählerschaft. Ihre Strategie läuft auf die Wette hinaus, dass sie links mehr gewinnt, als sie rechts verliert.

2 — Die CDU ist zur Bundespartei geworden. Nur noch in 4 von 16 Ländern stellt sie den Ministerpräsidenten, 70 Prozent der Bürgermeisterwahlen gehen zugunsten der SPD aus. Neben Merkel gibt es in ihrem Umfeld kaum Namen, die Kompetenz und Verlässlichkeit ausstrahlen. Zwei Minister – Verteidigungsminister Guttenberg und Wissenschaftsministerin Schavan – mussten das Kabinett wegen Plagiatsaffären verlassen, jetzt gerät Verteidigungsminister Thomas de Maizière ins Zwielficht eines gescheiterten Beschaffungsvorhabens um Kampfdrohnen.

3 — Die im April 2013 neu gegründete Anti-Euro-Partei Alternative für Deutschland (AfD) baut ihre Organisation aus und liegt in den Umfragen bei 3,5 Prozent. Ihr Vorsitzender



Verwaltung des Erbes: Merkel, Hollande.

Bernd Lucke, ein seriöser Ökonomieprofessor aus Hamburg, hat bis jetzt keinen ernsthaften Fehler gemacht. Die Versuche aus den Medien und anderen Parteien, die Neugründung in eine rechtspopulistische Ecke zu schieben und ihr so die Legitimation abzuspochen, haben nicht verfangen.

Neue Schuldentürme

Falls die AfD keine schweren Fehler macht, ist es wahrscheinlich, dass sie die Fünfprozentklausel überwindet und im nächsten Bundestag sitzt. Ihre Sympathisanten verteilen sich auf alle Parteien. Das erste Opfer eines AfD-Erfolgs wäre deshalb die schwarz-gelbe Koalition. Sie könnte nur weiterregieren, wenn die AfD die Dritte im Bunde würde. Möglich wäre auch eine schwarz-rote Koalition, sie wäre wohl auch das wahrscheinliche Ergebnis.

Das Hauptmerkmal Angela Merkels war stets die Kombination ihres Machtbewusstseins mit einem unbekümmerten Opportunismus. In ihrer Kanzlerschaft gab es keine ins Gewicht fallende Reform und bis auf die «Energiewende» keine kontroversen Entscheidungen. Sie verwaltet das Erbe ihrer Vorgänger Schröder und Kohl. Merkel hat die Ernte eingefahren, bis auf die Energiewende nichts Neues begonnen und stattdessen neue Schuldentürme angelegt.

Die Ausserkraftsetzung aller Sicherungen des Maastricht-Vertrages und der Bruch aller vertraglichen und politischen Festlegungen rund um die gemeinsame Währung rief zuletzt die neue Partei AfD auf den Plan.

Ihrer Herrschaft der Prinzipienlosigkeit hat die Bundeskanzlerin in den letzten Tagen noch zwei neue Highlights aufgesetzt:

— Weil in einigen Städten Wohnungen knapp werden und Mieten steigen, soll künftig jenseits des bisherigen Mieterschutzes die Vertragsfreiheit bei Neuvermietungen eingeschränkt werden.

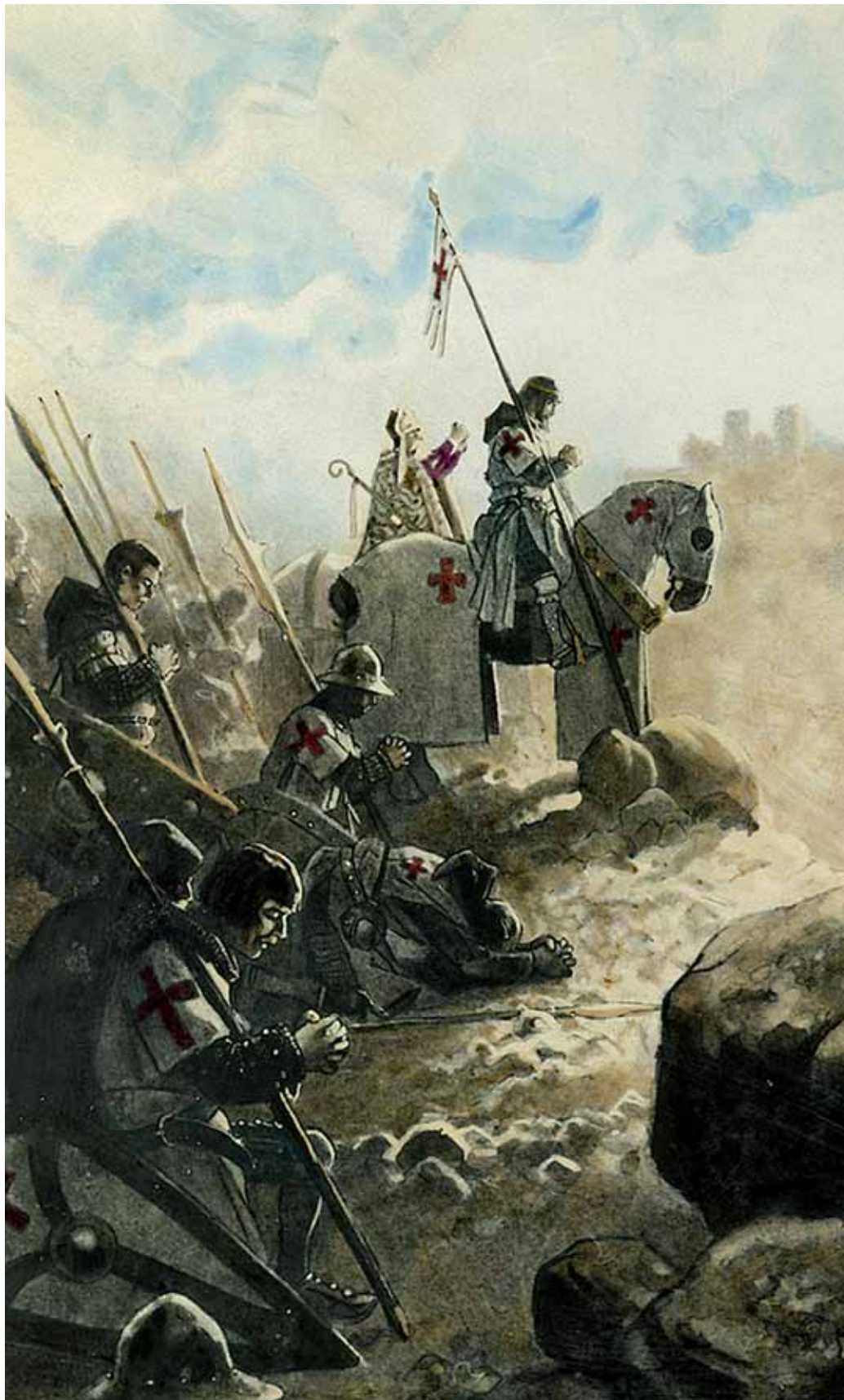
— Weil man sich mit Frankreich über die Inhalte der Euro-Politik nicht einig werden kann, will man dem französischen Wunsch folgen und aus dem Vorsitz in der Euro-Gruppe der Finanzminister eine hauptamtliche Funktion machen.

Gar nicht scheint sich Angela Merkel daran zu stören, dass Präsident Hollande gleichzeitig den erst wenige Monate alten Fiskalpakt verbal und durch politisches Handeln mit Füßen tritt. In diesem Punkt scheinen sich beide einig zu sein: Europäische Vereinbarungen sind vor allem Window-Dressing. Ihr Inhalt ist schon fast belanglos, entscheidend ist nur, dass es irgendwie weitergeht.

Thilo Sarrazin ist ehemaliger deutscher Bundesbanker und Bestsellerautor. Er schreibt einmal pro Monat exklusiv für die *Weltwoche* über den deutschen Wahlkampf.

Ruhm im Himmelreich

Waren die Kreuzfahrer tatsächlich nur auf Plünderung und Eroberung aus? War die islamische Kultur dem christlichen Europa wirklich so überlegen, wie heute behauptet wird? Der amerikanische Autor Rodney Stark räumt mit den Klischees über die Zeit der Kreuzzüge auf. *Von Peter Keller*



300 Jahre bis zum Gegenschlag: Eroberung von Jerusalem, 1099, Aquarell von Gustav Adolf Closs.

Nun liegt die Heilige Stadt vor ihnen. Rund 130 000 Christen waren dem Aufruf ihres Papstes gefolgt, um Jerusalem aus den Händen der Muslime zu befreien. Nach allen Strapazen erreicht nur ein Bruchteil von ihnen das ersehnte Ziel. Der Rest starb, haute ab, blieb irgendwo hängen. Am Ende hatten sich ein paar tausend vor den Stadtmauern eingerichtet: Adlige, Ritter, Fusssoldaten, aber auch Kleriker, Knechte und Diener. Ein vielsprachiger Haufen, vereint unter dem Kreuz.

«Jerusalem ist die Mitte der Erde, das fruchtbarste aller Länder, ein zweites Paradies der Wonne», hatte Urban II. 1095 im französischen Clermont verheissen. Was die Kreuzfahrer vier Jahre später vorfinden, sind ein karges, feindseliges Stück Land und glühende Hitze. Es fehlt selbst das bisschen Holz für den Bau der dringend benötigten Belagerungsmaschinen. Trotzdem wird das zahlenmässig hoffnungslos unterlegene Heer die Stadt stürmen. Mit Gottes Hilfe, sind die Beteiligten überzeugt, würden sie die Feinde schon besiegen.

Es folgt ein Massaker mit Nachhall. Bis heute berufen sich Islamisten auf die Kreuzzüge, um die muslimischen Massen gegen den Westen zu mobilisieren. Nicht minder kritisch sieht die Mehrheit der Historiker die Ereignisse, die Ende des 11. Jahrhunderts ihren Anfang nahmen. Die Christen hätten vor allem imperialistische Ziele verfolgt, dem Papst sei es um die Vorherrschaft über die Kirchen im Osten gegangen. Religiöse Motive habe man nur vorgeschoben, in Wahrheit sei es den Kreuzrittern um die Eroberung islamischer Gebiete gegangen, um Unterwerfung, Plünderung und Kolonisation, um den Kampf gegen eine im Grunde tolerante und friedliebende Religion, deren Kultur zudem der abendländischen jener Zeit haushoch überlegen gewesen sei.

Mohammed als Urvater der Gotteskrieger

«So war es nicht», lautet das Fazit des amerikanischen Religionssoziologen Rodney Stark. In seinem eben auf Deutsch erschienenen Buch «Gottes Krieger» stellt sich der Autor gegen die vorherrschende Lehrmeinung. Für ihn ist klar: Die Kreuzzüge sind nicht der Ursprung der konfessionellen Konflikte. Urvater der Gotteskrieger ist Mohammed selber. Noch in seiner Abschiedsbotschaft soll er seinen Anhängern gesagt haben: «Mir wurde aufgetragen, alle Männer so lange zu bekämpfen, bis sie sagen: <Es gibt keine Gottheit ausser Allah.>»

Diese letzten Worte Mohammeds bilden den Auftakt von Rodney Starks Verteidigungsschrift der Kreuzzüge. Und es folgt die vielzitierte 9. Sure des Korans: «[...] tötet die Götzendiener, wo immer ihr sie findet, und ergreift sie und belagert sie und lauert ihnen aus jedem Hinterhalt auf.» In diesem Geist, fügt der Autor an, hätten sich Mohammeds Erben aufgemacht, die Welt zu erobern. Etwas höflicher formuliert der Historiker Jonathan Phillips den gleichen Befund: «Von Anfang an erlegte diese neue Religion ihren Anhängern die Pflicht zum Heiligen Krieg auf und verschmolz (zumindest in der Theorie) religiöse und politische Autorität im Amt des Kalifen, des Nachfolgers Mohammeds als geistlicher Führer des Islam.» Die Christen haben den heiligen oder gerechten Krieg nicht erfunden. Ihre Exponenten taten sich selbst in der grössten Euphorie schwer, den bewaffneten Kampf für den Glauben zu rechtfertigen.

Die Türken tauchen auf

Unbelastet von solchen Selbstzweifeln, legt der Islam los. Bis zu seinem Tod 632 hatten Mohammeds Krieger die Arabische Halbinsel bereits unterworfen. In wenigen Jahrzehnten im 7. Jahrhundert eroberten die nachfolgenden Kalifen die Stätten des Urchristentums im Orient: «Hier lag die Wiege des christlichen Mönchtums in Ägypten, Syrien und Palästina, hier wuchsen die grossen Schulen theologischen Denkens in Alexandria und Antiochia heran, hier, wo heute der Muezzin zum Gebet ruft, befand sich im heutigen Tunesien die Heimat Augustins», fasst der Kirchenhistoriker Martin Tamcke den rasanten Umbruch zusammen.

Und es ging im gleichen Tempo weiter: Bis zum Jahr 711 hatten muslimische Truppen Nordafrika unterworfen und strömten über die Strasse von Gibraltar ins christliche Spanien. Erst die Franken unter dem Kommando von Karl Martell – der Grossvater Karls des Grossen – stoppten 732 den Vormarsch im Herzen Frankreichs. Nach rund hundert Jahren befand sich die Welt zwischen Persien und Spanien unter der Herrschaft des Halbmonds – und damit auch ein bislang mehrheitlich von Christen bevölkertes Gebiet.

Europa blieb vorerst mit sich selbst beschäftigt, während die muslimischen Eroberer ihren Einfluss verfestigen konnten. Von einem toleranten Islam zu sprechen, der sich im Unterschied zum brutalen Verhalten der Christen respektvoll gegenüber den eroberten Völkern und Andersgläubigen erwiesen habe, sei «Unsinn», hält Rodney Stark fest. «Es ist wahr, dass der Koran erzwungene Konversionen verbietet. Aber das blieb ein leerer Legalismus, wenn den unterworfenen Völkern freigestellt wurde, entweder den Islam anzunehmen oder getötet oder versklavt zu werden.»

Die neuen Herrscher zogen ein Regime von vertraglich festgehaltenen Bestimmungen

auf. Eine höhere Besteuerung der «Ungläubigen» war schon durch den Koran vorgegeben. Dazu konnten spezielle Kleidervorschriften wie ein honiggelbes Kopftuch oder ein gelber Turban erlassen werden. Häuser von Christen durften prinzipiell nicht höher gebaut werden als die der Muslime, Glocken durften nicht geläutet, Texte über Jesus nicht laut gelesen, Kreuze nicht gezeigt werden. Pferde waren den Muslimen vorbehalten, für die Christen mussten Maulesel genügen. Martin Tamcke: «Demütigung als Druckmittel zur Annahme des Islam wurde zum erklärten Ziel dieser Texte. Damit verloren sie das in ihnen enthaltene Toleranzpotenzial.»

«Hier, wo heute der Muezzin zum Gebet ruft, befand sich im heutigen Tunesien die Heimat Augustins.»

Gleichwohl sollte es über 300 Jahre dauern, bis sich das christliche Europa zum Gegenschlag formieren konnte. Dafür gab es innere und äussere Gründe. Zunächst einmal verfügte das Papsttum gar nicht über die Autorität innerhalb der Christenheit, um ein solches Unterfangen anzuschieben. Erst im 10. und vor allem 11. Jahrhundert wurde die Kirche auch zum machtpolitischen Faktor, die selbst den höchsten weltlichen Herrschern die Stirne bot – und dann tauchte aus den kasachischen Steppen ein neuer Player auf: die Seldschuken, ein türkischer Stammesverband, der die byzantinischen Truppen bei Manzikert 1071 empfindlich schlug und damit den Weg öffnete zur Landnahme Anatoliens, der heutigen Türkei.

Unter ihrem charismatischen Führer Alp Arslan eroberten die Seldschuken auch den

Süden: Akko, Damaskus, Palästina. Nach einer kurzen Belagerung fiel Jerusalem. Der türkische Oberbefehlshaber hatte der Stadt und ihren Bewohnern Schutz zugesichert, sollten sie die Tore freiwillig öffnen. Eine Täuschung: Seine Soldaten stürmten durch die Gassen, plünderten und metzelten die Flüchtenden nieder. Ähnlich erging es den Städten Gaza, Tyrus und Jaffa. Für die christlichen Wallfahrer brach eine schwierige Zeit an. Nur wenige grosse, gutbewaffnete Pilgerzüge kamen noch bis Jerusalem durch. «Die meisten jedoch wurden Opfer von Unglücksfällen, Räuberbanden und skrupellosen Provinzstatthaltern» (Rodney Stark).

Hilferuf aus Byzanz und Jerusalem

Die Kunde der Rückkehr drang bis nach Rom. Dazu kam der Hilferuf aus Byzanz. Gross muss die Verzweiflung gewesen sein, dass Kaiser Alexios I. trotz Rivalität um die Vorherrschaft in der Kirche den Papst anschrieb. Damit war der letzte Anlass gegeben. Die Gräueltaten der türkischen Eroberer sorgten für den emotionalen Unterbau der kommenden Kreuzzüge. Urbans berühmter Aufruf löste tumultartige Begeisterung aus. «Deus lo vult! Deus lo vult! (Gott will es!)», riefen die anwesenden Geistlichen und Ritter – und sie trugen die Botschaft wie ein Verstärker durch die Lande.

Es gibt kaum ein zweites Beispiel in der Geschichte, das die Wechselwirkung von Worten und Taten so eindrücklich unter Beweis stellt, wie diese Rede auf dem offenen Feld vor Clermont: «Aus dem Land Jerusalem und der Stadt Konstantinopel kam schlimme Nachricht: Das Volk im Perserreich [gemeint sind die türkischen Seldschuken], ein fremdes Volk, ein ganz



Zunächst einmal war der Marsch ins Heilige Land ein logistischer Wahnsinn.



«Gott will es!»: Papst Urban II.

gottfernes Volk, [...] hat die Länder der dortigen Christen besetzt. [...] Es hat die Kirchen Gottes gründlich zerstört oder für seinen Kult beschlagnahmt. [...] Denen, die sie schändlich misshandeln und töten wollen, schlitzen sie den Bauch auf, ziehen den Anfang der Gedärme heraus, binden ihn an einen Pfahl und treiben sie mit Geisselhieben so lange herum, bis die Eingeweide ganz herausgezogen sind und sie am Boden zusammenbrechen. [...] Was soll ich von der ruchlosen Schändung der Frauen sagen? [...] Wem anders obliegt nun die Aufgabe, diese Schmach zu rächen, das Land zu befreien, als euch? [...] Tretet den Weg zum Heiligen Grab an, nehmt das Land dort dem gottlosen Volk, macht es euch untertan! Gott gab dieses Land in den Besitz der Söhne Israels; die Bibel sagt, dass dort Milch und Honig fließen. [...] Schlagt also diesen Weg ein zur Vergebung eurer Sünden; nie verwelkender Ruhm im Himmelreich ist euch gewiss.» Worte wie Schwerthiebe.

Aberwitziges Unternehmen

Zunächst einmal war der Marsch ins Heilige Land ein aberwitziges Unternehmen – und ein logistischer Wahnsinn: Wie schafft man Zehntausende von Menschen zu Fuss, auf Gäulen und über den Seeweg nach Palästina? Wer finanziert den Tross? Wie versorgen sich die Leute?

Am Anfang des Projekts steht ein französischer Adliger, der 1088 als Urban II. zum Oberhaupt der Kirche gewählt wurde. Zuvor war er Mönch und Prior des burgundischen Klosters Cluny. Von dort ging eine der wichtigsten Reformbewegungen des Mittelalters aus. Nebst der spirituellen Aufrüstung wirkte auch die Organisationskraft der Gemeinschaft beispiel-

haft: «Der Abtprimas von Cluny, unterstützt von einem grossen Verwaltungsstab, stand monarchisch einer über ganz Europa verteilten Klosterfamilie von 1450 Konventen vor», schreibt der Mittelalterhistoriker Horst Fuhrmann. Sie bildeten die Heimbasis der Kreuzzugsmission. Busse tun und das Heilige Land befreien, lautet die durchschlagende Formel. Heerscharen folgen ihr.

Wären die Kreuzfahrer auf Beute fixiert gewesen, so Rodney Stark, dann hätten sie früher Gelegenheit bekommen: Schon 1063 forderte Papst Alexander II. einen Kreuzzug zur Vertreibung der Muslime aus Spanien. «Im Unterschied zum Heiligen Land war das maurische Spanien wirklich reich, besass fruchtbares Land im Überfluss und lag in der Nähe.» Doch kaum jemand mochte dem päpstlichen Aufruf folgen. Nur 33 Jahre später machten sich jedoch Zehntausende auf den Weg ins trostlose ferne Palästina. «Was war anders? Spanien war nicht das Heilige Land!»

Ist die Zeit der Kreuzzüge vorbei?

Den Kreuzzug gibt es nicht. In mehreren Schüben erobern die Christen Jerusalem und richten im Umland einen eigenständigen Staat ein. Solange der finanzielle und personelle Nachschub gewährleistet ist, können sich die Kreuzritter halten. Von einer überlegenen muslimischen Kultur will Rodney Stark nichts wissen. «Die höhere Kultur, die arabische Eliten sich aneigneten, haben sie von den Völkern übernommen, die sie unterworfen haben.» Ihre Flotten wurden von persischen und koptischen Seeleuten gebaut und navigiert. Nicht wenige der berühmtesten Astronomen, Ärzte und Mathematiker seien Christen und Juden gewesen.

«Wie man Ackerbau betreibt oder ein Segelschiff navigiert, lernt man nicht, indem man Platon liest.»

Obwohl gebildete Araber über herausragende Kenntnisse der klassischen Autoren verfügten und diese Kenntnisse für die Nachwelt bewahrten, kommentiert Stark den Sachverhalt mit Sarkasmus: «Wie man Ackerbau betreibt, ein Segelschiff navigiert oder Schlachten gewinnt, lernt man nicht, indem man Platon oder Aristoteles liest», und zählt weitere Beispiele des technischen Rückstandes auf: Sättel, Steigbügel, Hufeisen, Wagen, Zugpferde und Geschirre, Schiffbau, Armbrüste, wirksame Rüstungen, gutausgebildete Fusstruppen. Sein Fazit: «Insofern ist es kaum verwunderlich, dass die Kreuzfahrer Tausende von Kilometern marschieren und einen Feind schlagen konnten, der ihnen zahlenmässig überlegen war – dies allerdings nur», räumt er ein, so lange «die Menschen und Staaten Europas bereit waren, ihren Kampf zu unterstützen».



«Keine Gottheit ausser Allah»: Mohammed.

Diese Bereitschaft nahm im Verlauf der vielen Kreuzzüge verständlicherweise ab – zumal vom ursprünglich hehren Ideal immer weniger übrigblieb. Davon zeugen die Ausfälle gegen die europäischen Juden oder die Plünderung Konstantinopels. Im August 1291 schliesst sich das letzte Kapitel der Kreuzfahrerstaaten. Al-Aschraf Chalil eroberte mit einem selbst für diese Zeit aussergewöhnlich brutalen Schlussakt die letzten christlichen Bastionen Palästinas. In einer Lobeshymne auf den siegreichen Sultan heisst es: «Euret wegen ist keine Stadt geblieben, in der sich der Unglauben erholen kann, gibt es keine Hoffnung für die christliche Religion! [...] Gepriesen sei Gott, die Nation des Kreuzes ist gefallen; durch die Türken hat die Religion der auserwählten Araber triumphiert!»

Ist damit die Zeit der Kreuzzüge endgültig vorbei? Jonathan Phillips meint ja. Die Reformation und die Ausbildung der Nationalstaaten hätten das Ihrige beigetragen – wenigstens im christlichen Westen. Mit Blick auf die muslimische Geschichte und Gegenwart kommt der Historiker zu einem anderen Schluss: «Da der Dschihad ein wesentlicher Bestandteil des Islam ist, wird er nie verschwinden.»

Rodney Stark: Gottes Krieger. Haffmans Tolkemitt, 2013. 384 S., Fr. 35.90

Jonathan Phillips: Heiliger Krieg. DVA, 2011. 638 S., Fr. 45.90

Martin Tamcke: Christen in der islamischen Welt. Von Mohammed bis zur Gegenwart. C.H. Beck, 2008. 204 S., Fr. 17.90



1970

Hume, Albtraum der Justiz

Der britische Gewaltverbrecher Donald Hume ist der schlimmste Gefangene der Schweiz, er terrorisiert Wärter, Pfarrer und Mitgefangene. Die Schweizer Justiz will ihn schon lange nach England abschieben – doch das ist leicht gesagt.

Wenn sein Name fällt, graben sich Sorgenfalten in die Stirn des Zürcher Regierungsrats Dr. Arthur Bachmann, meldet der britische Konsul «ernste Bedenken» an, schlägt der Strafanstalt-Direktor Emil Meyer hilflos die Hände zusammen: der Mörder Donald Hume ist das grosse, ungelöste und schwierigste Problem der Zürcher Justiz.

Seit der britische Gewaltverbrecher, der nach einem Überfall auf die Gewerbebank in Zürich den Taxifahrer Arthur Maag erschossen hat, am 1. Oktober 1959 mit dem Urteil «lebenslänglich» das Zuchthaus Regensdorf betrat, wird er als «übelster aller Insassen» bezeichnet. Von behördlicher und privater Seite wurde mancher Versuch unternommen, Donald Hume an den Strafvollzug zu gewöhnen. Nachdem alles fehlschlug, wird ein endgültig letzter Schritt angestrebt – ihn nach Grossbritannien abzuschicken.

Ein gefächertes Angebot von wüsten Adjektiven treffen auf den heute 51-jährigen Strafgefangenen mit der Nummer 22 zu; seine Betreuer, die Bewacher und selbst die Mitgefangenen wissen davon ein Lied zu singen. In den zehn Jahren seiner bisherigen Strafverbüsung gebärdet sich Donald Hume abwechselnd böse-aggressiv, gemeingefährlich-lauernd, randalierend-tobsüchtig.

Drei Mann Bewachung sind notwendig, wenn Donald Hume einsam im Innenhof des Zuchthauses seine Spaziergänge absolviert, nur im Wärter-Trio wird seine Zelle betreten und ausschliesslich zu dritt wird ihm das Essen überbracht. Böse Erfahrungen hatten gezeigt, dass es ohne diese Massnahmen nicht geht. Und hier drängt sich die Gretchenfrage im Fall Hume auf: Ist dieser Mensch krank?

Eine medizinisch erwiesene Geisteskrankheit oder schwere psychische Störung würde den einzig gültigen Grund liefern, den die Zürcher Justiz für ein Abschiebemanöver nach England benötigt. Denn nachdem kein britisches Auslieferungsgesuch je gestellt wurde und der Londoner Strafvollzugs-Verantwortliche vor Jahren versicherte, England würde nicht daran denken, Hume «zurückzufordern», ist vom Ausland keine Initiative zu erwarten. Im Falle einer Geisteskrankheit jedoch könnte England moralisch verpflichtet werden, Hume zu übernehmen, da die Schweiz bis heute noch über keine passende Anstalt für gemeingefährliche Geisteskranke verfügt.

«Es geht nicht darum, den – mild ausgedrückt – sehr schwierigen Mann einfach loszuwerden», erklärt Direktor Meyer, «nur gibt es schliesslich noch eine menschliche Seite an diesem in jeder Hinsicht isolierten Individuum. Und die menschliche Frage muss lauten: Ist dieser Mann noch normal, nachdem er zehn Jahre lang das Böse vordemonstriert und keinen einzigen Funken einer humanen Regung gezeigt hat?»

Humanität spielte im Leben des Donald Hume von Kindesbeinen an die kleinste Rolle.



«Abnormer Charakter»: Verbrecher Hume, 1959.

In trübe Familienverhältnisse hinein geboren, wuchs er im Waisenhaus und im Hass gegen die menschliche Gesellschaft auf. Nach Diebstählen, Betrugs- und Raubaffären wurde Hume 1950 von einem Londoner Schwurgericht im Fall des ermordeten Autohändlers Stanley Setty zwar freigesprochen, jedoch wegen Beihilfe nach der Tat (Hume hatte die Leiche zerstückelt und von einem gecharterten Flugzeug aus ins Meer geworfen) zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach achtjähriger Verbüsung konnte er dank guter Führung das Gefängnis Dartmoor verlassen und verkaufte eine Woche später seine Geständnis-

Memoiren «Ich habe Setty umgebracht» an die Zeitung *Sunday Pictorial*.

Nach englischem Recht konnte Hume nach erfolgtem Freispruch trotz Zeitungsgeständnis nicht mehr gefasst werden; mit den erklecklichen Einnahmen seiner Memoiren finanzierte er sich weltweite Reisen, legte sich diverse Namen und authentische Pässe verschiedenster Nationalitäten zu.

Taxifahrer erschossen

1958 ging ihm das Geld aus, und er verübte einen brutalen Überfall auf die Midlandbank in London, für den er bis heute nicht zur Rechenschaft gezogen werden konnte. Bereits in diesem Jahr tauchte er in der Schweiz auf. Die Zürcherin Trudi Sommer verliebte sich in ihn und war über die wahre Identität ihres Freundes ahnungslos. Am 29. Januar 1959 drang Hume schwer bewaffnet in die Schweizerische Gewerbebank in Zürich ein, verletzte den Kassier lebensgefährlich und erschoss auf dem Fluchtweg den ihn verfolgenden Taxifahrer Arthur Maag.

Im Schwurgerichtsprozess vom September 1959 attestierte der amtliche Experte für das medizinische Gutachten Hume vollständige Unfähigkeit zu persönlicher Bindung, einen abnormen Charakter, ausgezeichnete Intelligenz und volle Zurechnungsfähigkeit. Der amtliche Verteidiger wies vergeblich darauf hin, dass zusätzliche Untersuchungen über Humes Geisteszustand vorzunehmen seien.

Seither sind zehn Jahre vergangen. Der britische Konsul schickte mehrmals seinen Vize-Konsul und einen anglikanischen Pfarrer nach Regensdorf. Nachdem die Herren von Hume jedoch immer wieder beschimpft worden waren, liess das Konsulat die Strafanstalt-Direktion wissen, dass «von weiteren Besuchen Abstand genommen werde».

Für die Erstellung eines klaren Befundes über Humes heutigen Gesundheitszustand hat sich noch niemand bereit gefunden. «Wir werden unermüdlich weitersuchen», meint Direktor Meyer, «denn die Ungewissheit und die Verantwortung, ob nicht ein schwerkranker Mann in unseren Mauern schmachtet, bereitet mir schlaflose Nächte.»

Der Artikel von Beatrice Geiser erschien in der *Weltwoche* vom 13. November 1970. Donald Hume konnte erst 1976 nach Grossbritannien abgeschoben werden.

«Wir leben im moralischen Vakuum»

Laut dem Vatikan werden jährlich 100 000 Christen ermordet. Der anglikanische Bischof Michael Nazir-Ali fordert, das Schweigen darüber zu brechen. Toleranz sei kein Rezept für die bessere Integration von Muslimen in Europa, sagt der gebürtige Pakistaner. *Von Urs Gehriger und Daniele Kaehr (Bild)*

Bischof Nazir-Ali, für wen haben Sie heute Morgen gebetet?

Ich bete immer für Leute, die ich kenne. Für Menschen, die im Gefängnis sitzen, besonders wegen ihres Glaubens, im Iran, in Pakistan, Ägypten und vielen anderen Ländern. Und heute betete ich auch für das Gelingen dieses Interviews.

2009 gaben Sie ihren Rücktritt als Bischof von Rochester. Seither widmen Sie sich christlichen Gemeinschaften auf der Welt, die wegen ihres Glaubens verfolgt werden. Welcher Art von Unterdrückung begegnen Sie täglich?

Ich trat in erster Linie zurück, weil ich von christlichen Führern in der islamischen Welt gebeten wurde, ihnen zu helfen. Es gibt eine breite Palette von Unterdrückung: von Baubeschränkungen für Kirchen, Benachteiligung im beruflichen Alltag über Blasphemiegesetze wie in Pakistan bis zur physischen Verfolgung und Tötung. Es kann auch simple Tyrannei sein, wie in Eritrea. Dort begann die Unterdrückung bei den evangelikalen Christen, setzte sich fort über die orthodoxen und hat schliesslich die römisch-katholischen erreicht. Ein Patriarch ist kürzlich verschwunden. Andernorts leiden Glaubensgenossen unter marxistisch beeinflusster Verfolgung. Die Situation in Vietnam und Laos hat sich in den letzten Jahren allerdings verbessert. Ebenfalls in China. Viele der rund 100 Millionen chinesischen Christen organisieren sich in Hauskirchen. Für die Loyalisten des Vatikans ist es jedoch immer noch sehr schwierig.

Wo ist die Lage am schlimmsten?

Rehman Chishti, ein muslimisches Parlamentsmitglied in Grossbritannien, schätzt, dass achtzig Prozent der Christenverfolgung in islamischen Ländern stattfindet. Dies deckt sich mit meinen Erfahrungen.

Haben Sie Zahlen, um diese Entwicklung zu dokumentieren?

Rupert Shortt, ein säkularer britischer Journalist, hat in seinem jüngsten Werk, «Christianophobia», eine wertvolle Zusammenstellung publiziert. Aber es ist schwierig, die Verfolgung zu quantifizieren. Baubeschränkungen für Kirchen, Zerstörung von Gebetsstätten, tägliche Schikanierungen sind kaum zu beziffern. Furcht kann man nicht in Statistiken erfassen.

Massimo Introvigne, der ehemalige OSZE-Vertreter für den Kampf gegen Rassismus

und Diskriminierung, sorgte vor zwei Jahren für Aufsehen mit seiner Aussage: «Alle fünf Minuten wird ein Christ ermordet.» Gibt es Belege dafür?

Vor wenigen Tagen hat der ständige Vertreter des Heiligen Stuhls bei der Uno in Genf diese Zahl indirekt bestätigt. Laut dem Vatikan werden jedes Jahr 100 000 Christen wegen ihres Glaubens getötet. [Das entspricht knapp einem Toten alle fünf Minuten, Anm. d. Red.] «Glaubwürdige Untersuchungen», so der Vatikan, seien zu diesem schockierenden Ergebnis gekommen.

Dramatisch ist offenbar die Lage im Irak. Stellen wir uns vor, wir würden das Interview nicht in Zürich, sondern in Mosul führen: Was würden wir in der ehemaligen Hochburg der orientalischen Christen antreffen?

Im ganzen Irak und auch in Mosul wurden Kirchenführer verschleppt, vertrieben, getötet. Rund die Hälfte von der einstigen Million Christen ist seit dem Sturz Saddam Husseins geflüchtet. Die übrigen haben zu grossen Teilen ihre angestammten Gebiete verlassen und leben als Vertriebene im eigenen Land. In den

«Westliche Medien wie auch Politiker haben den arabischen Frühling missverstanden.»

letzten zwei Jahren hat sich die Lage zusätzlich kompliziert: Viele sind nach Syrien geflüchtet und kommen nun infolge des heftigen Bürgerkriegs wieder zurück in den Irak. Einige bedrohte Religionsgruppen haben in Syrien ihre eigene Miliz formiert und bauen Mauern um ihre Siedlungen. Nicht die Christen. Sie sind sehr exponiert.

Sie haben 2003 eine Intervention im Irak propagiert. Bereuen Sie diesen Appell angesichts des christlichen Leids im Stammland Abrahams?

Ich unterstützte die Intervention, weil die Flugverbotszonen zum Schutz der Kurden und der Sumpfaraber nicht für immer aufrechterhalten werden konnten. Saddam war zu seinem eigenen Volk in beispielloser Weise brutal. Assads Vorgehen ist nichts im Vergleich. Die alliierten Invasoren machten viele Fehler, die Entlassung von Polizei und Armee zum Beispiel oder das Arbeitsverbot für Baathisten. Aber es stimmt: Die Christen sind heute schlimmer dran als damals. Sie hatten ein besseres Leben unter Saddam.

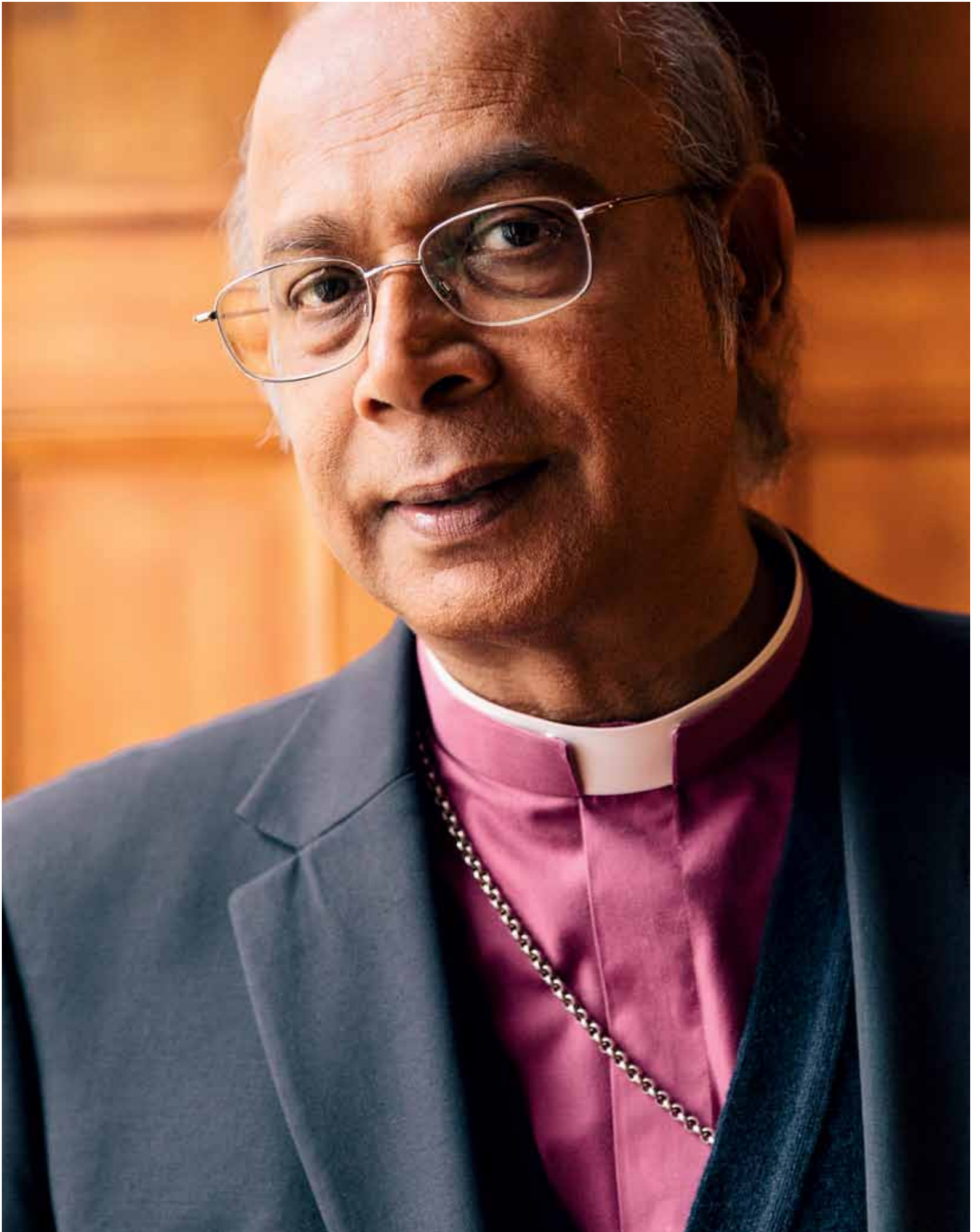
Mit viel Enthusiasmus sind vor gut zwei Jahren Menschen in Tunesien, Ägypten und Libyen gegen ihre Tyrannen aufgestanden. Welche Bilanz des arabischen Frühlings ziehen Sie aus christlicher Warte?

Grundsätzlich ist ihr Leben stärker eingeschränkt. Als ich die ersten Bilder vom Tahrir-Platz in Kairo sah, wurden Erinnerungen an Teheran 1979 wach. Es war dieselbe beunruhigende Mischung aus Säkularen und Islamisten. Im Iran waren sie damals nur in einem vereint: den Schah zu stürzen. Selbst die Kommunisten mischten mit. Als die Mullahs an der Macht waren, entledigten sie sich rasch ihrer Partner. Auch als sie vor zwei Jahren in Ägypten Mubarak los waren, kam die wahre Agenda der Islamisten ans Tageslicht. Westliche Medien wie auch Politiker haben den arabischen Frühling missverstanden. Die prägende Rolle spielten stets die Salafisten und die Wahhabiten. Sie benutzten die säkularen Gruppen, um der Welt das Gefühl zu geben, dass alles eine Bewegung der säkularen Jugend sei. Doch das war nie der Fall. Die Rolle der Frauen in der Gesellschaft, die Meinungsfreiheit, nicht bloss für Christen, wurden reduziert. Ich habe keinen einzigen christlichen Führer getroffen, der den sogenannten Frühling am eigenen Leib erlebt hat und nicht in grosser Sorge um die Zukunft seiner Gemeinde ist.

Wie steht es um die 1,6 Millionen Christen in Syrien?

So schrecklich sich das Regime in Syrien derzeit gebärdet, muss man doch konstatieren: Unter Assad, sowohl dem Vater wie dem Sohn, blieb das delikate Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Glaubensgruppen erhalten. Die Lage heute ist dramatisch. Es sind die Radikalen, nicht die Moderaten, welche bei den Rebellen bestimmend sind. Wir verzeichnen Angriffe auf Kirchen, viele Christen flüchten aus Syrien. Die meisten sind allerdings noch im Land. Sie rücken hinter die Sicherheitslinien der Regierung. Sollte Assad fallen, würden wahrscheinlich viele Christen in den Libanon zu fliehen versuchen. Somit würde das fragile Gleichgewicht des Völker- und Konfessionsgemisches dort auch aus der Balance geraten.

Christen sind heute die meistverfolgte Glaubensgemeinschaft auf der Welt. Eigentlich müsste ein Aufschrei durch unsere Zivilisation gehen. Weshalb schweigen Medien, Politiker und selbst Glaubensvertreter? >>>



«Individuelle Spiritualität ist nicht genug»: Bischof Nazir-Ali.

Ein offensichtlicher Grund ist, dass man die bereits bedrohten Menschen nicht weiter in Gefahr bringen will.

Ist Zurückhaltung eine gute Politik?

Zurückhaltung ist ehrenhaft. Zu gewissen Zeiten mag das gut sein. Aber es gibt wenige ehrenhafte Gründe für das Schweigen. Die US-Kommission für internationale Religionsfreiheit veröffentlicht jedes Jahr einen Bericht über die Menschenrechtssituation. Es ist ein sehr guter Report, ausser in Bezug auf Saudi-Arabien. «Gegenüber diesem Land hat der Präsident der USA von seinem Recht auf Verzicht Gebrauch gemacht», steht im Bericht. Wirtschaftsinteressen, Investitionen sind offenbar wichtiger als Kritik am Menschenrechtsstatus.

Saudi-Arabien finanziert in vielen muslimischen Ländern Moscheen, Schulbücher, Studienzentren, Waffenlieferungen und schürt Hass auf Andersgläubige. Warum nennen christliche Würdenträger solche Missstände nicht dezidiert beim Namen?

Ich habe es versucht. Letztes Jahr hat Grossbritannien seine Entwicklungshilfe an Pakistan im Bereich Erziehung auf 600 Millionen Pfund erhöht. Ich wollte wissen, ob die Gelegenheit nun genutzt werde, die Hasspropaganda zu thematisieren. Ob der radikale Unterricht in den Madrasas angepasst werde. Und das Recht auf Bildung für Mädchen gestärkt werde. Die Antwort der Regierung lautete: «Wir werden diese Dinge hinter verschlossenen Türen besprechen.» De facto wurde das Geld mitunter für die Verbreitung von Extremismus genutzt. Heute sprechen wir in Pakistan nicht von ein paar wenigen Extremisten. Mit Hilfe der Textbücher hat sich ein weites Hinterland von islamistischer Gesinnung entwickelt.

Offenbar ist der Westen machtlos, obwohl er Entwicklungshilfe bezahlt?

Der Missstand muss angesprochen werden, es reicht nicht, Symptome zu behandeln, wenn sie auftreten. Man muss Hilfe an Konditionen knüpfen. Aber Blasphemie- oder Apostasie-Gesetze machen es unmöglich, Auswüchse des Islam in derselben Form zu kritisieren, wie das Christentum kritisiert wird. Als Christ fühle ich, dass ich Muslime lieben sollte, und ich tue es. Aber das soll uns nicht daran hindern, eine militante Ideologie zu kritisieren. Besonders dann, wenn sie die elementaren Freiheiten von Menschen einschränkt. Wer den Islam kritisiert, darf nicht automatisch als islamophob bezeichnet werden. Besonders im Westen müssen Muslime lernen, mit dieser Kritik umzugehen.

Sie haben wiederholt den Zorn Militanter auf sich gezogen...

Ich habe Todesdrohungen erhalten, weil ich offensichtliche Missstände kritisiert habe.

Sie schrieben 2008 in der *Sunday Times*: «Islamischer Extremismus hat Bezirke in britischen Städten in No-go-Zonen für Nichtmuslime verwandelt.»

Als ich in Pakistan tätig war, habe ich von den örtlichen Islamisten Todesdrohungen erhalten. Ich hätte es nie für möglich gehalten, dass das auch in Grossbritannien geschehen kann. Ich musste unter Personenschutz gestellt werden, weil ich das Offensichtliche ausgesprochen hatte. Ich habe über tausend Briefe erhalten, in denen sich Leute für meine Aussage bedanken. Viele Bürger, inklusive Schwulensorganisationen, haben bestätigt, dass es immer mehr Gebiete gibt, die Nichtmuslime nicht mehr betreten dürfen und wo die britischen Sicherheits- und Justizbehörden macht- und hilflos sind. Unterdessen ist der Missstand weitherum anerkannt. In London, in Städten im Norden, selbst in kleinen Dörfern gibt es solche No-go-Zonen.

Was geschieht da?

Es fing damit an, dass Christen aus gewissen Gebieten weggedrängt wurden. Selbst die Verteilung von Kirchenblättern wurde behindert.

Wo war das?

Ich werde nicht sagen, wo, denn Leute, die bedroht wurden, leben immer noch dort.

Wenn Sie den Ortsnamen preisgeben würden, wären diese Leute gefährdet?

Ich muss Vorsicht walten lassen. Inhabern von Büchergeschäften wurde mitgeteilt, sie könnten in dieser Gegend ihr Gewerbe nicht mehr betreiben. In einer muslimisch dominierten Gemeinde sagte selbst die Polizei gegenüber Evangelisten, sie dürften nicht evangelisieren. Wir sprechen nicht von einem Ort im Nahen Osten, sondern von Grossbritannien. Unterdessen gibt es auch Schilder mit diskriminierenden Anweisungen, mit Kleidervorschriften für Frauen, Verbots von Nachtclubs, Schwulenbars etc.

Wo sehen Sie Gründe für diese Entwicklung?

Multikulturalismus hat zu einer Politik geführt, die unsere Gesellschaft nicht als Einheit, sondern als getrennte Gruppen behandelt. Es gibt zu wenige Bemühungen, die verschiedenen religiösen und ethnischen Gruppen zu integrieren. Multikulturalismus hat im Kern nur eine Idee: Toleranz. Toleranz heisst, die Leute in Ruhe zu lassen.

Ist Toleranz gegenüber Fremden nicht eine christliche Tugend?

Die charakteristische christliche Tugend ist Gastfreundschaft. Toleranz in der Form, dass man Leute sich selbst überlässt, fördert keine Integration. Multikulturalismus führte zu isolierten und abgetrennten Zonen, wo es den Leuten an Identität fehlt. Einwanderer haben die alte Identität aus ihren Ursprungsländern verloren, und die neue – britische – Identität konnte nicht heranreifen und Fuss fassen. Extremisten nutzten diese Situation, um in den isolierten Zonen die Leute zu radikalieren.

Bischof Michael Nazir-Ali

Michael Nazir-Ali, 63, stammt aus Karatschi, wo er in eine ursprünglich muslimische Familie schiitischen Glaubens hineingeboren wurde. In seiner pakistanischen Heimat war er als Christ unter dem Militärregime von General Zia ul-Haq mehrfach Verfolgungen ausgesetzt. 1986 erhielt er in Grossbritannien Asyl. 1994 wurde er in Rochester als erster Nichtweisser zum Bischof der anglikanischen Kirche ernannt und leitete den Dialog mit dem islamischen Bildungszentrum Al-Azhar in Kairo. Zehn Jahre gehörte er als Geistlicher Lord dem Oberhaus an. 2009 trat er als Bischof zurück. Seither widmet er sich den wegen ihres Glaubens unterdrückten Christen auf der Welt. Nazir-Ali wird der Gruppe der Traditionalisten in der Church of England zugerechnet. Er ist ein Befürworter der Frauenordination. Die Weihe von homosexuellen, nicht zölibatär lebenden Priestern und die Segnung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften lehnt er ab. (geh)

Ist es nicht etwas billig, radikale Muslime für die Entstehung von Parallelgesellschaften verantwortlich zu machen?

In der Tat müssen wir zuerst bei uns nach Missständen suchen. Das Problem ist nicht in erster Linie der Islamismus, sondern der Mangel an Vertrauen in die eigene Kultur, die eigene Herkunft und die jüdisch-christliche Tradition. Der aggressive Säkularismus hat diese Tradition unterminiert. Wir haben im Westen heute ein moralisches und spirituelles Vakuum. Also darf man nicht überrascht sein, wenn der Islam das Vakuum füllt. Die beiden Messermörder von Woolwich, die neulich einen britischen Soldaten niedergestochen haben, sind keine gebürtigen Muslime, sondern Konvertiten. Grossbritannien steht mit der Krise des Multikulturalismus nicht allein da, wie die jüngsten Revolten in Schweden gezeigt haben. Ich habe wiederholt darauf hingewiesen, dass es für Europa essenziell ist, seinen moralischen und geistigen Nerv zu erhalten.

Meinen Sie damit die Rückbesinnung auf eigene Traditionen und den Glauben?

Genau. Der Gründer des World Economic Forum, Klaus Schwab, ist sehr besorgt um die Zukunft von Europa. Natürlich denkt er zuerst an die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. Wirklich grosse Sorge bereitet ihm die mangelnde Kommunikation zwischen den Generationen. Diese Kommunikation funktioniert auf drei Arten: über Familie, Schule und Kirche. Die Familie ist in der Krise. Die Schule wurde zu einem Terrain für politische Korrektheit.

Und die Kirchen sind leer.

Wir müssen alle drei Bereiche stärken. In einer Familie zu leben, bedeutet mehr, als nur einen Kühlschrank zu teilen. Was die Schule betrifft, müssen wir lernen: So etwas wie eine wertfreie Erziehung gibt es nicht. Wir müssen sicherstellen, dass Religion als soziale Kraft wieder bedeutend wird. Individuelle Spiritualität ist nicht genug.

Das klingt alles sehr theoretisch. Wie wollen Sie Menschen überzeugen, die sich der christlichen Kirche entfremdet fühlen oder religionsfrei leben wollen?

Wir brauchen ein Modell-Bezugssystem. In allen Lebenssituationen bedürfen wir eines moralischen Kompasses. Er basiert auf der Tradition, nach welcher wir hier seit Jahrhunderten leben.

Was schlagen Sie konkret vor? Obligatorischen Religionsunterricht?

Was Jugendliche in Geschichte lernen, sind Daten und Namen von Personen. Was sie zu wenig kennen, ist der Lebensfluss der Nation, wie unsere Grundwerte entstanden sind. Zum Beispiel in Grossbritannien kann die Entwicklung der persönlichen Freiheit zurückverfolgt werden bis ins Jahr 800 n. Chr. König Alfred, genannt der Grosse, legte nach erfolgreicher Abwehr der Wikinger die Grundlagen für eine Vereinigung der angelsächsischen Kö-

nigreiche und veranlasste die Niederschrift des Common Law in einer Gesetzessammlung. Er sorgte dafür, dass das Grundgesetz in England gemäss biblischen Prinzipien ausgestattet wurde. Anselm von Canterbury weigerte sich, Heinrich I. zu krönen, bevor dieser die «Charter of Liberties» unterzeichnet habe. Diese Vereinbarung war die Vorgängerin der Magna Charta, der Bill of Rights (1689) und führte zur Kampagne für die Abschaffung des Sklavenhandels. All das geschah unter expliziter christlicher Führung. Dies wird in der Schule kaum mehr gelehrt. Damit fehlt die Basis für das Verständnis unserer Geschichte und Kultur.

Welche Bedingungen sollte ein Einwanderer erfüllen, wenn er die Staatsbürgerschaft eines europäischen Landes annehmen will?

Die Sprache ist wichtig und die Geschichte. Was Einwanderer lernen müssen, ist vor allem Verständnis für Glauben und Werte, auf denen Europa basiert. In Europa wurden im Namen des Christentums viele Fehler gemacht, aber letztendlich war es das Christentum, das zu Bürgerrechten und -freiheiten geführt hat. Wenn die Menschen dies nicht anerkennen, werden sie nicht zu einem gemeinsamen Gut beitragen können.

Sind Gesetze wie das Burkaverbot in Frankreich oder das Minarettverbot in der Schweiz Ihrer Meinung nach sinnvoll? Schürt man

damit nicht vielmehr Zwietracht und demontiert die Glaubensfreiheit?

Einige Geistliche sagten, Minarette seien wie Kirchtürme. Sie würden die Zeit angeben und zu Gottesdienst und Gebet aufrufen. Aber der Vergleich hinkt. Vom Minarett aus wird fünfmal täglich ein lautstarkes Manifest einer Glaubenskonfession verkündet. Warum sollten alle anderen, der Atheist, der Agnostiker, der Christ usw., zuhören müssen? Ich bin gegen ein vollständiges Minarettverbot, aber was stört, ist der Lautsprecher.

Viele Menschen sehen in den Minaretten ein Zeichen für eine kulturelle Dominanz. Ist dieser «Krieg der Symbole» nicht unwürdig für eine aufgeklärte Gesellschaft?

Wann immer ich in Südlondon, das zu meiner Diözese gehörte, unterwegs war, dankte ich Gott für die afrikanischen und karibischen Kirchen. Sie sind nun die sichtbare Präsenz des Christentums in vielen Teilen Londons. Aber ich würde nicht sagen, das Kriterium gegen Minarette ist deren physische Dominanz. Während Jahrhunderten haben Juden und Christen in islamischen Ländern die Erfahrung gemacht, dass Moscheen vor die Synagogen und Kirchen gebaut wurden, um sie zu verstecken. Dies geschieht auch heute noch, zum Beispiel in Nigeria. Christen sollten sich nicht vom Dominanz-Gedanken leiten lassen. Was immer neu gebaut wird, sollte ins Bild des Bestehenden passen. ○



FM 93.6
RADIO 10 DIE WELTWOCHEN

ROGER G E G E N RÖGER

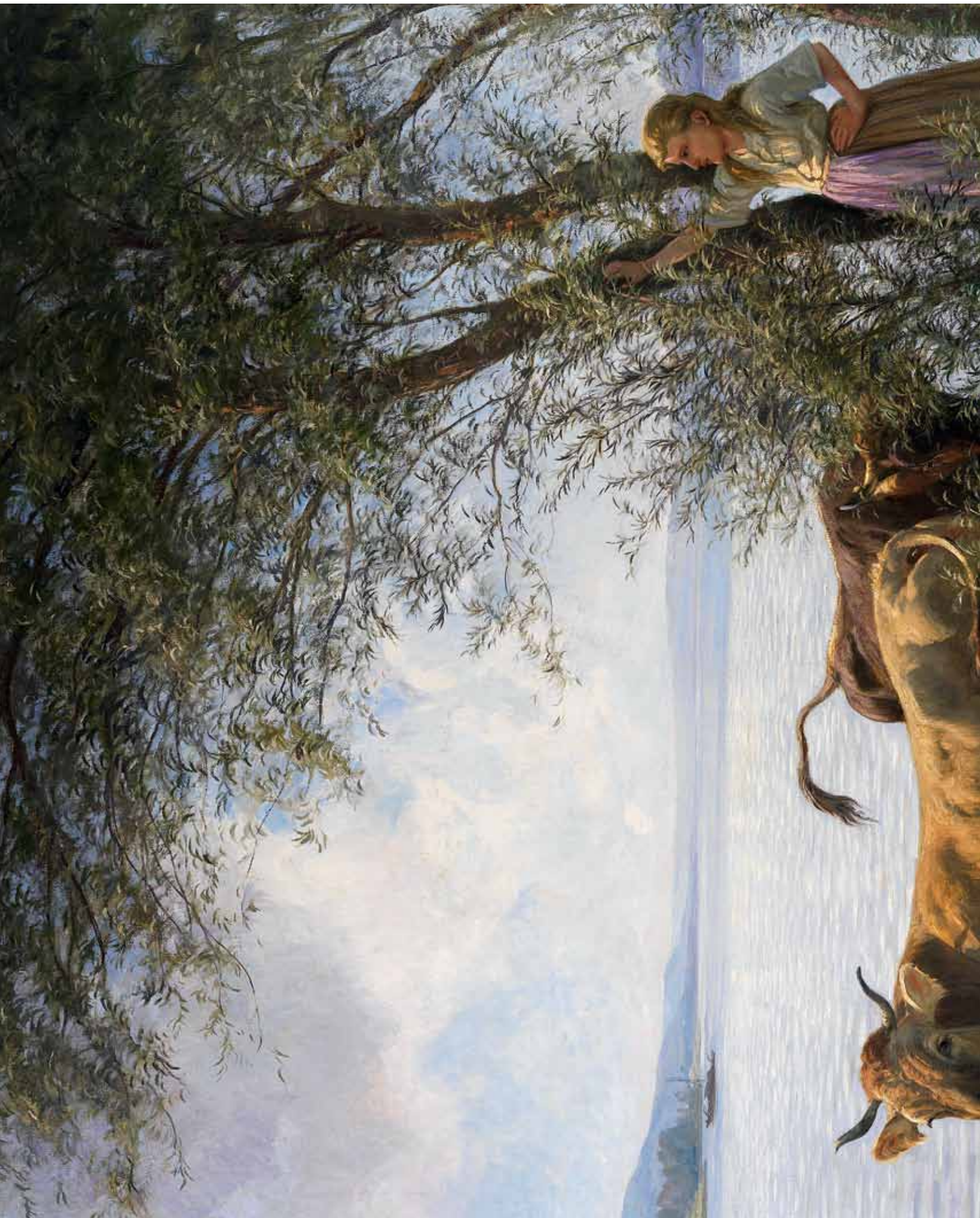


ZWEI STANDPUNKTE, ZWEI MEINUNGEN.

LIVE AUS DEM KAUFLEUTEN AM PELIKANPLATZ IN ZÜRICH
10. JUNI 2013 · 18:00 BIS 18:50 UHR · TÜRÖFFNUNG 17 UHR

EINTRITT NUR MIT ANMELDUNG UNTER TICKETS@RADIO1.CH (PLATZZAHL BESCHRÄNKT).







Schmuck nach der heilen Welt: Rudolf Kollers «Kühe mit Hirten am See», 1884.

Stil & Kultur

Nachmittag mit Damen

Von *Dantele Muscicono*

Vier Damen beim Tee, drei behufte Hornvieher und ein blossfüssiges Zopfmädchen. Die Szene ist ein Stück Wehmut und ein Packen Sehnsucht. Sehnsucht nach der heilen Welt. Wäre man zu dieser Stunde nicht gerne zugegen gewesen? Bei dem träumenden Kind, bei den glotzüngen Feuchtmäulern? Ohne freilich allzu Genaues wissen zu wollen: Geht das Kind zur Schule? Besitzt es keine Schuhe,

oder muss es sie schonen? Und wie steht es um die gehörnten Damen? Hält man sie artgerecht? Wie lange darf sich das Kälbchen noch seines Lebens freuen? Ist heute sein letzter Tag – und morgen ist es des Mädchens Wurst? Fragen über Fragen, die man des ruhigen Gewissens wegen besser ad acta legt.

Hier wird Sehnsucht geschürt, und diese ist besonders gross, wenn man weiss: Das Idyll war dannzumal ein stadtzürcherisches. Die Szenerie soll sich 1884 am Ufer des Zürichsees zugetragen haben, an den privaten Gestaden des Gutsbesitzers und Tiermalers Rudolf Koller. Koller? Er schuf die legendäre «Gotthardpost», ein Auftragswerk der damaligen Schweizerischen Nordostbahn

für ihren scheidenden Direktor, den Eisenbahnpionier Alfred Escher.

Schöne Kunst von Albert Anker zeigt gegenwärtig das Museum zu Allerheiligen in Schaffhausen. Dabei stellt das Haus Anker Künstlerkollegen zur Seite wie Rudolf Koller. Was die Absicht des Vergleichs sei, bleibt das Geheimnis der Kuratoren. Doch freuen soll man sich über die Wiederbegegnung mit Koller, denn hier geschieht Richtiges.

Anker war ein gängiger Marktkünstler des 19. Jahrhunderts, er war und ist der Liebling der bürgerlichen Mitte, die im Gefälligen ihren Frieden findet. Koller hingegen ist der grosse Vergessene unter den Realisten. Über raschend ist das nicht. Wo Anker nach dem

Geschmack der *Vox populi* malte, stand Koller anderes im Sinn: Der Sohn eines Metzgers war ursprünglich Pferdemaier, wollte Tiermaier sein und nichts anderes. Ist darin nicht eine Skepsis zu lesen gegenüber dem König der Tiere, dem Menschen? Zu einer Zeit, da das Tier auf der Stufe seelenloser Kreaturen stand, entschied sich Koller für dieses geringe Sujet. Das adelt ihn und seine Bilder. Koller ein Tierschützer vor Erfindung des Begriffs? Man soll die Sehnsucht nach einem glücklichen Ende wohl besser nicht strapazieren.

Albert Anker und der Realismus in der Schweiz:
Museum zu Allerheiligen, Schaffhausen, bis 1. September 2013

Bestseller

Belletristik

- 1 (1) **Dan Brown: Inferno** (*Bastei Lübbe*)
- 2 (–) **Donna Leon: Tierische Profite** (*Diogenes*)
- 3 (2) **Jonas Jonasson: Der Hundertjährige ...** (*Carl's Books*)
- 4 (3) **Jean-Luc Bannalec: Bretonische Brandung** (*Kiepenheuer & Witsch*)
- 5 (6) **Susan Elizabeth Phillips: Wer ja sagt, muss sich wirklich trauen** (*Blanvalet*)
- 6 (5) **Martin Walker: Femme fatale** (*Diogenes*)
- 7 (4) **Blanca Imboden: Wandern ist doof** (*Wörterseh*)
- 8 (–) **Vina Jackson: 80 Days – Die Farbe der Sehnsucht** (*Carl's Books*)
- 9 (7) **Jean-Luc Bannalec: Bretonische Verhältnisse** (*Kiepenheuer & Witsch*)
- 10 (8) **Tess Gerritsen: Abendruh** (*Limes*)

Sachbücher

- 1 (3) **Duden: Die deutsche Rechtschreibung** (*Bibliographisches Institut*)
- 2 (1) **Alain de Botton: Religion für Atheisten** (*S. Fischer*)
- 3 (9) **Bronnie Ware: 5 Dinge, die Sterbende am meisten bereuen** (*Arkana*)
- 4 (5) **Jamie Purviance: Weber's Grillbibel** (*Gräfe und Unzer*)
- 5 (2) **Wilfried Meichtry: Mani Matter** (*Nagel & Kimche*)
- 6 (7) **Jacky Gehring: Body Reset – Das Kochbuch** (*Weltbild*)
- 7 (4) **Eben Alexander: Blick in die Ewigkeit** (*Ansata*)
- 8 (6) **Jacky Gehring: Body Reset – Das Erfolgsprogramm** (*Weltbild*)
- 9 (8) **Rolf Dobelli: Die Kunst des klaren Denkens** (*Hanser*)
- 10 (10) **Richard David Precht: Anna, die Schule und der liebe Gott** (*Goldmann*)

Quelle: Schweizer Buchhändler- und Verlegerverband SBVV/Mediacontrol

Apropos: Handy im Konzert

Der polnische Pianist Krystian Zimerman hat am Montagabend ein Konzert in der Essener Philharmonie unterbrochen, weil ihn ein Zuschauer auf der Empore mit dem Handy filmte. Zimerman sagte, ihm seien schon Plattenprojekte abgesagt worden mit der Begründung: «Entschuldigung, das ist schon auf Youtube.» Ob ein verwickeltes Handyfilmchen tatsächlich «Diebstahl am Künstler» ist, sei dahingestellt, sein Eingreifen ist aber in jedem Fall zu begrüßen. An Popkonzerten sind Zuhörer, die anstatt auf die Bühne auf den Handybildschirm starren, schon fast in der Mehrzahl, bei anderen Grossanlässen sieht es nicht anders aus. Das Klassikkonzert ist eine der letzten handyfreien Zonen. Dies sollte bewahrt werden. (rb)

Literatur

Flache Bäuche und schöne Bikinis

Jonas Lüscher mischt in seinem Erstling «Frühling der Barbaren» die Finanzkrise auf: turbulent, fantasievoll und unerschrocken. Ein Lesevergnügen ist er auf jeden Fall. Von Pia Reinacher



Rollkoffer in der Wüste: Autor Lüscher.

Darauf hat man lange gewartet: auf einen neuen Schweizer Autor, der wilde Geschichten erfindet und sie zur besten Unterhaltung des Lesers erzählt. Hier ist er: der eigene Ton, der Stoff, der den schnöden geldgierigen Zeitgeist reflektiert, ironisch parodiert und alles in eine fantasievolle Geschichte gepackt. Seit Dorothee Elmigers Erstling, «Einladung an einen Waghalsigen» (2010), hielt man vergeblich danach Ausschau. Diese Novelle gehört zu den beachtlichsten helvetischen Debüts seit Jahren.

Der Schweizer Fabrikerbe Preising, Vorstandsvorsitzender des Weltmarktführers für Wolfram-CBS-Schaltungen, wird auf seiner Geschäftsreise in einem tunesischen Luxusresort Zeuge von Hochmut und Fall der Finanzschickeria. Reiche und dekadente, hochmütige und korrupte Jungbanker aus London feiern eine pompöse Hochzeit. Schöne Menschen mit flachen Bäuchen und braungebrannten Beinen in schönen Bikinis treffen sich am Rande des Swimmingpools zu hohlen gesellschaftlichen Ritualen. Am anderen Morgen ist es vorbei mit dem Vergnügen. In London ist die Finanzkrise ausgebrochen. Das britische Pfund saust ins Bodenlose, der Premier verkündet den Staatsbankrott. Arbeitsplätze sind gekündigt, Boni verebbt. Die Bankomaten spucken keine Geldscheine

mehr. Kreditkarten sind gesperrt. Jetzt bricht unter der dünnen Schicht anerzogener Zivilisationsreflexe das Chaos durch. Die geschneigelt Jungbanker rotten sich unter der Leitung eines Irakkriegsveteranen zusammen, zerstören das Wellnessparadies und ziehen als wilde Horde in die Wüste. Am Ende sieht man sie – prächtiges Bild – in der Abenddämmerung mit den Rollkofferchen durch die Wüste irren.

Eigenwilliger Schwadronneur

Jonas Lüschers Novelle demonstriert, wie sehr sich inzwischen die globalisierte Welt auch in der Schweizer Literatur niederschlägt. Die Mischung aus Dekadenz, Raffgier und Unberechenbarkeit sowie die Angst vor der ökonomischen Krise grundieren den Erstling. Der 37-jährige Autor, der früher als Primarlehrer, Kamera-Assistent und Drehbuchautor arbeitete, studierte an der ETH Zürich Philosophie und schreibt an seiner Dissertation. Seine Novelle ist mit all diesen Ingredienzien imprägniert – im Guten wie im Schlechten. Ungewöhnlich ist der Ansatz seiner wissenschaftlichen Arbeit: Lüscher will zeigen, dass man zur Meisterung der Finanzkrise sich besser auf Erfahrungen aus Film und Literatur verlassen sollte als auf Computermodelle. Keine Simulation könne die Auswirkungen der Finanzkrise derart hautnah kommunizieren. Wohl wahr in Zeiten, in denen die Zeitgenossen der Exaktheit der Finanzwissenschaft misstrauen und darin eher eine Mischung aus Gigantismus, Narzissmus, Selbstüberschätzung und kindlichen Wunschgierprojektionen sehen.

Dieses Buch liefert zur Theorie das romaneske Planspiel, das die klassischen Tugenden und Laster ausmalt. Nicht verschwiegen sei, dass bei all den prägnanten Bildern, kühnen Pointen und Anspielungen auf den Zeitgeist die Zusammenhänge der Finanzkrise doch etwas oberflächlich daherkommen, den Figuren die notwendige Tiefenschärfe fehlt, um ihren bizarren Antrieb zu entlarven, und die Sprache sich grundlos ab und zu schlendrianisch und altbacken gibt.

Das ändert nichts daran, dass hier ein eigenwilliger Schwadronneur die Literaturszene betreten hat.

Jonas Lüscher: *Frühling der Barbaren*. C. H. Beck. 125 S., Fr. 23.90

Vergiftete Paradiese

Bei Max Ernst ist die Kunst ein Feldstecher in utopische Welten. Die Fondation Beyeler widmet dem Jahrhundertkünstler eine grosse Retrospektive. *Von Daniele Muscionico*



Picasso des Surrealismus: «La ville entière» von Max Ernst, 1935/36

«Ein Albtraum! Die reine Katastrophe!» Das Resümee der ersten Kritiker auf die Bilder des deutschen Malers Max Ernst war einhellig. Nein, das war keine Kunst, sondern – nun ja – eine Zumutung. Ein Affront und eine Beleidigung geschmackssicherer Bildungsbürger und ihrer Werte.

Wenn jetzt die Fondation Beyeler den ganzen Max Ernst in einer grossen Retrospektive versammelt, so präsentiert sie dem Publikum nicht nur eine Position in der Kunstgeschichte, deren Relevanz längst fraglos ist – in der aussergewöhnlichen Vielfalt seiner Stile und Techniken ist Max Ernst (1891–1976) für Dada und Surrealismus, was Picasso für die Kunst des 20. Jahrhunderts als Ganzes ist. In Reihen blättert sich aufs schönste auch ein zeitgenössisches Lehrstück auf. Just vor dem Ereignis der kommenden Kunstmesse Art Basel darf man mit Max Ernst die geschäftsschädigende Behauptung wagen: Kunst kommt nicht von Kaufen! Kunst ist das Gegenstück des Kunstmarkts – Kunst ist unser drittes Auge, ein Feldstecher in utopische Welten jenseits der benennbaren.

Bei Max Ernst ist sie Prophezeiung. Erschüttert von den Ereignissen des Ersten Weltkriegs, führten die Surrealisten die «böse Ahnung» in die Kunst ein. Auch Ernst nahm immer wieder zum politischen Tagesgeschehen Stellung. Er

tat dies in seiner vorausahnenden, visionären Art. Doch sein Werk sollte nie eine ideologische Waffe sein, sondern Ausdruck der eigenen Empfindungswelt. Nach den Wald- und den Hordenbildern setzt er seinen Kommentar zum Weltgeschehen in grosse Bildsujets um.

Übereinander getürmte Farbschichten

Wen er Natur malte, verzichtete er auf alles Berührende, Liebliche und räumte die Landschaft zur Einöde leer. Es sind mythische, märchenhafte Schauplätze, auf welchen Vergangenheit und Zukunft aufhören, Kategorien der zeitlichen Orientierung zu sein. In der Serie «Die ganze Stadt» kämpfen die Reste einer erhaben über einer Mauer thronenden Festung mit dem Wildwuchs im Vordergrund um den Bildraum.

Mitte der dreissiger Jahre schuf Max Ernst fantastische Ruinenstädte aus übereinander getürmten Farbschichten und in einer neuen Kratz- und Schichttechnik. Das ist die kommende Stadt, toter Stein, die Natur als Nutzniesserin, sie wird das, was Zivilisation war, wieder zu dem Ihrigen machen. Der Künstler am Vorabend des Zweiten Weltkriegs, ein Rufer in der Wüste. Halluzination und bildgewordene Vision als prophetische Vorahnung.

Max Ernst: Fondation Beyeler, Reichen, bis 8. 9. 2013

Die Quersumme des Jazzgesangs

Von Peter Rüedi

Cécile McLorin Salvant, eine neue Jazzsängerin, der die gesamte Jazzpresse zu ihren zierlichen Füessen liegt, ist, was ihr Name vermuten lässt. Als Tochter eines haitianischen Arztes und einer Lehrerin mit französisch-guadeloupischen Wurzeln 1989 in Miami geboren, ausgebildet am Conservatoire Darius Milhaud in Aix-en-Provence und an der New School (Jazz-Programm) von Bill Kirchner in New York, Siegerin der renommierten Thelonious Monk International Jazz Competition, ausgezeichnet mit dem «Prix du disque» des Hot Club de France, ist sie ein Musterfall für die «Interkulturalität des Jazz».

Des Jazz. Mademoiselle mag den Blues von Bessie Smith, die Raffinement von Billie Holiday, die Virtuosität von Ella Fitzgerald, die Spannweite von Sarah Vaughan, die Krudität von Betty Carter, und sehr gelegentlich spielt sie auch mit einem Hauch jener Laszivität, welche weisse Sängerinnen der fünfziger Jahre beherrschten. Sie liebt alte, mit Vorliebe weniger bekannte Songs und ist gleichzeitig *in and out of tradition*, in der Mischung jedenfalls eine starke und eigenwillige neue Stimme. Die Renaissance der alten Kunst des Jazzgesangs, die der hingerissene Ben Ratliff von der *New York Times* auf ihre schmalen Schultern lädt, ist vielleicht etwas viel der Würde ebenso wie das Staccato von Wynton Marsalis' Komplimenten («Sie hat Gelassenheit, Eleganz, Soul, Humor, Sensibilität, Power, Virtuosität, Stimmumfang, Verständnis, Intelligenz, Tiefe, Grazie»). In unterschiedlicher Dosierung ist allerdings all dies bei Miss Cécile vorhanden, die uns die neue CD als «Woman Child» präsentiert. Auf dem Klischee zwischen Lulu und Lolita ruht sie sich nie aus (die nächstliegenden *theme songs* aus den kryptopädophilen Niederungen, «Little Girl Blue» oder «My Heart Belongs to Daddy»), fehlen hier ganz).

Und ein Charakteristikum hat ihr Laudator Marsalis vergessen: die Frechheit, mit der sie und ihre wunderbar bewegliche Band die Songs auf den Kopf stellen, aber nie denunzieren: James Chirillo an Banjo und Gitarre, Rodney Whitaker am Bass, vor allem Aaron Diehl am Piano und Herlin Riley am Schlagzeug.



Cécile McLorin Salvant:
Woman Child. Mack Avenue
MAC 1072

Kennedy bewunderte Hitler

Gleich mehrmals bereiste der spätere US-Präsident John F. Kennedy Deutschland zur Zeit des Dritten Reiches. Jetzt auf Deutsch erschienene Tagebücher und Berichte zeigen seine Faszination für den «Führer». Von René Lüchinger

Es ist im Sommer des Jahres 1937, als zwei junge amerikanische Studenten Anfang Juli mit der «SS Washington» auf den alten Kontinent übersetzen. Im Bauch des Schiffes steht das Ford-Cabriolet, mit dem sie eine Grand Tour durch Europa machen wollen mit Stationen im faschistischen Italien des Benito Mussolini und vor allem auch im nationalsozialistischen Dritten Reich des Adolf Hitler. Der eine führt ein Büchlein mit, welches er mit «My Trip Abroad» überschrieben hat und welches er im Laufe der dreimonatigen Bildungsreise mit persönlichen Tagebuchnotizen füllt.

Bereits der erste Eintrag lässt jedoch darauf schließen, dass der junge Mann seinen Bildungshunger extensiv auslegt. «Sehr ruhige Überfahrt. Ziemlich langweilig die ersten Tage, dann jedoch ein paar Mädels aufgespürt.» Der Schreiber ist gerade zwanzig Jahre alt geworden, ist Harvard-Student und heisst John F. Kennedy, zwei Dutzend Jahre später der 35. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika.

Dass er insgesamt dreimal – 1937, kurz vor Kriegsausbruch 1939 und kurz nach Kriegsende 1945 – das nationalsozialistische und kriegsversehrte Deutschland besucht und

Er fragt sich, ob der Faschismus nicht doch nur die letzte Zuckung des Kapitalismus darstelle.

dabei Tagebuchnotizen, Briefe und Reiseberichte hinterlassen hat, war lange Zeit unbekannt – jetzt ist die Hinterlassenschaft Kennedys erstmals in deutscher Sprache erschienen.

Am 17. August 1937 überquert das Cabriolet, von Innsbruck über die Alpen herkommend, erstmals die deutsche Grenze; neben Kennedy sitzt sein Schulfreund Kirk LeMoyne Billings, den alle nur «Lem» nennen. Im nationalsozialistischen Land sind Parteien und Gewerkschaften längst aufgelöst, das öffentliche Leben weitgehend gleichgeschaltet, und nur



«Die Deutschen sind wirklich gut»: Student Kennedy in Nürnberg, August 1937.

zwei Monate vor der Einreise der beiden Studenten hat der Führer von Partei und Staat, Adolf Hitler, die Weisung für die Kriegsvorbereitung der Wehrmacht herausgegeben. Dennoch erleben die beiden Deutschland-Reisenden ein Land, das sich gewissermassen im Zustand der Ruhe vor dem Sturm befindet. Die pompös inszenierten Olympischen Spiele von 1936, in denen der Welt ein friedliebendes Deutschland vorgegaukelt worden war, waren gerade vorbei, der Anschluss Österreichs, die

«Obwohl die polnischen Mädels nicht so heiss sind, hatte ich richtig viel Spass.»

Einverleibung des Sudetenlands wie auch die Judenpogrome der Reichskristallnacht liegen noch Monate in der Zukunft.

Im Schnelltempo mit Zwischenstopps geht es nach München, der Hauptstadt der braunen Bewegung. Kennedy schreibt: «Zwischenstopp in Garmisch, wo die Olympischen Spiele stattgefunden hatten, dann nach Oberammergau, wo ich Christus sah – Anton Lang. Kamen gegen acht in München an und gingen gleich ins Hofbräuhaus. Hitler scheint hier so beliebt zu sein wie Mussolini in Italien, wenngleich Propaganda seine stärkste Waffe ist.» Am nächsten Tag «spät aufgestanden, nicht gerade frisch. Mit dem Besitzer unterhalten, der ein grosser Hitler-Fan ist. Es besteht kein Zweifel, dass diese Diktatoren im eigenen Land aufgrund ihrer wirkungsvollen Propaganda beliebter sind als ausserhalb.»

«Die besten Strassen der Welt»

Zweifellos ist der spätere Präsident fasziniert von dem, was er hier zu sehen bekommt. Auf der Fahrt nach Köln über Frankfurt notiert er: «Die Städte sind alle sehr reizend, was zeigt, dass die nordischen Rassen den romanischen gewiss überlegen zu sein scheinen. Die Deutschen sind wirklich gut – deshalb rottet man sich gegen sie zusammen, um sich zu schützen...» In Köln besucht der praktizierende Katholik Kennedy im Dom die Messe, und dann geht es weiter in Richtung Niederlande «über eine der neuen Autobahnen, das sind die besten Strassen der Welt. In Deutschland allerdings unnötig, da hier kaum Verkehr ist, in den USA dagegen wären sie grossartig, da es keine Geschwindigkeitsbegrenzung gibt.»

Kennedy ist «völlig eingenommen vom Interesse an der Hitler-Bewegung», registriert sein Schulfreund, und doch fragt sich Kennedy, ob dieser ihm sich so mächtig präsentierende Faschismus nicht doch nur die letzte Zuckung des Kapitalismus darstelle, gewissermassen das Vorspiel zum Kommunismus. «Stimmt das?», notiert Kennedy als letzte Worte.

1939 ist John F. Kennedy wieder in Deutschland – diesmal als Sekretär seines Vaters Jo-

seph P. Kennedy, der im Frühjahr 1938 sein Amt als Botschafter in London angetreten hatte. Im Mai, drei Monate vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, schreibt er in einem Brief: «Ich war ein paar Tage oben in Danzig. Danzig ist vollkommen nazifiziert – jede Menge Heil Hitler.» Er wird Zeuge der sich zuspitzenden Krise zwischen Polen und Deutschen rund um die Freie Stadt Danzig, die schliesslich den Krieg auslöst. «Sollte sich Deutschland zum Krieg entschliessen, wird es versuchen, Polen in die Rolle des Aggressors zu drängen», urteilt Kennedy.

Trotz der ersten weltpolitischen Lage hat der junge Mann auch Augen für anderes. «Obwohl die polnischen Mädels nicht so heiss sind», notiert er, «hatte ich richtig viel Spass.» Und am 20. August, nur Tage vor dem Krieg, schreibt er, diesmal aus Berlin: «Ich denke immer noch nicht, dass es Krieg geben wird, trotzdem sieht es nicht gut aus, weil die Deutschen mit ihren Propagandageschichten über Danzig+ den Korridor schon so weit gegangen sind, dass man sich kaum vorstellen kann, sie könnten noch einlenken.»



Ruhe vor dem Sturm: Diktator Hitler, 1934.

Zwischen dem 28. Juli und dem 2. August 1945, unmittelbar nach Kriegsende, besucht John F. Kennedy erneut Deutschland. Er hat, vermittelt durch seinen Vater, einen Korrespondentenausweis des US-Verlegers William Randolph Hearst in der Tasche, und es ergibt sich die Gelegenheit, den US-Marineminister James Forrestal in das zerstörte Deutschland zu begleiten – unter anderem auch an die Potsdamer Konferenz der drei Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. Danach führt ihn seine Reise von Berlin weiter nach Bremen, Frankfurt bis nach Berchtesgaden und dem berühmten «Adlerhorst» auf dem Obersalzberg.

Für den inzwischen 28-Jährigen sind das bleibende Eindrücke, die er in einem Reisebericht verarbeitet. So heisst es etwa am 28. Juli 1945: «Wir fuhren sogleich nach Potsdam, vorbei an endlosen Reihen russischer Soldaten. Sie standen im Abstand von etwa 40 Yards auf

beiden Strassenseiten – Stalins persönliche auserlesene Garde.» Über die Zukunft notiert er: «Man vermutet, dass die Russen nicht vorhaben, jemals aus ihrer Besatzungszone wieder abzuziehen, sondern dass sie aus ihrem Teil Deutschlands eine Sozialistische Sowjetrepublik machen wollen. Die Frage ist daher, ob es sich die drei anderen Besatzungsmächte leisten können, aus ihren Zonen abzurücken.» Und über die Amerikaner meint er: «Wenn wir abziehen, kann es jedoch sein, dass wir ein politisches Vakuum hinterlassen, das die Russen nur allzu gern ausfüllen werden.»

«Eine der bedeutendsten Persönlichkeiten»

Drastisch sind seine Eindrücke von den Trümmern Berlins. «Alles ist zerstört. Unter den Linden und die Strassen sind verhältnismässig frei, doch gibt es kein einziges Gebäude, das nicht ausgebrannt ist. In manchen Strassen ist der Gestank der Leichen überwältigend – süsslich und ekelregend. Die Menschen haben vollkommen farblose Gesichter. Die Frauen würden für Essen alles tun. Ein oder zwei Frauen trugen Lippenstift, doch die meisten scheinen sich so unscheinbar wie möglich machen zu wollen, um der Aufmerksamkeit der Russen zu entgehen.»

Für Anfang August 1945 ist die letzte Etappe dieser Deutschland-Reise anberaumt: der Obersalzberg. Am Vorabend gibt es zum Abendessen einen Sechsgänger, dazu «Rheinwein und Sekt», notiert Kennedy, «nach dem Essen wurden Zigarren angeboten, die man in Görings gepanzerten Wagen gefunden hatte». Hitlers Wohnsitz, schreibt Kennedy, «war ausgebrannt», und oben auf dem Berg geht es dann in einem Lift bis hinauf in den «Adlerhorst». Dort sind «sämtliche Teppiche, Bilder und Gobelins herausgerissen, die Aussicht jedoch war herrlich – der runde Wohnraum gewährte ringsum einen Blick auf das darunterliegende Tal».

Hier, gewissermassen im Zentrum des privaten Adolf Hitler, versucht John F. Kennedy auf den letzten Zeilen seines Reiseberichts die Faszination dieses Mannes zu ergründen, der er selber sich offensichtlich auch nicht gänzlich entziehen kann. Er schreibt: «Wer diese beiden Orte besucht hat, kann sich ohne weiteres vorstellen, wie Hitler aus dem Hass, der ihn jetzt umgibt, in einigen Jahren als eine der bedeutendsten Persönlichkeiten hervortreten wird, die je gelebt haben. Sein grenzenloser Ehrgeiz für sein Land machte ihn zu einer Bedrohung für den Frieden in der Welt, doch er hatte etwas Geheimnisvolles, in einer Weise zu leben und in einer Art zu sterben, das ihn überdauern und das weiter gedeihen wird. Er war aus dem Stoff, aus dem Legenden sind.»

John F. Kennedy: Unter Deutschen. Reisetagebücher und Briefe 1937–1945. Aufbau. 256 S., Fr. 32.90

Top 10

Knorrs Liste

1	The Broken Circle Regie: Felix Van Groeningen	★★★★☆
2	Iron Man 3 Regie: Shane Black	★★★★☆
3	Side Effects Regie: Steven Soderbergh	★★★★☆
4	Epic Regie: Chris Wedge	★★★★☆
5	Rosie Regie: Marcel Gisler	★★★☆☆
6	Hangover 3 Regie: Todd Phillips	★★★☆☆
7	Fast and Furious 6 Regie: Justin Lin	★★★☆☆
8	The Great Gatsby Regie: Baz Luhrmann	★★★☆☆
9	Star Trek into Darkness Regie: J. J. Abrams	★★★☆☆
10	Nachtzug nach Lissabon Regie: Bille August	★★★☆☆

Kinozuschauer

1 (-)	Hangover 3 Regie: Todd Phillips	122 608
2 (1)	Fast and Furious 6 (3-D) Regie: Justin Lin	53 742
3 (2)	The Great Gatsby Regie: Baz Luhrmann	19 773
4 (3)	Epic (3-D) Regie: Chris Wedge	15 199
5 (-)	Rosie Regie: Marcel Gisler	6 296
6 (7)	Hanni und Nanni 3 Regie: Dagmar Seume	5 715
7 (6)	Der grosse Kanton Regie: Viktor Giacobbo	5 348
8 (5)	Star Trek into Darkness Regie: J. J. Abrams	4 033
9 (8)	The Broken Circle Regie: Felix Van Groeningen	3 604
10 (4)	Iron Man 3 Regie: Shane Black	3 182

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (-)	Django Unchained (Sony)
2 (-)	The Silver Linings Playbook (Ascot Elite)
3 (1)	Der Hobbit (Warner)
4 (2)	Lincoln (Fox)
5 (3)	Jack Reacher (Rainbow)
6 (4)	Gangster Squad (Warner)
7 (-)	Maniac (Ascot Elite)
8 (6)	Die Hüter des Lichts (Rainbow)
9 (8)	Life of Pi – Schiffbruch mit Tiger (Fox)
10 (5)	Frankenweenie (Disney)

Quelle: Media Control



Leben, Wünsche und Sehnsüchte: «The Patience Stone».

Kino

Schreiende Gefühle in steinharter Leere

Eine Afghanin redet sich in «The Patience Stone» aus ihrer Bewusstlosigkeit im Angesicht ihres bewusstlosen Gatten. Ein Befreiungsakt-Thriller. Von Wolfram Knorr

Im kulturellen Umland der dominanten Traumfabrik haben es Filme schon schwer, ein Publikum zu finden; kommen sie aber aus noch fernerer Regionen, etwa den sogenannten Schwellenländern, finden sie höchstens in kleinen, eingeschworenen Gesinnungs- und Betroffenheitszirkeln Interesse. Selbst publizistische Hymnen können das – im hartleibigen deutschsprachigen Kulturraum – kaum korrigieren. Ein typischer Fall ist der Iraner Asghar Farhadi, dessen Filme in Berlin ausgezeichnet wurden, aber im Kino kaum auf Interesse stiessen. Er ging nach Frankreich; dort sah über eine Million sein brillantes Opus «A Separation» (2011).

Nach Frankreich emigrierten auch der afghanische Schriftsteller und Dok-Filmer Atiq Rahimi, der 2008 für seinen Roman «Stein der Geduld» den Prix Goncourt erhielt, und die iranische Schauspielerinnen Golshifteh Farahani, die 2009 in Farhadis «About Elly» mitspielte. Als sie von Beamten des iranischen Ministeriums der Inneren Sicherheit vernommen wurde, sagte ihr ein Beamter, so Farahani laut einem Interview mit *Spiegel* online: «Unser Wunsch wäre, dass ihr alle das Land verlasst. Iran braucht keine Künstler.» Rahimis Roman ist wie ein Filmskript aufgebaut, und so war es nur eine Frage der Zeit, bis daraus auch ein realer Film wurde. Er spielt fast nur in einem kahlen Zimmer, in dem ein Mann im Koma

liegt, betreut von einer jungen Frau, die – wie sich schnell herausstellt – seine Gattin ist. Ein Kammerspiel – aber eines, das es in sich hat. Die Frau, hinter einer schweren blauen Burka, schwankt, sobald sie mal das Haus verlässt, zwischen unterwürfiger, religiöser Treue zum Mann und dem Willen zur Auflehnung, ihrer Befreiung. Mal träufelt sie ihm Benetzungstropfen in die weit offenen Augen, mal reisst sie ihm den Infusionsschlauch aus dem Mund.

Sie wohnt in einem zerstörten Haus in Kabul, draussen wummern die Explosionen, rasseln die Panzer; sie reagiert auf jedes Geräusch, versteckt sich vor Soldaten, die ins Haus dringen, bringt die Kinder bei einer resoluten Tante, die in einem Bordell arbeitet, unter und kehrt trotzdem täglich zu ihrem kranken Ehemann zurück. Sie braucht ihn, weil sie, die ehemalige Statistin ihres Lebens, zur Akteurin ihres Lebens wird. Sie entdeckt ihre Stimme, mit der sie gegen die männliche Rücksichtslosigkeit, die jetzt hilflos vor ihr liegt, aufbegehrt. Aber die Frau spricht nicht nur zu ihrem Mann, von dem sie nicht weiss, ob er alles mitbekommt, sondern zugleich auch zum magischen «Stein der Geduld», der mit der Kaaba in Mekka gleichgesetzt wird. Der Stein, der alle Geheimnisse aufnimmt, bis er eines Tages explodiert. Die Frau erzählt von ihrem Leben, ihren Wünschen und Sehnsüchten. «Du konntest nichts geben», ist ihr bitteres Resümee.

Atiq Rahimi, der zusammen mit dem erfahrenen Drehbuch-Profi Jean-Claude Carrière das Drehbuch schrieb und die Rolle der Frau mit Golshifteh Farahani besetzte, gelang mit «The Patience Stone» ein Psychothriller über eine Frau, die im Angesicht ihres komatösen Mannes über ihr verpasstes Leben reflektiert und sich von den Fesseln eines fundamentalistischen Islam befreit. Es sind die schreienden Gefühle in einer steinharten Leere. Die Monologe der Frau – immer wieder bedrängt von einer bedrohlichen und ängstigen Aussen-Wirklichkeit – werden zu verzweifelten Attacken gegen das Wahnsystem einer erstarrten Welt. Daraus resultiert der unglaubliche Sog von «The Patience Stone». ★★★★★

Weitere Premieren

Before Midnight — Lange ist's her, da lernten sich die Französin Celine (Julie Delpy) und der Amerikaner Jesse (Ethan Hawke) kennen und lieben. Das war in «Before Sunrise» (1995). Neun Jahre später fand das Paar zusammen. Das war in «Before Sunset». Und wieder sind neun Jahre vergangen, und Regisseur Richard Linklater zeigt erste Abnutzungerscheinungen in der tollen Beziehung; das ist in «Before Midnight». In den Ferien in Griechenland wird noch beschwingt getändelt. Aber Jesse hat einen Sohn aus erster Ehe und das Gefühl, sich nicht genügend um ihn zu kümmern. Deshalb



Die Geschichte geht weiter: «Before Midnight».

Fragen Sie Knorr

Freunde behaupten steif und fest, in «Star Trek into Darkness» tauche «Star Wars»-Roboter R2-D2 auf. Ich habe ihn nicht gesehen. Warum das Versteckspiel, wenn's kaum auffällt? J.D., Zug



Regisseure lieben solche Insider-Jokes. Stanley Kubrick etwa liess in «The Shining» (1980) Jack Nicholson auf dem Weg rauf ins Berghotel (in einem gelben Wagen) an einem von einem LKW überfahrenen roten VW-Käfer vorbeifahren. In Stephen Kings litera-

macht er Celine den Vorschlag, nach Chicago zu ziehen, wo der Filius mit seiner Mutter lebt. Das findet Celine gar nicht toll. Mit charmanter Spontaneität und mit vor Witz und Geistreicheleien sprühenden Dialogen keilt der Urlaub zum heftigen Beziehungsknatsch aus. Wie im richtigen Leben sind es unbedachte Worte, die eine Vorwurfs- und Gegenwurfs- und Argumentationslawine auslösen, unter der beide verschütt zu gehen drohen. Das ist nie langweiliges, sinnliches Konversationskino. «Before Midnight» ist der kurzweiligste Teil der Trilogie. ★★★★★



Desolate Zustände: «Nairobi Half Life».

Nairobi Half Life — Man mag es nicht glauben, aber Nigeria produziert nach Indien die meisten Filme; trotzdem hat das Kino einen schweren Stand. Der deutsche Filmer Tom Tykwer («Das Parfum») will helfen, das zu ändern, indem er jungen Filmschaffenden eine Chance gibt. Er leitet Workshops, und nach einem solchen wurde David Tosh Gitonga auserkoren, sein Projekt «Nairobi Half Life» zu verfilmen. Er erzählt die Geschichte eines jungen Provinzlers, der von einer Karriere als Schauspieler träumt, nach Nairobi reist, ausgeraubt wird, sich einer Strassengang anschliesst und so in kriminelle Kreise gerät. Der authentische Blick auf die desolaten Zustände ist packend; die Story, das Spiel dagegen sind ein wenig steif und artig – wie aus dem Filmseminar geraten. ★★★★★

rischer Vorlage knattert der Held in einem roten Käfer rauf. Da King sich mit Kubrick über die Umsetzung seines Romans heftig zerstritt und King stinkesauer war, baute Kubrick die Szene ein, um King zu signalisieren, was er von seiner Kritik hielt. J.J. Abrams' Scherze in «Star Trek» (schon im ersten Film ist R2-D2 zu sehen; aber nur, wenn man's weiss!) sind für die echten Aficionado-Wühlmäuse. Schliesslich soll Abrams die «Star Wars»-Saga neu verfilmen.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Fernseh-Kritik

Untreue Frauen aus dem Altersheim

Von Rico Bandle

Immer dienstags ab Mitternacht nimmt Barbara Bürer eine Stunde lang Anrufe entgegen und hört Leuten zu, die von ihren Problemen oder Erfahrungen berichten. Die Gespräche werden parallel im Fernsehen SRF 1 und im Radio SRF 3 live übertragen. Bürer macht dabei als Meisterin des Mitfühlens Kurt Aeschbacher Konkurrenz: Egal ob jemand an die Wiedergeburt glaubt, wetterfühlend oder todkrank ist, allen und allem steht sie demonstrativ verständnisvoll gegenüber.

Jede Woche wird in «Nachtwach» ein anderes Thema besprochen, zuletzt trugen die Sendungen Titel wie «Ich war ein unglückliches Kind», «Wer bin ich ohne dich», «Meine Eltern sind psychisch krank» oder «Du bist an meiner Seite». Kurz: Es geht immer um Liebe, Schmerz oder Esoterik. Welcher Menschenschlag auf solche «Geschichten aus dem Leben» (SRF) anspricht, zeigte sich letzte Woche besonders deutlich, als über «Ich bin nicht monogam» diskutiert wurde. Da rief zum Beispiel Hanni an, eine 95-jährige Frau, die 64 Jahre lang in einer «guten Ehe» gelebt hatte, «sexuell bin ich aber nicht auf die Höhe gekommen», wie sie sagte. In jungen Jahren habe sie sich mit einem anderen Mann getroffen; sie sei mit ihm «seelisch verbunden» gewesen wie mit keinem anderen Mann, es sei aber sexuell nichts gelaufen. Bürer hört Hanni, die aus dem Altersheim anruft, in Maria-Pose zu, die Hände vor dem Mund aneinandergelegt, als würde sie beten.

Die nächste Anruferin war 85 Jahre alt und erzählte, wie sie nach 30 Jahren «glücklicher Ehe» mit einem alten Schulkollegen fremdgegangen sei. «Das war so eine Erfüllung, wie ich mir das nie hätte vorstellen können.» Sie habe dann ihrem Mann auch die Erlaubnis gegeben, sich mit einer anderen Frau zu vergnügen.

Und was lernt man daraus? Die jungen Leute haben Facebook und Twitter, um ihr Intimleben öffentlich zu machen, die alten das Schweizer Radio und Fernsehen. Das ist echter Service public.

Nachtwach: jeweils in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch, 0 Uhr, TV SRF 1 und Radio SRF 3

Mit Blick auf die Sonnenterrasse

Wetterpech im Hotel «Widder»; steigendes Kunstfieber im «Baur au Lac». Von *Hildegard Schwaninger*



Champagner spendete Trost: Hotelier-Ehepaar Brucker.

Es war die Woche, in der alle nur über das Wetter redeten, und da sollte im Hotel «Widder» die neue Terrasse eröffnet werden. Petrus machte den Organisatoren der «White Nights» einen gewaltigen Strich durch die Rechnung. Die Gäste, fast alle im weissen Beach-Look, mussten die Sonnenterrasse von drinnen bestaunen. Der Champagner, in grossen weissen Kelchen gereicht, spendete Trost und half mit, dass doch fröhliche Stimmung aufkam.

Das «Widder», Boutique-Hotel mitten in der Stadt Zürich, gehört der UBS, und so ist genug Geld da, um es punkto Luxus stets auf dem neuesten Stand zu halten. Die 32 Zimmer und 17 Suiten sind, zwölf Jahre nach der Hotelöffnung, total renoviert und neu eingerichtet worden. Architektin **Tilla Theus**, die das Hotel Anfang der neunziger Jahre konzipiert (aus neun mittelalterlichen Privathäusern wurde ein zeitgenössisches Luxushotel) und in zehnjähriger Umbauzeit zur Eröffnung fertiggestellt hatte, war erneut federführend. Die Kunstsammlung (**Robert Rauschenberg**, **Andy Warhol**, **Le Corbusier**, **Augusto Giacometti**) und die Designmöbel (**Eileen Gray**, **Le Corbusier**, **Charles** und **Ray Eames**, **Josef Hofmann**) und die Audio- und Videoanlagen von **Bang & Olufsen** sind hochwertig und befriedigen die Erwartungen des anspruchsvollsten Gasts. Der fühlt sich, als wäre er in sei-

nem eigenen Studio oder Apartment mitten in der Altstadt.

Jan E. Brucker und seine Frau **Regula** führen das Haus seit 2001, Brucker ist Präsident von **Swiss Deluxe Hotels**, der Vereinigung der führenden Schweizer Fünfsternehotels.

Auch kulinarisch ist das «Widder» auf der Höhe. Zur Hotelbesichtigung wurde man mit einem **Flying Dinner** gestärkt, das auch verwöhnteste Gaumen beglückte. Herausragend: **Rindsfilet-Spiesschen** mit **Foie gras**. Küchenchef ist **Dietmar Sawyere**. Der Schweizer, der



Flying Dinner: «Widder»-Küchenchef Sawyere.

in London, Neuseeland und Australien mehrere Titel einheimste (als ersten Award «**Young Chef of the Year**», 1982), führt seit März das Zepter im mit 15 **Gault-Millau**-Punkten ausge-

zeichneten «**Widder**»-Restaurant. Erfreulich für die Zunft der Metzger, die dort ihre Zunftstube hat.

Unter den circa 400 Gästen: Banker und Geschäftsleute, Gastronomieprominenz wie **Martin Candrian** und **Emanuel Berger** (früher Direktor des «**Viktoria Jungfrau**» in Interlaken, heute VR im «**Widder**») mit ihren Frauen und Grössen aus dem TV- und Showbusiness wie **Katja Stauber** und **Florian Inhauser** und **Michael von der Heide**, der gerade an den Wiener Festwochen in einer Produktion von **Christoph Marthaler** einen Auftritt hatte.

Die Art Basel naht (VIP-Vernissage am nächsten Mittwoch), und schon befindet sich die halbe Schweiz im Kunstfieber. Ein Kunstanlass jagt den nächsten. **Gigi Kracht**, die Frau von Hotelier **Andrea Kracht**, lädt in den Garten des «**Baur au Lac**» zum bereits traditionellen «**Art in the Park**»-Cocktail, wo man sicher sein kann, dass man die halbe Goldküste trifft. Überall finden intime Diners statt, die Künstler ins Gespräch und den Handel in Schwung bringen sollen. Hochkarätig (was die Gäste betrifft) geht es immer her, wenn **Christina Gmurzynska** und ihre Tochter **Isabelle Bscher** einladen. Diesmal ins Restaurant «**Metropol**» in Zürich, zu Ehren von **Robert Indiana** und seinen «**Monumental Woods**». **René Brogli**, der Immobilien-Unternehmer, der mit einem eigenen Museum in



Halbe Goldküste: Gigi und Andrea Kracht.

Roggwil die Branche aufhorchen liess (der *art lover* sammelt und zeigt, ohne Hilfe eines Kunstberaters, genau das, was ihm gefällt), gibt eine grosse Kunstparty in seiner **Bromer Art Collection**. Die «**Summer Night Party**» steigt am 13. Juni. Diesmal ohne Hilfe des PR-Agenten **Claudio Righetti**, der zur Eröffnung **Ursula Andress** anschleppte. Etwa 500 Gäste werden erwartet, die Künstlerin **Sophie Calle** hat zugesagt. Es wird eine Surprise-Party, René Brogli verrät nur so viel: «Alles ist in grün inszeniert. Alles, was gegessen wird, ist grün.» Bei der Eröffnung war alles weiss.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Mehr als bisher

Die Krankenpflegerin Véronique Kanga, 34, und der Immobilienunternehmer Peter Zwahlen, 48, haben im Mai geheiratet. Es herrscht Aufbruchstimmung.



«Leichtes Gefühl»: Ehepaar Zwahlen-Kanga.

Peter: Sowohl Véronique wie auch ich haben das zweite Mal geheiratet. Diese Ausgangslage war für uns beide eine Herausforderung. Eine Herausforderung an uns selber, aber auch an das Umfeld. Dabei vor allem auf andere zu schauen, ist dennoch nicht zielführend. Trotzdem, die Vergangenheit mit meiner Ex-Frau zu bereinigen, sich vergeben zu können, war für mich sehr hilfreich und gleichsam eine Basis für einen Neuanfang. Es hat mich bewegt, wie bemerkenswert meine erste Frau mit der herausfordernden Situation umgegangen ist. Den wirklichen Charakter eines Menschen lernt man vielleicht gerade unter solch heiklen Lebensumständen kennen. Gewisse Kirchenoberhäupter wollen die Thematik Wiederheirat eingrenzen: Sie haben die Differenzierung von Gnade und Gesetz wohl nicht wirklich erkannt. Denn Gnade wird in der Bibel mit dem Himmel verglichen, und so reiht sich daher letztlich auch das Gesetz darunter.

Véronique: Ich kam vor zwölf Jahren in die Schweiz, und bisherige partnerschaftliche Erfahrungen in Europa prägten mein Bild. Mit Peter erkannte ich, dass es noch mehr gibt als das Bisherige: Nicht die Louis-Vuitton-Tasche, sondern das ans Bett gereichte Glas Wasser in der Nacht macht den Unterschied aus. Peter entspricht auch in Sachen Auftreten und

Charme meinen Vorstellungen von einem Traummann: Ihn umweht ein Hauch von Kevin Costner, er hat auch einen guten Charakter und Wertvorstellungen, die mit meinen übereinstimmen zudem ist er humorvoll und spirituell.

Peter: Als wir uns kennenlernten, sprach mich Véroniques Weiblichkeit an. Sie erinnerte mich an die junge Whitney Houston. Später entdeckte ich, dass sie unkonventionell, anpassungsfähig und doch eigenständig ist und der Glaube an Gott auch bei ihr ein Fundament darstellt.

Véronique: Alles, was nicht gut war, will ich hinter mir lassen und nach vorne schauen. Ich habe einen Ex-Mann, dem es nicht unwichtig ist, dass ich glücklich bin. Auch wenn man bereits geschieden ist, gibt es unter Ex-Partnern immer Raum für eine solche Erkenntnis. Letztlich liegt aber ein gelungener Neuanfang vor allem bei mir selbst.

Peter: Ich glaube, es liegt in der Natur der Sache, dass bei uns eine gewisse Aufbruchstimmung herrscht. Wenn man zudem einiges älter ist als die Frau, fühlt man sich etwas jünger, und das ist wohl auch nicht schlecht. Véronique hat es bereits gesagt. Aus Fehlern zu lernen, lautet die Devise. Ich möchte geduldiger und noch verständnisvoller werden, dabei handelt es sich wohl um einen lebenslangen Prozess.

Véronique: Dieser Neuanfang ist ein Geschenk: Ein beschwingtes, leichtes Gefühl bestimmt einen gelegentlich. Vielleicht er tappt man sich selber dabei, dass das Aussehen noch wichtiger geworden ist. Nachspielzeit vor dem Spiegel sozusagen. Auch dies ist eine Form der Erneuerung und zeigt den Glauben daran, dass Glück sichtbar sein kann.

Peter: Unser Hochzeitsfest war bunt, vielleicht sogar ein wenig schrill. In Sachen Stil können wir von gewissen Afrikanern durchaus etwas lernen. Schuhe aus echtem Reptillleder sind einfach toll. Gospel, viele Farben und die Fröhlichkeit, verbunden mit schweizerischer Organisation und ebensolcher punktueller Tradition: Kurz, die Mischung macht es aus.

Hochzeitslimousinen: www.stretch.ch
Protokoll: Franziska K. Müller

Neosozialismus 2

Von Andreas Thiel — Wermuths Tropfen auf das heisse Eisen.

Andreas: Sag mal, Cédric, wieso haltet ihr von den Juso eigentlich immer noch am Sozialismus fest, obwohl die Geschichte zeigt, dass der Sozialismus nur zu Zwang und Unterdrückung führt?

Cédric: Wir wollen, dass es allen gleich gut geht.

Andreas: «Gleich schlecht» wäre wohl ehrlicher ausgedrückt. Dem Fleissigen werden die Hände gebunden, der Innovative wird bestraft und der Glückliche gebüsst. Im Sozialismus wird Können und Wollen ersetzt durch Dürfen und Müssen.

Cédric: Rede doch nicht immer so negativ über den Sozialismus.

Andreas: Was sagst du denn zu den Opfern des Sozialismus? «Redet doch nicht immer so negativ über Folter»?

Cédric: Was sagst du denn zu den Opfern der Demokratie?

Andreas: Meinst du die abgewählten Politiker, die völlig desillusioniert und entrüstet sind darüber, dass sie sich jetzt wieder eine Arbeit suchen müssen?

Cédric: Nein, die äh ...

Andreas: Meinst du die arbeitslosen Gewerkschafter, die von der Gewerkschaft entlassen werden mussten, weil es der Wirtschaft so gut geht?

Cédric: Der Sozialismus strebt nur Vollbeschäftigung an.

Andreas: Und schafft nur Zwangsarbeiter.

Cédric: Es werden nicht alle zur Arbeit gezwungen.

Andreas: Wer denn nicht? Die Arbeitslosen?

Cédric: Genau, denn man darf die Arbeitslosen nicht zwingen, irgendeine Arbeit ...

Andreas: Es täte dir gut, mal für ein paar Jahre in einem sozialistischen System leben zu müssen. Aber so, wie ich dich kenne, würdest du auch dort nicht arbeiten, sondern Karriere in der Partei machen.



Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Kunst der Interpretation

Von Peter Rüedi



Natürlich gibt es jene Jahre unter aller Sau, die kein Verkäufer schönreden kann. 1948 war so eins, am Bielersee, als Friedrich Dürrenmatt mit seiner jungen Familie in Schernelz einzog: «Der Wein fiel gotteslästerlich aus, die Bauern halfen mit Traubenzucker nach, zentnerweise, das Gesöff wurde nicht besser, es jagte einen aus den Schuhen.»

Von solchen diluvialen Extremfällen abgesehen aber habe ich eine Vorliebe für kleine oder mittlere Jahrgänge. Unter anderem aus einem einfachen Grund: Da zeigt sich, was ein Winzer kann. Nicht etwa nur im Keller, in frankensteinisch alchemistischen Manipulationen des Traubenguts, sondern schon im Weinberg: beim Schnitt, beim Lesetermin und bei unzähligen kleineren Entscheidungen, deren Summe am Ende aus einem handycapierten Tropfen ein Kunstwerk machen. 2006 war im Languedoc-Roussillon ein mittleres Jahr, wie übrigens auch das weiter nördlich grossartige 2009: Im Midi drohten da zu viel Alkohol, trockene Tannine, zu wenig Säure. Das Gegenteil 2006: Zumal die Syrahs waren vielfach dünn, die phenolische Reife prekär.

Da zeigte sich die Klasse von Léia und Eric Monné, die in den Côtes du Roussillon Villages, etwas nordwestlich von Perpignan, hart an der spanischen Grenze beim Dörfchen Bélesta verwildertes Rebgebiet restauriert haben, mit uralten Stöcken von Carignan, Syrah und Grenache. Mich hatte schon die 2005er, nach einer zerfallenen Kapelle «Saint Bart.» genannte Cuvée des Clot de l'Oum überzeugt. Vom 2006er, unter erschwerten Bedingungen entstanden, bin ich begeistert: eine Spur zurückhaltender, aber immer noch ein voll- und tollfruchtiger, von gesunden Tanninen und einer ganz eigenen coolen Mineralik gebändigter grosser Wein: jetzt eben trinkbereit, aber allemal noch für ein weiteres Jahrzehnt gebaut. Seinen eigenwilligen Charakter hat er von seinem sehr besonderen Terrain: vom Schiefer, vor allem vom in diesen Zonen eher seltenen Granit und Gneis, in dem die alten Reben wurzeln. Eine starke Persönlichkeit.

Clot de l'Oum: Saint Bart. Vieilles Vignes 2006 Côtes du Roussillon Villages AOC. 13,5%. Weinhandlung am Küferweg, Fr. 34.50. www.kueferweg.ch

Must-have: die Sommersonne

Von Jürg Zbinden

1 — Der See lädt ein zum Bade, die Schwimmbäder darben, doch keiner geht hin. Die Sonne hat sich bis dato nämlich rarer gemacht als jeder VIP. Da helfen nur noch strahlend gute Laune und ungebrochener Optimismus. Die dermatokosmetische Marke La Roche-Posay, die europaweit am häufigsten empfohlene Marke und Spezialistin für empfindliche Haut, bringt mit «Anthelios XL» das erste Sonnenschutzöl mit Lichtschutzfaktor LSF 50+ auf den Markt. Das ultraflüssige Öl lässt sich leicht auf die Haut auftragen. Das Geheimnis der seidigen Textur liegt in der Balance von zwei verschiedenen Arten von Ölen: vierzig Prozent leichtes Trockenöl, das die Anwendung erleichtert, und sechzig Prozent sanftes Öl, das die Haut nährt. Für den Körper und das Gesicht. Der Preis für 200 ml dieses Sonnenöls mit sehr hohem UVA- und UVB-Schutz beträgt Fr. 29.–. Erhältlich exklusiv in Apotheken sowie bei ausgesuchten Dermatologen.

2 — Mit Strandtüchern oder Beach-Towels ist es so eine Sache: Bei einem von Hermès, Fendi & Co. traut man sich kaum ins kühle Nass, denn manch ein Baumwollschmuckstück bleibt, wenn unbeaufsichtigt, nicht lange liegen, das heisst, es wird frisch vom Rasen geklaut. Kein Wunder, denn die Preise der Luxuslabels knacken schon mal die 1000-Franken-Grenze. Bei diesem nicht minder schönen Beach-Towel für Fr. 89.– von Peak Performance – erhältlich ist das Strandtuch mit Ethno-Print auch in Rot – würde sich der Verlust wenigstens in zu verkraftenden Grenzen halten. Bei Peak Performance, Niederdorfstr. 89, Zürich.

3 — In der Bademode sind Revolutionen ausgesprochen selten. Und wenn denn einmal etwas Revolutionäres entworfen wird, passiert das beim schöneren Geschlecht. Heute ist der Bikini selbstverständlich, und die letzte Sensation, der in den sechziger Jahren vom legendären österreichischen Mode-Designer Rudi Gernreich erfundene Monokini, hat es gar nicht erst bis zum Strand geschafft. Bei den Herren gestaltet sich die Sache einfacher es gibt nur kurz, mittel und lang. Die mittellangen Swim-Shorts zeigen einen exotischen Hawaii-Blumenprint im Retro-Stil der fünfziger Jahre. Sie stammen aus der Manor-Maddison-Kollektion und kosten Fr. 59.90. Erhältlich sind die floralen Badeshorts in den Filialen von Manor.



1



2



3



Auto

Golf für die Schweiz

Das beliebteste Fahrzeug des Landes ist in seiner neusten Ausgabe ziemlich perfekt geworden. Auch das gibt Kritik. *Von David Schnapp*

Ein neuer Golf hat es nicht leicht, der Bestseller von VW wurde sogar kritisiert, weil er zu perfekt sei, was Langeweile auslöse, oder weil das Design keine aufregenden Neuerungen aufweise. Mit Verlaub: zum Glück. Auf die Perfektion kommen wir noch zu sprechen, aber die Form ist ikonisch, und deshalb ist es klug, den Golf, auch in seiner siebten Generation, nur leicht den Strömungen der Zeit anzupassen. Er wirkt jetzt von vorne etwas dynamischer, die seitlichen Sicken im Blech sind modisch, aber noch halbwegs dezent.

«Das Auto» lautet der unbescheidene Werbespruch für den Golf, die Zahlen stützen das zur Schau getragene Selbstbewusstsein: Von Januar bis April dieses Jahres wurden gemäss der Statistik von Auto Schweiz 3785 Golf verkauft, damit liegt der Kompaktwagen klar auf Rang eins vor den 3157 Skoda Octavia, die ebenfalls auf der Golf-Plattform gebaut wurden.

Unser Testwagen war mit einem Vernunftmotor ausgestattet, dem 1,4 Liter grossen Benziner mit vier Zylindern, Turbo und Frontantrieb, der gekoppelt wird an ein Doppelkupplungsgetriebe mit sieben Gängen. So

steht schon bei geringen Drehzahlen ausreichend Kraft zur Verfügung, was bei forschen Starts zu durchdrehenden Vorderrädern und einer wild blinkenden ESP-Anzeige führt. Der Motor ist als Sparmassnahme gedacht, wenn man entspannt dahinfährt, schalten sich zwei Zylinder ab, was ohne entsprechende Einblendung unbemerkt bliebe. Natürlich gibt es auch eine Start-Stopp-Automatik, und wer auf der Autobahn das Fenster offen hat, wird freundlich darauf hingewiesen, dass sich dieses Verhalten ungünstig auf den Verbrauch auswirkt. So viel Umwelterziehung ist von einem Automobil gerade noch zu ertragen. Der Benzinverbrauch hat sich im Test dann bei rund 6,5 Litern eingependelt.

Neben der Zylinderabschaltung ist das neue Navigations- und Unterhaltungssystem «Discover Pro» (Fr. 2640.–) ein Highlight im neuen Golf, das Standards setzt: Das riesige Display mit 20,3 Zentimeter Diagonale ist brillant, die Bedienung mit Wisch- oder Ziehbewegungen so einfach wie bei einem iPhone. Unverständlich ist, dass man für den Anschluss eines Musikspielers 260 Franken Aufpreis zahlen muss, das wirkt kleinlich. Immerhin hat VW-Importeurin Amag die Preise generell gesenkt, diesen Golf gibt es jetzt schon für 33 250 Franken.

Fazit: Die Motorentechnologie, die Verarbeitung auf hohem Niveau, die Perfektion in vielen Details – das sind alles starke Argumente, die für den neuen Golf sprechen.

Golf VII Highline

Leistung: 140 PS, Hubraum: 1395 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 212 km/h
Preis: Fr. 33 250.–

Zu Tisch

Gesucht: Idee

Von David Schnapp

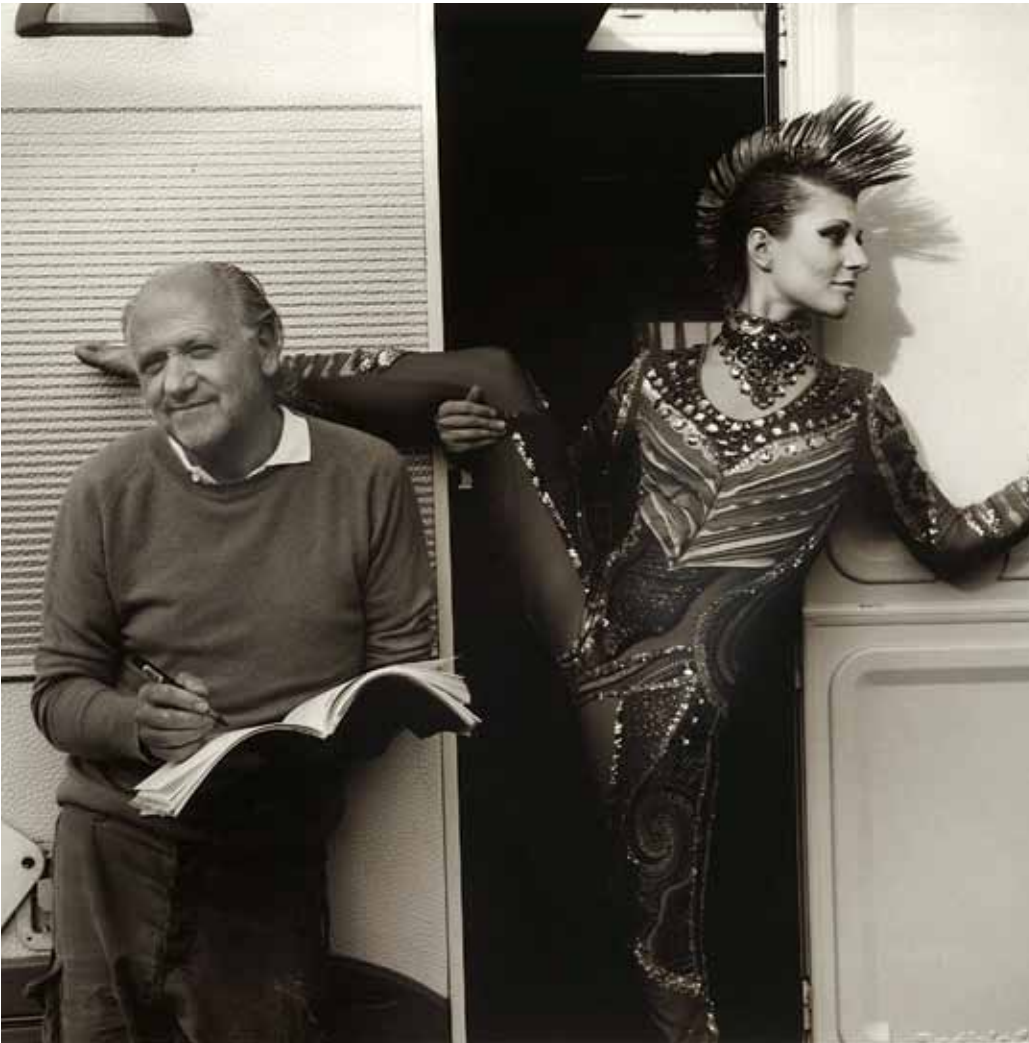


Letzte Woche waren Köche in der Schweiz zu sehen, die in der Welt der Kulinarik Star-Status haben: Im Rahmen des Fachsymposiums «Chef Alps», das zum zweiten Mal in Zürich veranstaltet wurde, traten Leute wie Joan Roca, Massimo Bottura, Björn Frantzén oder Joachim Wissler auf, die auf der vielzitierten Weltrangliste «The World's 50 Best Restaurants» zuoberst oder sehr weit oben stehen und auch schön dekoriert sind mit Michelin-Sternen, einer weiteren wichtigen Währung im Geschäft mit hochstehender Kulinarik.

Im Publikum sassen junge und gestandene Gastronomen, die ambitionierte Restaurants führen oder einen Landgasthof. Mancher fragte sich nach Ende einer Darbietung, was er nun damit anfangen solle. Kann man einem Gast einfach einen Löffel weissen Risotto servieren, gekocht in Parmesan-Wasser, das deshalb besonders ist, weil es aus Käse stammt, der bei einer Naturkatastrophe beschädigt und deshalb unverkäuflich wurde? Ohne die Geschichte darum herum, die Massimo Bottura von der «Osteria Francescana» in Modena mit sprühendem Charme erzählte, sei das einfach nur ein schöner weisser Risotto, hiess es.

Aber darum geht es nicht. Was die besten oder interessantesten Köche der Welt auszeichnet, ist, dass sie eine intellektuelle Basis entwickelt haben, auf der ihre Küche und ihr Restaurant aufbaut. Joan Roca und seine Brüder, seit kurzem die Nummer eins der Welt, verbinden Musik (Wagner!), Geschirrdesign, Videoinstallationen und mehr. Bottura sucht Inspirationen bei Picasso oder dem gesellschaftlichen Zustand seiner Heimat. Joachim Wissler, für viele der beste Koch Deutschlands, experimentiert monatelang mit einem Gefriertrockner, um verblüffende Geschmacks- und Texturerlebnisse zu schaffen. Andere wie Björn Frantzén aus Stockholm arbeiten mit der Kraft der Natur, das kann im Extremfall getrockneter, geriebener Rentierpenis sein. Was nicht davon ablenken soll, worum es letztlich geht, wenn man ein erfolgreiches Restaurant führen will: Am Anfang sollte man eine überzeugende Idee haben und einen klaren Fokus.

Chef Alps: nächste Austragung am 18./19. Mai 2014.
www.chefalps.ch



«Und das hört nicht auf»: Art-Direktor Achermann, 59.

MvH trifft

Beda Achermann

Von Mark van Huisseling — Ein Gespräch über Stil mit einem, der, kann man sagen, stilprägend ist.

Der legendäre Style von Beda Achermann steht auf dem Buch über deine Arbeit für die *Männer Vogue*. Was ist der legendäre Achermann-Style? – «Sicher nie Mittelmass, immer authentisch, keine Angst haben, weltoffen sein. Ich nehme von allem, von den Bilderwelten, die ich sehe, von den Freunden, die ich habe, von der Welt, in der ich mich bewege.» – «Was ist an dem Restaurant, in dem wir uns treffen, Achermann-Style?» («Morgenstern da Mario» in Zürich) «Ich habe vielleicht zwanzig Lieblingsrestaurants – eines, in dem ich Geburtstag feiere, ein Ferienrestaurant auf Capri, eines in New York ... Und wenn ich in eines davon gehe, will ich genau das haben, was dazu passt. Ich gehe zum Beispiel nicht darum ins «Mr Chow», weil der Basquiat-Film dort gedreht wurde, sondern weil es eines der schönsten Restaurants der Welt ist, mit seinem Art-déco-Chic. Das mache ich mit allem so, ich habe ein grosses Wissen, und alles ist ernsthaft.»

Wir befinden uns in einem kleinen Zimmer, das vom Restaurant getrennt ist. Es gibt darin Platz für einen Tisch und vier Stühle. Das Essen und den Wein hat er zum Voraus ausgewählt (Gemüsesuppe, Spargeln, Pasta mit Cime di Rapa und Käse, den er mitgebracht hat von Tritt Käse). Achermann, 59, ist Kreativdirektor und Inhaber von Studio Achermann, verantwortlich dafür, wie Zeitschriften (*Sepp*, ein Fussballmagazin), Geschäftsberichte (Migros), Bücher oder Kataloge, Prospekte, Anzeigen (Chanel, Dior oder Fogal) aussehen. (Haftungsausschluss: Er und ich sind miteinander bekannt, wir arbeiten ab und zu zusammen.)

«Weshalb ist es gerade dir gelungen? Von der Herkunft – Schweizer, Nidwaldner – bist du nicht prädestiniert, Stil-Leader zu sein.» – «Wichtig ist, dass ich wahnsinnig neugierig bin – und das hört nicht auf, ich bin schon ein paar Jährchen dran; neben Talent, von dem ich, glaub ich, ein wenig habe. Und dass ich lust-

voll, ja exzessiv arbeite. Sogar Lagerfeld hat gesagt, dass man mir anmerkt, wie viel Freude ich an der Arbeit habe, neben dem Können. Ich behandle Leute, mit denen ich arbeite, gut; ich bin streng, aber ehrlich und auch grosszügig.» – «Du sagst, dass du dich und deine Leistung gut findest. Das ist unschweizerisch.» – «Bei mir ist vieles unschweizerisch.» – «Man sagt, wer in der Schweiz herausragt, wird abgesägt. Ist das bei dir auch so?» – «Nein. Vielleicht, weil ich mich nicht mit anderen vergleiche, nicht sage, ich sei besser als der oder der. Und Dinge mache, die anders sind. Junge Grafiker in der Schweiz wollen perfekte Arbeit machen, sind aber nur langweilig. Mich regt es auf, wie lächerlich klein die Risikobereitschaft in der Schweiz ist.» – «Ist der Achermann-Style sehr anstrengend?» – «Nein, null, es kommt alles aus dem Bauch. Anstrengend wäre für mich, nicht den Achermann-Style haben zu müssen.»

«Ich sage einen Begriff, und du kommentierst ihn: «Kronenhalle.»» – «Eines der wenigen Restaurants der Schweiz, wo es nach der grossen, weiten Welt schmeckt.» – «Rolex.» – «Interessiert mich nicht.» – «Navyboot.» – «Schwierig.» – «Karl Lagerfeld.» – «Grossartig, mit ihm zu arbeiten. Und mit ihm Zeit zu verbringen, alleine, was es selten gibt.» – «Weltwoche.» – «Verschiedene Freunde haben verschiedene Meinungen, das ist super so.» – «Jeans.» – «Habe ich mit achtzehn zum letzten Mal angehabt; können aber sexy sein an bestimmten Hinterteilen.» – «iPad.» – «Ich habe eines, aber wichtiger ist, dass die Assistenten gut Bescheid wissen.» – «Nestlé.» – «Dank meiner Arbeit für die Firma in der Elfenbeinküste habe ich den 85-jährigen Fotografiemeister ClicClacBaby entdeckt.» – «Strellson.» – «Leider auch verantwortlich für das modisch unglückliche Strassenbild der Schweiz.»

«Zu welchem Schneider geht man?» – «In Zürich zu Retos; aber eigentlich zu Rubinacci in Neapel, ein Meister.» – «In welches Hotel?» – «*Unique* muss es sein; wie in London das «Claridge's» und das «Chateau Marmont» in Los Angeles.» – «Welchen Künstler kauft man?» – «Ich liebe Paul McCarthy, und Dieter Roth ist mein Idol.» – «In welcher Galerie kauft man?» – «Etablierte Künstler bei Iwan [Hauser & Wirth, Zürich, London und New York; d. Red.]; jüngere bei Campoli Presti in London, etwa Werke von unserem Freund Roe Ethridge.» – «Welches Buch liest man?» – ««1913» von Florian Illies.» – «Welche Musik hört man?» – «Die Filmmusik von «Django Unchained» und, besser, Alben von Django Django.» – «Weshalb lädst du fünfzig Männer ein zu deinem Geburtstag und keine Frau?» – «Weil Männer untereinander ziemlich anders sind.»

Sein Lieblingsrestaurant: «Lieblingszeitschrift fragst du nicht? *T Magazine* für Informationen und Lifestyle, *Double* für Schönheit und Fotografie, *W für Fashion*.» Im Sommer am Stammtisch des «Augustiner Keller»-Biergartens, Arnulfstrasse 52, München, Telefon +49 89 594 393.

Schneller surfen? Wird langsam Zeit.

Smart your phone. Unlimitiert surfen mit High Speed Internet, unlimitierte Anrufe und SMS/MMS – sogar ins Ausland. Hol dir dein All-in Smartphone-Abo für die Welt.



**Sunrise
NOW**

Das Smartphone-Abo.

Samsung
Galaxy S4
1.^{CHF}
statt CHF 798.–



Bei Neuabschluss mit Sunrise NOW max (CHF 129.–/Mt.) für 24 Monate. Exkl. SIM-Karte für CHF 40.–. Änderungen vorbehalten und nur solange Vorrat. Infos auf sunrise.ch/now

Alles für deinen Tag. **Sunrise**